

Forschungsschwerpunkt
Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa
an der Universität Mannheim

Andreas Reich

Politisches Patt in Tschechien
Ursachen, Konsequenzen, Perspektiven

August 2000

Untersuchungen des FKKS 25/2000

Konflikt
K
Kooperation

Die »Untersuchungen des FKKS« werden herausgegeben vom
Forschungsschwerpunkt
Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa
an der Universität Mannheim

ISSN 0947-1359

Forschungsschwerpunkt Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa (FKKS)
Universität Mannheim
Seminargebäude A 5
68131 Mannheim

Telefon: 0621 181-2088
Fax: 0621 181-2087
E-Mail: lsjahn@sowi.uni-mannheim.de

www.uni-mannheim.de/fkks

Inhalt

Kurzfassung	1
1 Einleitung	3
2 Die Parteien in der Tschechischen Republik	4
2.1 Die Herausbildung des Parteienspektrums	4
2.2 Die wichtigsten Parteien im Spiegel ihrer Wahlprogramme 1998	6
3 Die Krise der Mitte-Rechts-Koalition	12
3.1 Warum Neuwahlen?	12
3.2 Die Auswirkungen der politischen Turbulenzen auf die Wahlpräferenzen	18
4 Die vorgezogenen Parlamentswahlen 1998	20
4.1 Das Wahlergebnis	20
4.2 Die Ergebnisse auf regionaler Ebene	21
4.3 Die Wählerwanderung zwischen den Parteien	22
4.4 Das Wählerprofil	23
5 Die Last der Regierungsbildung	25
5.1 Die möglichen Varianten einer neuen Regierung	25
5.2 Die Bildung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung	27
6 Die Senats- und Kommunalwahlen	30
7 Die Bilanz der sozialdemokratischen Minderheitsregierung	31
8 Kein Ausweg aus der Krise?	38
Abkürzungen	46
Anhang	47

Kurzfassung

Die Politik in Tschechien tritt auf der Stelle. Die vorgezogenen Neuwahlen im Juni 1998 endeten mit einem politischen Patt, d.h. sie endeten unentschieden. Seitdem ist keine Partei in der Lage, eine mehrheitsfähige Regierung zu bilden. Weder ist es einer der beiden großen Parteien in Verbindung mit kleineren Parteien gelungen, eine Regierungskoalition zusammenzustellen, noch sind die Parteien mit den meisten Stimmen dazu bereit gewesen, eine große Koalition zu bilden. Die im Parlament vertretenen politischen Parteien blockieren sich gegenseitig.

Bislang war keine Partei in der Lage, allein eine stabile Regierung zu stellen. Nur eine Koalition konnte eine hinreichende Mandatszahl auf sich vereinen. Nach den Wahlen 1996 übernahm eine schwache Mitte-Rechts-Koalition die Regierungsgeschäfte. Politische Mißerfolge, aber auch Spannungen innerhalb der Koalition und der Koalitionspartner führten zu ihrer Destabilisierung. Eine unaufgeklärte Spendenaffäre sorgte schließlich für den Zerfall der Koalition. Damit war erstmals seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes eine demokratisch gewählte Regierung vorzeitig gescheitert und die größte Oppositionspartei setzte nach einer Übergangsphase Neuwahlen durch.

Es ist nun die paradoxe Situation entstanden, daß die Sozialdemokraten als stärkste Partei eine Minderheitsregierung gebildet haben, deren Politik zwar von allen im Parlament vertretenen Parteien abgelehnt wird, die aber durch einen mit der zweitstärksten Partei, der Demokratischen Bürgerpartei, ausgehandelten sogenannten Oppositionsvertrag, der die Rahmenbedingungen für den Bestand dieser Regierung festlegt, dennoch an der Macht gehalten wird. Weder ist sie bereit, von sich aus zurückzutreten, noch findet sich eine Mehrheit unter den Oppositionsparteien, um ihr das Vertrauen zu entziehen.

Die Tschechische Republik befindet sich in einer politischen und gesellschaftlichen Krise, und der Regierung sind die Hände gebunden. Es ist ihr kaum möglich, ihre politischen Ziele durchzusetzen. Erschwerend kommt hinzu, daß innerhalb der Regierungspartei oft Uneinigkeit über den richtigen politischen Weg herrscht. Dies hat zur Folge, daß notwendige Gesetzesvorhaben verschleppt werden oder ganz scheitern. Besonders am Verlauf der Vorbereitungen auf den Beitritt zur EU ist abzulesen, daß die Tschechische Republik gegenüber anderen Beitrittskandidaten weniger Fortschritte gemacht hat.

Alle Versuche, die Regierungskrise doch noch zu überwindern, schlugen fehl. Die nochmalige Abhaltung von Neuwahlen wurde aus politischen Gründen und angesichts der geringen Erfolgsaussichten verworfen. Wochenlange Diskussionen über die Bildung einer stabilen Koalition scheiterten an den unterschiedlichen Interessen und an der mangelnden Kompromißbereitschaft der einzelnen Parteien. Die Mobilisierung der Bevölkerung verlief sich aufgrund mangelnder Konzepte. Den Bemühungen intellektueller Kreise fehlt die Durchschlagskraft. Am Ende bleibt die Vertiefung des Oppositionsvertrages, die eine Änderung des Wahlrechts bekräftigt und die Regierung handlungsfähiger machen soll. Erste positive Anzeichen hierfür lassen sich bei der Angleichung des tschechischen Rechtssystems an die EU-Normen bereits erkennen, für ein abschließendes Urteil ist es allerdings noch zu früh. Inzwischen ist auch die Änderung des Wahlrechts zugunsten der großen Parteien von beiden Häusern des Parlaments verabschiedet worden, um bei den nächsten Wahlen im Jahre 2002 die Zahl der Parteien im Parlament zu reduzieren und dadurch die Regierungsbildung zu erleichtern.

1 Einleitung

Die vorliegende Studie untersucht, warum es in der Tschechischen Republik im Juni 1998 zu vorgezogenen Parlamentswahlen kam, warum danach keine stabile Regierung gebildet werden konnte, welche Auswirkungen die Pattsituation im Parlament bislang auf die politische Entwicklung des Landes hatte und welche Auswege aus dieser Situation gesucht wurden. Ausgangspunkt der Betrachtung ist die Herausbildung des tschechischen Parteienspektrums. Dabei soll festgestellt werden, ob bereits hier eine Konstellation erkennbar ist, die die Bildung einer stabilen Regierung erschwert. Aber selbst wenn es keine dominanten politischen Kräfte gibt, die mit der absoluten Mehrheit der Stimmen rechnen können, muß dies nicht bedeuten, daß keine stabile Regierung gebildet werden kann. Es bleibt immer noch der Zusammenschluß zu einer Koalition, wenn die programmatischen Unterschiede nicht zu groß und der Wille dazu vorhanden ist. Eine Analyse der Wahlprogramme der aussichtsreichsten Parteien auf einen Einzug in das Parlament bei den Neuwahlen 1998 gibt Aufschluß darüber, wo die wichtigsten Konfliktlinien zwischen den verschiedenen politischen Orientierungen verlaufen.

In einem weiteren Schritt soll festgestellt werden, warum es überhaupt zu Neuwahlen kam. Es liegt die Vermutung nahe, daß das Scheitern der seit den Wahlen 1996 bestehenden Mitte-Rechts-Koalition entweder auf eine erfolglose Politik zurückzuführen ist oder aber seine Ursachen in deren innerer Struktur hat. Um herauszufinden, wo sich die Bruchstelle befand, muß zum einen ermittelt werden, ob es politische Mißerfolge gab und wie sich diese auswirkten, zum anderen, wie sich das Verhältnis der Koalitionspartner zueinander entwickelte, aber auch wie sich die Situation innerhalb der Koalitionsparteien darstellte. Eine Analyse der Wahlpräferenzen soll Aufschluß darüber geben, inwieweit sich das Scheitern der Regierungskoalition auf die Sympathie der Wähler auswirkte und welche Tendenz sich für die Neuwahlen abzeichnete. Eine ausführliche Analyse der Wahlergebnisse zeigt das neue Kräfteverhältnis im tschechischen Parlament. Ferner gibt sie Auskunft darüber, in welchen Regionen die einzelnen Parteien ihre Hochburgen besitzen, auf welche Bevölkerungsschichten sie besonders zählen können und wie die Wählerwanderung zwischen den Parteien verlief.

Warum und auf welcher Grundlage es letztlich zur Bildung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung kam läßt sich feststellen, wenn man die möglichen Regierungsvarianten herausarbeitet und die Einstellungen der an der Regierungsbildung beteiligten Akteure der einzelnen Parteien zu den möglichen Varianten ermittelt. Die Art und Weise wie die neue Regierung zustande kam stieß in der Öffentlichkeit auf viel Kritik. Als erster Gradmesser für ihre Akzeptanz gelten die Senats- und Kommunalwahlen im Herbst 1998. Anhand der Wahlergebnisse soll überprüft werden, ob die dafür verantwortlichen Parteien an Ansehen einbüßten.

Es kann davon ausgegangen werden, daß eine Minderheitsregierung, ungeachtet etwaiger Absprachen mit anderen im Parlament vertretenen Parteien, ungleich schwerer ihre Politik durchsetzen kann als eine Mehrheitsregierung, weil sie immer wieder gezwungen ist, sich neue Mehrheiten zu suchen. Anhand der Betrachtung der wichtigsten innen- und außenpolitischen Politikfelder, wie Wirtschafts- und Finanzpolitik oder die Aufnahme in die EU, soll untersucht werden, ob es der sozialdemokratischen Minderheitsregierung gelungen ist, eine aktive Politik zu betreiben oder ob ihre bisherige Arbeit vielmehr durch Stagnation gekennzeichnet ist. In jedem Fall kann es nicht das Ziel der tschechischen politischen Akteure sein, daß das Land längerfristig von einer Minderheitsregierung regiert wird. Deshalb wird im abschließenden Kapitel der Frage nachgegangen, ob und wenn ja, welche Konzepte entwickelt wurden, um wieder eine stabile Regierungsbildung zu ermöglichen.

2 Die Parteien in der Tschechischen Republik

In den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems war die politische Landschaft in der Tschechischen Republik durch eine Vielzahl unterschiedlicher Gruppierungen gekennzeichnet. Politische Parteien im eigentlichen Sinn waren nicht anzutreffen. Die dominante politische Kraft bildeten die Bürgerbewegungen, die die Hauptlast des Widerstandes gegen das kommunistische Regime getragen und sich nach dessen Fall im Bürgerforum (Občanské fórum, OF) zusammengeschlossen hatten.¹ Dabei handelte es sich um eine heterogene, wenig ausdifferenzierte Sammlungsbewegung, die aufgrund ihrer Genese unpolitische Strukturen präferierte, eine Vielzahl unterschiedlicher Interessen vereinigte und sich nur durch den gemeinsamen Gegner integrierte. Bestimmte Initiativen organisierten sich als Partei unter ihrem Dach wie die Demokratische Bürgerallianz (Občanská demokratická aliance, ODA), aber auch als selbständige politische Kräfte wie die Christdemokratische Partei (Křesťanskodemokratická strana, KDS). Darüber hinaus entstanden völlig neue, einer bestimmten Weltanschauung verpflichtete Parteien, wie die Vereinigung für die Republik - Republikanische Partei der Tschechoslowakei (Sdružení pro republiku - Republikánská strana Československa, SPR-RSĚ). Traditionelle politische Parteien, die wie die Tschechoslowakische Volkspartei (Československá strana lidová, ĚSL) in die Nationale Front eingebunden gewesen waren oder aber wie die Tschechoslowakische Sozialdemokratie (Československá sociální demokracie, ĚSSD) mit der Machtübernahme der Kommunisten 1948 ihre Tätigkeit hatten einstellen müssen, organisierten sich neu und knüpften nun wieder an ihre frühere Tätigkeit an. Auch die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (Komunistická strana Československa, KSĚ) erneuerte ihre Parteispitze und verabschiedete ein reformorientiertes Programm. Seit 31. März 1990 nannte sich der tschechische Teil Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (Komunistická strana Ěch a Moravy, KSĚM).

2.1 Die Herausbildung des Parteienspektrums

In die Parteienlandschaft kam Bewegung, als bald nach den Wahlen 1990² das Bürgerforum aufgrund der unprofessionellen politischen Führung und der heterogenen Zusammensetzung den Rückhalt in der Bevölkerung einbüßte. Es waren zuerst die konservativen Kräfte um Finanzminister Václav Klaus, die einen Umbau zu einer politischen Partei forderten und ein radikales ökonomisches Transformationskonzept vorlegten, womit sie die Mehrheit der Mitglieder und Wähler hinter sich brachten. Im Gegensatz dazu beharrten die meisten populären Funktionsträger auf einer Beibehaltung der unpolitischen Strukturen und setzten sich für eine langsame Einführung der Marktwirtschaft unter Berücksichtigung der sozialen Lage ein. Das Ergebnis dieser programmatischen Auseinandersetzung war der Zerfall des Bürgerforums. Klaus gründete mit seinen Mitstreitern im Februar 1991 die konservativ-liberale „Demokratische Bürgerpartei“ (Občanská demokratická strana, ODS). Seine links-liberalen Widersacher fanden sich in der „Bürgerbewegung“ (Občanské hnutí, OH) zusammen. Die

¹ Es erscheint durchaus berechtigt, die Slowakei bei der Betrachtung nicht zu berücksichtigen, weil sich in den beiden Landesteilen unterschiedliche Parteiensysteme entwickelt haben. Die Versuche einiger Parteien, bei den Wahlen 1990 und 1992 landesweit erfolgreich zu sein, scheiterten, mit Ausnahme der Kommunisten, die nach den Parlamentswahlen 1990 in allen Parlamenten vertreten waren, vgl. Lubomír Brokl, Zdenka Mansfeldová: Zerfall der Tschechoslowakei - strukturelle Ursachen und Parteihandeln, in: Dieter Segert, Csilla Machos: Parteien in Osteuropa, Kontext und Akteure, Opladen 1995, S. 133-147. David M. Olson: Democratization and political participation: the experience of the Czech Republic, in: Karen Dawisha, Bruce Parrott (Eds.): The consolidation of democracy in East-Central Europe, Cambridge 1997, p. 155.

² Eine Übersicht über die Wahlergebnisse seit 1990 findet sich im Anhang.

Sozialisten wandten sich überwiegend der Sozialdemokratie oder anderen linken Parteien zu. Schließlich machte sich auch die konservative ODA selbständig, so daß das Bürgerforum aufhörte zu existieren.³

Aus den Wahlen 1992 ging die ODS als klarer Sieger hervor. Damit hatte jene Partei gewonnen, die auf eine schnelle Einführung der Marktwirtschaft setzte. Insgesamt waren 1992 zu den Parlamentswahlen 21 Parteien angetreten, fünf mehr als noch zwei Jahre zuvor. In die verschiedenen Vertretungen entsandten am Ende acht Parteien ihre Abgeordneten und damit doppelt so viele wie 1990.⁴

Zwischen den Parlamentswahlen 1992 und 1996 kam es im tschechischen Parteienspektrum zu weiteren gravierenden Veränderungen.⁵ Die Wahlen 1992 hatten deutlich gezeigt, daß sich bereits ein starkes konservatives Lager etabliert hatte. Die wachsende Unterstützung für eine linke Politik führte zum Aufstieg der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei (Česká strana sociální demokratická, ĚSSD). Die Sozialdemokraten gewannen sowohl Wähler von anderen linksorientierten Parteien als auch von konservativen Gruppierungen. Dabei machte es keinen Unterschied, ob es sich um kleinere oder größere Parteien handelte. Das Wählerpotential der Sozialdemokraten näherte sich dem der stärksten Regierungspartei. Die ĚSSD war nicht nur zur stärksten oppositionellen Kraft avanciert, sie hatte sich auch zu einem ernstzunehmenden Konkurrenten der ODS entwickelt. Andere im Parlament vertretene Parteien verloren an Bedeutung, spalteten sich oder verschwanden ganz von der politischen Bühne. Diese Entwicklung führte insgesamt zu einer weiteren Konsolidierung des Systems und machte die politische Szene leichter überschaubar. Mit dem Aufstieg von ODS und ĚSSD verschwanden jene politischen Gruppierungen, die wie die OH die eigentliche politische Mitte besetzt hatten. Ihre politischen Ziele waren unklar formuliert und von den Wählern nur äußerst schwer zu verstehen.

Mit den Jahren bildete sich ein zunehmend stabileres Parteiensystem. Die Zahl der aussichtsreichen Parteien reduzierte sich auf sechs, die durch den klassischen Links-Rechts-Gegensatz einen gewissen Grad der Abgrenzung voneinander erfuhren. Die Stabilisierung des Parteiensystems läßt sich auch am Wahlverhalten ablesen. Die Zahl der Wechselwähler nahm ab. Die Parteien konnten sich auf ein immer größeres Potential an Stammwählern verlassen.⁶ Das Wahlrecht begünstigte die Herausbildung eines Mehrparteiensystems und die Repräsentation einer größtmöglichen Zahl unterschiedlicher politischer Interessen. Nach eingehenden Diskussionen entschied sich eine Mehrheit der Abgeordneten nicht ganz uneigennützig für die Einführung des Verhältniswahlrechts, um den vielen politischen Gruppierungen eine Chance auf einen Einzug in das Parlament zu eröffnen und die absolute Herr-

³ Magarditsch A. Hatschikjan: Von der „sanften Revolution“ zur „sanften Scheidung“, Politik, Parteien und die Wahlen in der CSFR 1989-1992, S. 99. Jakob Juchler: Osteuropa im Umbruch, Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen 1989-1993, Zürich 1994, S. 376f. Karel Vodička: Das Parteiensystems Tschechiens, in: Dieter Segert, Richard Stöss, Oskar Niedermayer (Hrsg.): Parteiensysteme in postkommunistischen Gesellschaften Osteuropas, Opladen 1997, S. 98.

⁴ Lubomír Brokl, Zdenka Mansfeldová: How the Voters Respond in the Czech Republic, in: Kay Lawson, Andrea Römmele, Georgi Karasimeonov (Eds.): Cleavages, Parties and Voters, London 1999, p. 205. Oskar Krejčel: Kniha o volbách [Das Buch über die Wahlen], Praha 1994, S. 252ff.

⁵ Zum Zeitraum zwischen den beiden Wahlen und besonders zu den Wahlen 1996 vgl. Sociologický časopis 32 (1996), è. 4.

⁶ Klára Vlachová: Czech Political Parties and their Voters, An Analysis of Voting Patterns in the Czech Republic, in: Czech Sociological Review 5 (1997), No. 1, S. 40.

schaft einer politischen Kraft zu verhindern. Eine Sperrklausel von fünf Prozent für Parteien und sieben bzw. zehn Prozent für Koalitionen sorgte dennoch für einen Ausschluß von Splitterparteien.⁷

Seit den Wahlen 1996 gibt es mit der ODS und der ÈSSD zwei große Parteien, die die beiden politischen Hauptströmungen und die unterschiedlichen Konzepte für die Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik repräsentieren. Daneben konnten sich kleinere Parteien als Vertreter religiöser (KDU-ÈSL), außenpolitischer und ordnungspolitischer (KSÈM, SPR-RSÈ) sowie ethnischer (SPR-RSÈ) Minderheiteninteressen vorläufig etablieren. Es hatte sich ein Parteiensystem herauskristallisiert, in dem auf längere Zeit keine Partei damit rechnen konnte, die absolute Mehrheit zu erreichen. Auch die beiden großen Parteien waren bei der Regierungsbildung auf Koalitionspartner angewiesen. Sowohl die Parlamentswahlen als auch die Wahlen zum Senat 1996 hatten deutlich gemacht, daß das Parteiensystem immer noch in Bewegung war und sich noch nicht vollständig konsolidiert hatte. Allerdings war eine Tendenz zur Herausbildung eines Parteiensystems nach westlichem Muster unverkennbar.⁸ Nur stabile Parteien konnten Sitze im Parlament erringen. Außerhalb des Kreises parlamentarisch relevanter Parteien existierte eine Reihe von unbedeutenden Gruppierungen, die kaum auf einen Einzug ins Parlament hoffen durften.

2.2 Die wichtigsten Parteien im Spiegel ihrer Wahlprogramme 1998

Zur Teilnahme an den Parlamentswahlen am 19./20. Juni 1998 hatten sich 18 Parteien bei der Wahlkommission gemeldet, aber nur 13 Parteien wurden zugelassen. Die übrigen fünf Parteien hatten die im Wahlgesetz vorgeschriebene Kautionszahlung von 200.000 Kronen je Wahlbezirk nicht bezahlt, so daß sie von den Wahlen ausgeschlossen wurden, was sie aber nicht daran hinderte, aktiv am Wahlkampf teilzunehmen und sich in Rundfunk und Fernsehen zu präsentieren.⁹ Die aussichtsreichsten Parteien auf einen Einzug ins Parlament deckten das gesamte politische Spektrum von links bis rechts ab, angefangen bei der Kommunistischen Partei und der Partei Rentner für ein abgesichertes Leben (Dùchodci za životní jistoty, DŽJ) über die Tschechische Sozialdemokratische Partei, die Christlich-Demokratische Union, die Freiheitsunion (Unie svobody, US) und die Demokratische Bürgerpartei bis hin zu der Republikanischen Partei.¹⁰

Die Demokratische Bürgerpartei hatte im Herbst 1991 mit der ODA ein Abkommen geschlossen, wonach sich beide konservativen Parteien gegenseitig tolerierten. Aus den Wahlen 1992 war die Partei gemeinsam mit der KDS als stärkste politische Kraft hervorgegangen und hatte mit ihrem Vor-

⁷ Josef Blahož, Lubomír Brokl, Zdenka Mansfeldová: Czech Political Parties and Cleavages after 1989, in: Kay Lawson, Andrea Römmele, Georgi Karasimeonov (Eds.): Cleavages, Parties and Voters, London 1999, p. 124. Krejčí: Kniha o volbách, S. 191. Dieter Nohlen, Mirjana Kasapovic: Wahlsysteme und Systemwechsel in Osteuropa, Genese, Auswirkungen und Reform politischer Institutionen, Opladen 1996, S. 149f. und 155. Vojtěch Šiměek: Das Parteienrecht in der Tschechischen und der Slowakischen Republik, in: Dimitris Th. Tsatsos, Zdislaw Kedzia (Hrsg.): Parteienrecht in mittel- und osteuropäischen Staaten, Schriften zum Parteienrecht, Bd. 11, Baden-Baden 1994, S. 270f. Vodička: Das Parteiensystem Tschechiens, S. 101. Karel Vodička: Politisches System Tschechiens, Vom kommunistischen Einparteiensystem zum demokratischen Verfassungsstaat, Tschechien und Mitteleuropa, Bd. 1, Münster 1996, S. 259f.

⁸ Vlachová: Czech Political Parties, S. 39.

⁹ Die Tschechische Republik ist in insgesamt acht Wahlbezirke unterteilt, so daß jede Partei 1,6 Mio. Kronen aufbringen mußte, um sich landesweit zur Wahl zu stellen. Es gab aber auch die Möglichkeit, nur für einzelne Wahlbezirke das Geld zu hinterlegen und regional zu kandidieren, Aktueller Beitragsblock, Radio Prag, 9.6.1998.

¹⁰ Eine Übersicht über Parteien und Kandidaten findet sich auch bei Wolf Oschlies: Neuwahlen in der Tschechischen Republik, Teil I: Vorgeschichte und Parteien, Aktuelle Analysen des BIOst 27/1998, S. 3ff.

sitzenden Václav Klaus den Ministerpräsidenten einer konservativen Regierungskoalition gestellt. Im Frühjahr 1996 ging die KDS in der ODS auf. Ihr Vorsitzender, Ivan Pilip, erhielt dafür das Amt eines stellvertretenden Parteivorsitzenden der ODS.¹¹ Die Partei bezeichnet sich 1998 selbst als rechte, liberal-konservative Partei, deren politische und wirtschaftliche Vorstellungen auf die „Ideen des klassischen Liberalismus und Konservatismus“ zurückgehen.¹² Sie war neben der Tschechischen Sozialdemokratischen Partei die aussichtsreichste politische Partei auf den Wahlsieg.

Nach 1989 entwickelten die Sozialdemokraten wieder eine eigenständige Tätigkeit. Als Folge der Teilung der Tschechoslowakei nennt sich die Partei in der Tschechischen Republik seit 1993 Tschechische Sozialdemokratische Partei. Die ÈSSD sieht sich selbst in einer Reihe mit den anderen europäischen sozialdemokratischen Parteien und steht für eine Politik, die darum bemüht ist, soziale und ökologische Themen mit marktwirtschaftlichen Prinzipien zu verbinden.¹³ Zwischen ODS und ÈSSD bestand eine große Rivalität, weil zu den unterschiedlichen politischen Konzepten beider Parteien noch ein gespanntes persönliches Verhältnis zwischen den beiden Parteivorsitzenden, Václav Klaus und Miloš Zeman, hinzukam. Dieser Konflikt kulminierte im Verlauf des Wahlkampfes. Während Zeman Klaus vorwarf, er propagiere einen „Kapitalismus des 19. Jahrhunderts“, unternehme keine Anstrengungen zur Eindämmung der Wirtschaftskriminalität und der Plünderung des Volksvermögens, warnte Klaus vor einem „linken Putsch“ und der Rückkehr des Sozialismus, sollten die Sozialdemokraten die Wahl gewinnen. Mit einer Plakataktion forderte Klaus alle Bürger, „die in Freiheit leben wollen“, dazu auf, ihre Stimme der ODS zu geben. Dieses Vorgehen wurde von Zeman als „hysterisch“ abgetan.¹⁴

Die Freiheitsunion entstand erst ein halbes Jahr vor den Wahlen 1998 durch Abspaltung von der ODS aufgrund einer Parteispendenaffäre¹⁵ und stellte sich somit erstmals dem Wählervotum. Die Partei hatte sich innerhalb kürzester Zeit etabliert, wobei die noch für die ODS gewonnenen Abgeordnetenmandate und die Reputation ihrer wichtigsten Repräsentanten eine erhebliche Rolle spielten. Sie war in der Übergangsregierung von Ministerpräsident Josef Tošovský vertreten, und Staatspräsident Václav Havel hätte ihren Parteivorsitzenden Jan Ruml gerne als Ministerpräsident gesehen. Die Partei unterschied sich in ihrer politischen Ausrichtung nur unwesentlich von der ODS.¹⁶ Eine große Anzahl von Wählern erblickte in ihr eine echte Alternative zu den bisher bestimmenden politischen Kräften. Nicht zuletzt aufgrund der großen Zustimmung setzte sich die Führung eine Regierungsbeteiligung nach den Neuwahlen zum Ziel.

Die Christlich-Demokratische Union - Tschechoslowakische Volkspartei (Křesťanská a demokratická unie - Èskoslovenská strana lidová, KDU-ÈSL) ist eine konservative Partei der rechten Mitte und steht für eine christlich-demokratische Politik.¹⁷ Dabei orientiert sie sich stark an der deutschen CDU/CSU und pflegt eine enge Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer- und der Hanns-Seidel-Stiftung. So können sich beispielsweise in einer Reihe von Veranstaltungen kommunale Amtsträger über die Erfahrung ihrer deutschen Kollegen informieren. In der ersten Koalition gemeinsam mit

¹¹ Budování státu 6/1995, S. 5.

¹² Hlavu vzhůru, Volební program ODS [Kopf hoch, Wahlprogramm der ODS], <http://www.ods.cz/program98.html>.

¹³ Volební program, Alternativa pro naši zemi [Wahlprogramm, Eine Alternative für unser Land] http://www.socdem.cz/dokumenty/program_index.htm.

¹⁴ Die Sozialdemokraten sind in den tschechischen Wahlen die Favoriten, in: FAZ, 19.06.1998, S. 3.

¹⁵ Vgl. Kap. 3.1.

¹⁶ Volební program Unie svobody [Wahlprogramm der Unie svobody], http://www.uniesvobody.cz/dokumenty/volby_98/volebprg.html#uvod.

¹⁷ Volební program 1998 [Wahlprogramm 1998], <http://www.kdu.cz/VOLBY/PSP/PSP98volprg.htm>.

ODS und ODA stand sie nach eigenen Angaben für das „soziale Gewissen“ der konservativen Regierung. Im Oktober 1994 drohte die Partei mit dem Austritt aus der Koalition, weil das einst von den Kommunisten beschlagnahmte und nicht zurückgegebene kirchliche Eigentum privatisiert werden sollte.¹⁸

Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens besaß nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Systems auf absehbare Zeit keine Möglichkeit mehr, die Regierungsgewalt zu übernehmen. Dennoch hatte sie sich stabilisiert und fest als dritte politische Kraft innerhalb des Parteienspektrums etabliert. Sie bezeichnete sich selbst als eine linke Partei, die einen „humane[n], materiell und geistig produktive[n] Sozialismus“ anstrebe.¹⁹ Ihre Losung lautete: „Vorwärts zum Sozialismus - nicht zurück!“²⁰ Sie erhob den Anspruch, eine neue Art des Sozialismus zu definieren, und verwahrte sich dagegen, als eine Partei alten Typs bezeichnet zu werden. Die Partei Rentner für ein abgesichertes Leben stimmte programmatisch weitgehend mit den Kommunisten überein, dennoch distanzierte sie sich von der KSÈM als möglichem Koalitionspartner. Für sie kam allein eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten in Frage. Im Vorfeld der Wahlen hatten bereits erste Gespräche zwischen beiden Parteien stattgefunden, obwohl der sozialdemokratische Parteivorsitzende, Miloš Zeman, die Rentnerpartei einst als „senil und nutzlos“ bezeichnet hatte.²¹ Die Vereinigung für die Republik - Republikanische Partei der Tschechoslowakei (Sdružení pro republiku - Republikánská strana Èeskoslovenská, SPR-RSÈ) darf als extrem nationalistisch und rechtsradikal eingestuft werden. Mit einfach strukturierten, pointierten und populistischen Aussagen wollten die Republikaner jene Wähler ansprechen, denen die Politik der großen Parteien zu undurchsichtig und zu sehr von Taktik bestimmt erschien.

Am deutlichsten unterschieden sich die einzelnen Parteien hinsichtlich ihrer wirtschaftspolitischen Vorstellungen. Zwar bekannten sich alle mehr oder weniger deutlich zu marktwirtschaftlichen Prinzipien und strebten auf dieser Grundlage nach einem wirtschaftlichen Wachstum, sie waren aber unterschiedlicher Auffassung darüber, welche Rolle der Staat in der Marktwirtschaft übernehmen sollte. Während die rechten Parteien den staatlichen Institutionen möglichst wenig Einflußnahme auf die wirtschaftlichen Prozesse zubilligen wollten und auf die Selbstregulierungskräfte des Marktes vertrauten, forderten die linken Parteien vom Staat mehr Verantwortung für eine positive wirtschaftliche Entwicklung und eine Abschwächung ökonomischer Disproportionen. Die Wirtschaftspolitik stand dabei in engem Zusammenhang mit dem jeweiligen sozialpolitischen Konzept. Jene politischen Kräfte, die sich für einen möglichst wenig regulierten Markt aussprachen, glaubten, auf umfangreiche sozialpolitische Maßnahmen verzichten zu können. Umgekehrt traten die Kräfte, die ein stärkeres Engagement des Staates forderten, für ein umfassendes Sozialkonzept ein.

Der wirtschaftspolitische Grundsatz der ODS lautete Liberalisierung und Deregulierung. Die freie Marktwirtschaft sollte durch möglichst wenig Regularien eingeeengt werden. Dem freien Handel kam daher oberste Priorität zu. Auf soziale Belange wurde weniger Rücksicht genommen, getreu dem Motto, eine erfolgreiche Marktwirtschaft löse die sozialen Probleme von selbst. Die ODS verlangte nach einem möglichst flexiblen und kostengünstigen Sozialsystem. Dementsprechend stellte sie das Individualprinzip über das Staatsprinzip und forderte eine weitgehende Entstaatlichung des sozialen

¹⁸ Budování státu 10/1994, S. 5.

¹⁹ Markéta Maurová: Aktueller Beitragsblock, Radio Prag, 11. Juni 1998.

²⁰ Volební program KSÈM 1998 [Wahlprogramm der KSÈM 1998], <http://www.kscm.cz/kscmvp98.htm>.

²¹ Berthold Kohler: Den Wahlkampfbus fährt der Vorsitzende selbst, Die tschechische Rentnerpartei könnte über die nächste Regierung mitbestimmen, in: FAZ, 9.6.1998, S. 8.

Systems. Sie plädierte für eine Individualisierung der Sozialversicherung und wandte sich gegen eine Ausweitung der Pflichtversicherung, weil sie dadurch unter anderem die Konkurrenzfähigkeit der tschechischen Wirtschaft bedroht sah. Der Einzelne sollte für seine Zukunft einen großen Teil der Verantwortung selbst übernehmen.²² Auch die US setzte wie die ODS auf Marktwirtschaft und freien Wettbewerb. Sie präsentierte sich jedoch dynamischer und nahm auf ihren Plakaten in Anlehnung an die Politik der ODS für sich in Anspruch, „nicht auf halbem Wege stehenzubleiben“²³ und die Transformation konsequent zu Ende zu führen. Im Unterschied zur ODS versprach die Partei die Durchsetzung einer neuen Sozialpolitik, wobei die Reformierung des Rentensystems im Mittelpunkt stehen sollte.²⁴ Die SPR-RSÈ sprach sich ebenfalls konsequent gegen Eingriffe des Staates in die Wirtschaft aus und verlangte eine Senkung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt. Sie plädierte allerdings für die Rücknahme der neuen Altersgrenzen für den Eintritt ins Rentenalter von 62 Jahren für Männer und 59 Jahren für Frauen auf die zuvor geltenden Grenzen von 60 Jahren bzw. 57 Jahren, abzüglich je einem Jahr pro Kind.

Zu den Verfechtern einer sozialen Marktwirtschaft gehörte neben der ÈSSD auch die KDU-ÈSL. Beide Parteien betrachteten den Staat als Initiator wirtschaftlichen Wachstums und versprachen, Investitionen vor allem in den Bereichen Wohnungsbau und Infrastruktur zu tätigen. Dabei legten sie großen Wert auf die Feststellung, daß dadurch keine neuen Belastungen auf den Haushalt zukämen. Während die ÈSSD ihr Investitionsprogramm durch zusätzliche Einnahmen unter anderem aus der Privatisierung ausgabenneutral finanzieren wollte, strebte die KDU-ÈSL sogar die Verringerung des Haushaltsdefizits mit Hilfe der durch das erhoffte Wirtschaftswachstum erzielten Mehreinnahmen an. Darüber hinaus strebten die Sozialdemokraten zum Ausbau des Sozialsystems nach einer effektiveren Verwendung der Steuereinnahmen. Die Christdemokraten machten vor allem die Verbesserung der Situation junger Familien zu einem zentralen Thema. Aber schon während des Wahlkampfes hielten sich die sozialdemokratischen Repräsentanten immer mehr zurück, eine Verbesserung der Sozialleistungen zu versprechen, weil bereits absehbar war, daß finanzielle Mittel dafür nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen würden. Dafür kritisierte die ÈSSD die Privatisierungspolitik der ODS um so heftiger.²⁵ Diese sei für immense Verluste von Unternehmen und Kleinanlegern verantwortlich, weil sie zu wenig Kontrolle ausgeübt habe. Am Ende müßten die kleinen Leute für das Versagen der ehemaligen ODS-Regierung bezahlen. Die größten Verlierer seien Arbeiter, Angestellte im öffentlichen Dienst, Rentner und Arbeitslose. Im Falle einer Regierungsübernahme wollte die ÈSSD mit einer Aktion „Saubere Hände“ der Vetterwirtschaft ein Ende bereiten sowie gegen Steuerhinterzieher und mafiose Strukturen entschieden vorgehen. Zu diesem Zweck sollte jeder Besitzer eines Vermögens von mehr als zehn Millionen Kronen (etwa 560.000 DM) die ehrliche Herkunft seines Geldes nachweisen.

Die Kommunisten lehnten zwar die Marktwirtschaft nicht dezidiert ab, sie übten aber Kritik an der bedenkenlosen Einführung marktwirtschaftlicher Prinzipien. Ihrer Meinung nach mußte auch der Staat größere Verantwortung übernehmen und nicht nur die Privatwirtschaft. Sie verlangten daher zur Belebung der Wirtschaft protektionistische Maßnahmen. Der Staat sollte den Zugang ausländischer Produkte zu heimischen Märkten erschweren und zugleich den Export tschechischer Produkte ins Ausland unterstützen. Ausländische Investoren dürften in strategischen Unternehmen nicht die Mehrheit der Anteile besitzen. Zur Verminderung der Arbeitslosigkeit verlangte die Partei die Ver-

²² Hlavu vzhùru, Volební program ODS.

²³ Andrea Kopelentova: Aktueller Beitragsblock, Radio Prag, 16. Juni 1998.

²⁴ Volební program Unie svobody.

²⁵ Volební program, Alternativa pro naši zemi.

kürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei gleichzeitiger Beibehaltung des Reallohns und einer Steigerung der Arbeitsproduktivität. Zur finanziellen Entlastung der privaten Haushalte wurde eine Senkung der Mehrwertsteuer diskutiert. Parallel dazu entwarf sie ein umfassendes sozialpolitisches Programm für die sozial schwachen Bevölkerungsschichten, das weit über die Versprechungen der übrigen Parteien hinausging, mit einer Ausnahme, der Rentnerpartei. Deren Vorstellungen unterschieden sich nur unwesentlich von denen der Kommunisten. Ein Kernpunkt war die Erhöhung der Sozialhilfe und der Renten. Während die KSÈM eine automatische halbjährliche Anpassung an die Inflationsrate und die allgemeine Lohnentwicklung befürwortete, verlangte die DŽJ eine Anhebung der Renten auf sechzig bis siebzig Prozent des Durchschnittseinkommens sowie die Einführung einer dreizehnten, eventuell sogar einer vierzehnten Rentenzahlung pro Jahr. Kosten für grundlegende Bedarfsgüter, wie Wohnung, Energie, Wasser, sollten der Preisbindung unterliegen. Im Gesundheitswesen beabsichtigte die KSÈM eine Festschreibung bestimmter Zahlungsobergrenzen, während die DŽJ sogar eine kostenlose medizinische Versorgung in Aussicht stellte. Daß die ehrgeizigen Pläne nicht allein aus dem gegenwärtigen Staatshaushalt finanziert werden konnten, war beiden Parteien klar. Sie planten daher die Einführung einer zusätzlichen Steuer für Besserverdienende, eine Erhöhung der Luxussteuer sowie eine progressive Steuer auf Vermögen von über zehn Millionen Kronen (etwa 560.000 DM) und auf nichtproduktive Investitionen.

Alle Parteien stellten fest, daß die Gestaltung der Außenpolitik weder die Souveränität des Staates noch den nationalen Charakter des Landes beeinträchtigen dürfe. Über den Inhalt der nationalen Interessen gab es dagegen unterschiedliche Ansichten. Die bestimmenden außenpolitischen Themen waren zweifelsohne die Integration in die westlichen Bündnisse und das Verhältnis zu den Nachbarstaaten. In der Frage der Integration in NATO und EU lassen sich grob zwei miteinander unvereinbare Standpunkte unterscheiden. Während die Parteien am äußersten Rand des politischen Spektrums einer Westintegration zurückhaltend bis ablehnend gegenüberstanden, sprachen sich die übrigen Parteien eindeutig für eine Mitgliedschaft in NATO und EU aus. Allerdings gab es unter den Befürwortern durchaus unterschiedliche Ansichten über die Art und Weise der Integration. Die ODS präsentierte sich in hohem Maße „euroskeptisch“ und wandte sich strikt gegen die Übertragung nationalstaatlicher Kompetenzen auf supranationale Strukturen und gegen die Stärkung regionaler Einheiten. Das Ziel der ODS war ein „Europa der Nationen“ und kein „Europa der Regionen“.²⁶ Gemeinsam mit der KDU-ÈSL war sie der Ansicht, daß die westlichen Institutionen dafür Sorge tragen sollten, daß auch die kleinen Staaten Einfluß nehmen könnten und ihre Interessen gewahrt blieben. Im Gegensatz zur ODS befürworteten ÈSSD und US eine Zusammenarbeit der Regionen.²⁷

Rentnerpartei und Republikaner lehnten einen Beitritt zur NATO und zur EU ab, während die Kommunisten nur die NATO-Mitgliedschaft ausdrücklich verneinten, in der Frage des EU-Beitritts aber eine vorsichtigere Position vertraten. Alle drei Parteien waren sich aber darüber einig, daß die Entscheidung einem Referendum vorbehalten bleiben sollte. Die KSÈM bejahte zwar den europäischen Integrationsprozeß, machte aber eine Beteiligung der Tschechischen Republik von bestimmten Rahmenbedingungen abhängig, die an der Ernsthaftigkeit ihrer Zustimmung zumindest Zweifel aufkommen lassen. Sie lehnte den Eintritt in eine Europäische Union ab, in der die Tschechische Republik zu einer Wirtschaftskolonie herabsinken würde, verurteilte die ihrer Meinung nach zu starke Hinwendung zum Westen und den von den bestimmenden politischen Kreisen betriebenen scheinbaren Automatismus bei der Integration, verlangte eine stärkere Berücksichtigung sozialer und ökologischer Komponenten im Rahmen des Integrationsprozesses und sprach sich gegen eine einseitige Abhän-

²⁶ Hlavu vzhùru, Volební program ODS.

²⁷ Volební program, Alternativa pro naši zemi. Volební program Unie svobody.

gigkeit vom Westen aus.²⁸ Damit zielte sie nicht nur auf ihre traditionelle Klientel überzeugter Kommunisten, sondern vor allem auch auf die Verlierer des Transformationsprozesses, die dem westlichen System kritisch gegenüberstanden.

Alle drei Parteien waren sich einig, daß eine Mitgliedschaft in einem Militärbündnis nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes nicht mehr notwendig sei. Die Umrüstung der Armee koste unnötig viel Geld, das besser für den Ausbau des Gesundheits- und des Schulwesens sowie die Finanzierung der Renten ausgegeben werden solle. Außerdem bringe die Zugehörigkeit zur NATO nach dem Abzug der russischen Truppen möglicherweise erneut die Stationierung ausländischer Streitkräfte, wenn nicht sogar atomarer Waffen auf tschechischem Territorium. Dadurch würde die staatliche Souveränität eingeschränkt. Die Rentnerpartei ging sogar noch weiter und bezeichnete bereits den Abschluß internationaler Verträge als einen Verlust der staatlichen Souveränität. Anstelle der NATO präferierten die Kommunisten ein kollektives Sicherheitssystem im Rahmen der OSZE. In ihren Augen war das westliche Verteidigungsbündnis nur ein Überrest des Kalten Krieges, das von den USA und von Deutschland zur Wahrung ihrer Interessen mißbraucht werde.

Im Hinblick auf die bilateralen Beziehungen herrschte unter den wichtigsten Parteien weitgehend Übereinstimmung darüber, daß sich die Tschechische Republik weiter öffnen und vor allem gute Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarstaaten, insbesondere zu Deutschland und der Slowakei, pflegen sollte. Was jedoch das Verhältnis zu Deutschland betrifft, gingen sie von unterschiedlichen Voraussetzungen aus. Während die gemäßigten Parteien die Abkommen aus den 1990er Jahren als gute Basis für eine weitere Verbesserung der Beziehungen betrachteten, übten die radikalen Parteien Kritik an der bisherigen Politik. Ihrer Meinung nach sollten die tschechischen Politiker selbstbewußter auftreten und die tschechischen Interessen stärker vertreten. Entgegen den offiziellen Äußerungen aus Prag und Bonn bezeichneten die Republikaner die bilateralen Beziehungen zwischen Tschechien und der Bundesrepublik Deutschland sogar als „mehr oder weniger nicht sehr gut“.²⁹ Die negative Einschätzung ergab sich vor allem aus den Forderungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft und der Diskussion über die Gültigkeit der sogenannten Beneš-Dekrete. Ausdrücklich lehnten sie jede Art von Verhandlungen über den politischen, rechtlichen und territorialen Status quo ab und verlangten statt dessen eine Entschädigung der Opfer des Nazismus. Angesichts der harten Haltung gab die KDU-ÈSL, insbesondere im Hinblick auf die weitere Entwicklung der deutsch-tschechischen Beziehungen, der Hoffnung Ausdruck, daß die radikalen, im Parlament vertretenen Parteien mittelfristig aus der tschechischen politischen Landschaft verschwinden mögen, weil Rassismus, Fremdenhaß oder Marxismus keinen Platz in einem zivilisierten Land hätten.³⁰

Einige Parteien versuchten, sich durch die Besetzung bestimmter Themen besonders zu profilieren. Die Freiheitsunion etwa setzte sich für eine Ausdehnung des Geltungsbereiches des Wahlgesetzes ein. Es war ihr Ziel, den im Ausland lebenden Tschechen die Ausübung des Wahlrechts außerhalb des Staatsgebietes zu ermöglichen. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde noch im Mai 1998, also unmittelbar vor der Wahl, dem Parlament vorgelegt, was den Schluß zuläßt, die Partei habe sich davon mehr Stimmen versprochen. Obwohl der Vorstoß bei Staatspräsident Havel Unterstützung fand, scheiterte er an den übrigen Parteien. Lediglich die Freiheitsunion selbst stimmte für den Ge-

²⁸ Volební program KSÈM 1998.

²⁹ Jan Vik (Parlamentsabgeordneter, Sekretär und Sprecher der Republikaner), in: Lothar Martin: Aktueller Beitragsblock, Radio Prag, 10.6.1998.

³⁰ Jan Kasal (stellvertretender Parteivorsitzender der KDU-ÈSL), in: Martina Schneibergova: Aktueller Beitragsblock, Radio Prag, 12. Juni 1998.

setzentwurf. Eine Mehrheit, die vor allem aus Kommunisten, Republikanern und Sozialdemokraten bestand und voraussichtlich am wenigsten von einer Änderung des Wahlgesetzes profitiert hätte, verhinderte seine Annahme.

Die Republikaner setzten sich vehement für die Wiedereinführung der Todesstrafe ein. Noch charakteristischer war für die Partei aber die aggressive Ausgrenzung bestimmter Gruppen von Bürgern, insbesondere ihr unverblümter Rassismus gegen Roma, was zu einer Zuspitzung des Wahlkampfes führte. Offen wandte sich die Partei gegen die ihrer Meinung nach erfolgende Begünstigung der Roma. In den vom Fernsehen seit dem 3. Juni ausgestrahlten Wahlwerbesspots vertrat sie die Ansicht, „daß ‚die Zigeunerminderheit auf Kosten der Gesellschaft schmarotzt‘“ oder aber daß ‚es die Zigeuner ausnutzen, daß die berechtigte Kritik ihnen gegenüber als Rassismus ausgelegt wird und sie daher bisher nahezu ungestraft anständige Bürger ermorden, mißhandeln und bestehlen würden‘“.³¹ Das Tschechische Fernsehen sah sich angesichts der offenen rassistischen Äußerungen dazu gezwungen, sich von den Parolen der Republikaner zu distanzieren.

3 Die Krise der Mitte-Rechts-Koalition

Die Parlamentswahlen 1996 hatten gezeigt, daß die Mitte-Rechts-Koalition, wenn auch nur knapp, die absolute Mehrheit verloren hatte und die ODS nicht mehr allein die führende politische Kraft im tschechischen Parteienspektrum repräsentierte. In der ĚSSD war ihr eine zweite Partei als ernsthafte Konkurrenz erwachsen, die beinahe genauso viele Mandate erhalten hatte. Das machte die Regierungsbildung kompliziert. Die beiden großen Parteien verfügten nicht nur über zu wenig Stimmen, um allein eine stabile Regierung zu bilden, sondern sie sahen sich auch nicht in der Lage, eine mehrheitsfähige Koalition zusammenzustellen. Die beiden kleinen demokratischen, konservativen Parteien waren zu schwach, eine Regierungsbeteiligung der extremistischen Parteien kam nicht in Frage und einer großen Koalition standen sowohl konzeptionelle Gegensätze als auch persönliche Animositäten entgegen. Nur mit Mühe konnte der bisherige Ministerpräsident Václav Klaus eine neue Regierungskoalition mit der KDU-ĚSL und der ODA schmieden, die freilich im Parlament nur über 99 von 200 Mandaten verfügte und daher auf die Tolerierung durch die Sozialdemokraten angewiesen war.

3.1 Warum Neuwahlen?

Angesichts der neuen politischen Konstellation und der Tatsache, daß sie in einigen Sachfragen der ĚSSD näher standen als der ODS, erhielten die beiden kleinen Koalitionspartner mehr politisches Gewicht, als ihnen aufgrund ihrer Stimmenzahl in Wirklichkeit zukam, und dessen waren sie sich wohl bewußt. Noch stärker als zuvor war die ODS auf die Geschlossenheit der Koalition angewiesen und sah dadurch ihren politischen Handlungsspielraum eingeschränkt. Bereits während der Koalitionsverhandlungen kam es zu ernststen Meinungsverschiedenheiten über die Anzahl der Ministerposten. Die kleinen Koalitionsparteien waren nicht mehr bereit, im neuen Kabinett eine Ministermehrheit der ODS hinzunehmen, obwohl diese mehr als doppelt so viele Stimmen wie beide zusammen erhalten hatte, und reklamierten für sich genauso viele Kabinettsposten wie die ODS. Als Begründung gaben beide Parteien an, die ODS habe in der letzten Legislaturperiode mit ihrer Kabinettsmehrheit mehr-

³¹ Lothar Martin: Aktueller Beitragsblock, Radio Prag, 10.6.1998.

mals Beschlüsse an das Parlament verwiesen, die nicht ihre Zustimmung gefunden hätten.³² Klaus war gezwungen nachzugeben, wollte er erneut Ministerpräsident werden, und so teilten sich ODS auf der einen Seite sowie KDU-ÈSL und ODA auf der anderen Seite die vorgesehenen 16 Ministerposten, allerdings behielt die Demokratische Bürgerpartei Schlüsselministerien wie das Außen-, Innen- und das Finanzministerium.³³

Auch die ÈSSD, die sich grundsätzlich auf Konfrontationskurs zur Regierung befand und diese lediglich aus staatspolitischen Gründen tolerierte, weil sie selbst nur mit Hilfe der Kommunisten hätte regieren können, verlangte Zugeständnisse. Sie erhielt schließlich das Amt des Parlamentspräsidenten, den Posten eines seiner Stellvertreter und die Leitung von vier der zehn ständigen Ausschüsse. Außerdem kam Klaus den Sozialdemokraten in seinem Regierungsprogramm entgegen, indem er die Formulierungen bewußt allgemein hielt, um in Streitfragen ausreichend Verhandlungsspielraum zu haben. Dies betraf vor allem die Schul- und die Gesundheitspolitik, aber auch die Bereiche Wohnungs- und Regionalpolitik.

Die scheinbare Abhängigkeit der Regierung von der Opposition aufgrund der zu geringen Stimmenanzahl relativierte sich allerdings schon bald durch die mangelnde Geschlossenheit der Oppositionsparteien. Die Koalition konnte davon ausgehen, daß Kommunisten und Republikaner jeweils geschlossen gegen ihre Vorhaben stimmen würden, aber überraschenderweise entwickelte sich die mangelnde innerparteiliche Konsolidierung der ÈSSD zu einem fallweise stabilisierenden Faktor für die Regierung. Sozialdemokratische Parlamentsabgeordnete mit von der Mehrheitsmeinung abweichenden Ansichten verweigerten schon einmal den Fraktionszwang und ermöglichten den Regierungsparteien knappe Mehrheiten, die von der sozialdemokratischen Parteiführung so nicht gewollt waren. Am deutlichsten wurde dies im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Haushalts für das Jahr 1997. Zwei sozialdemokratische Abgeordnete, Jozef Wagner und Tomáš Teplík, stimmten entgegen den Vorgaben der Partei für den Regierungsentwurf und ermöglichten so seine Verabschiedung, wenn auch nur mit knapper Mehrheit. Die Parteispitze reagierte darauf mit dem Ausschluß der beiden Abgeordneten.³⁴ Begründet wurde dieser Beschluß mit der Unsicherheit bei zukünftigen Abstimmungen, was der Partei in hohem Maße schade. Damit hatte die Opposition ihre Mehrheit im Parlament eingebüßt, die Regierung aber noch keine neue Mehrheit gewonnen, weil die jetzt parteilosen Abgeordneten sich eine Entscheidung von Fall zu Fall vorbehielten. Allerdings mußten beide an einem Fortbestand der Regierung Interesse haben, denn bei einem Scheitern der gegenwärtigen Koalition und anschließenden Neuwahlen hatten sie kaum Aussicht auf einen neuerlichen Einzug ins Parlament. Der Ausschluß dokumentierte nicht nur die innere Zerrissenheit der ÈSSD, er legte auch die Schwäche der Regierung schonungslos offen, weil der politische Kurs des Landes zukünftig vom Votum einiger weniger Abgeordneter abhängig und zudem völlig unberechenbar war.

Es zeigte sich bald, daß die neue Minderheitsregierung Klaus ein sehr fragiles Gebilde darstellte, das nicht nur einen Stimmungsumschwung der Sozialdemokraten, sondern auch kritische Stimmen aus den Reihen der Regierungsparteien zu fürchten hatte. Erstmals seit ihrer Gründung machte sich innerhalb der ODS Unzufriedenheit über das Erscheinungsbild und die innere Struktur der Partei breit. Schon bald nach den Wahlen hatten sich vor allem der stellvertretende Parteivorsitzende und Außenminister, Josef Zieleniec, aber auch andere Repräsentanten aller Parteiebenen zu Wort gemeldet

³² Konstituierende Sitzung des Parlaments in Prag, in: NZZ, 26.6.1996, S. 2.

³³ Erneuerung der Koalition in Prag, in: NZZ, 28.6.1996, S. 5.

³⁴ Zeman se zbavil svých dvou stranických rebel [Zeman entledigte sich seiner beiden Parteirebellen], in: MFD, 16.12.1996, S. 1.

und die verordnete Einheitsmeinung und die ungenügende Kommunikation mit der Parteibasis kritisiert. Sie forderten eine breit angelegte politische Diskussion und eine stärkere Einbindung der unteren Parteiebenen.³⁵ Auch wenn Zieleniec seine Kritik bewußt allgemein formulierte, richtete sie sich doch eindeutig gegen den straffen und autokratischen Führungsstil des Parteivorsitzenden Klaus.³⁶ Damit wurde deutlich, daß Klaus' bislang scheinbar unantastbare Führungsrolle in der Partei in Frage gestellt wurde. Um auch nach außen den Willen zu Reformen und zu mehr Kompromißbereitschaft hervorzuheben, strebten die Kritiker nach einer Verjüngung der Parteispitze. Sie scheiterten mit diesem Vorhaben aber an der Mehrheit der Delegierten, die an den bisherigen Strukturen festhielt.³⁷

Auch innerhalb der Regierungskoalition zeigten sich schnell Risse. Geheimdienstchef Stanislav Devátý (ODS) mußte zurücktreten, nachdem sich herausgestellt hatte, daß der Vorsitzende der KDU-ÈSL und zugleich amtierende Landwirtschaftsminister, Josef Lux, vom Geheimdienst überwacht worden war.³⁸ Weitaus belastender für die Zusammenarbeit erwies sich allerdings der schleppende Fortgang der Transformation und die ungünstige Wirtschaftsentwicklung. Die größten Probleme stellten das steigende Haushaltsdefizit und die schwache Währung dar. Klaus mußte Fehler auf mikroökonomischer Ebene einräumen und verlor viel Vertrauen in der Bevölkerung. Es rachte sich nun, daß er vor dem Hintergrund der makroökonomischen Erfolge die Transformation für abgeschlossen erklärt hatte. Die in der Bevölkerung geweckten hohen Erwartungen hinsichtlich einer weiteren Verbesserung des Lebensstandards konnten nicht erfüllt werden.

Um der krisenhaften Entwicklung entgegenzusteuern, plante die Koalition eine Umbildung des Kabinetts und die Einführung restriktiver wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Aber die langwierigen Verhandlungen machten deutlich, daß die Kluft zwischen den Koalitionspartnern immer größer wurde und Einigungen ein hohes Maß an Kompromißbereitschaft verlangten. Die kleinen Parteien waren nicht dazu bereit, die volle Verantwortung für die Krise zu übernehmen. Die größten Differenzen gab es zwischen der KDU-ÈSL sowie der ODS und der ODA. Die Christdemokraten verlangten eine Kurskorrektur in Richtung einer sozialen Marktwirtschaft, sie forderten einen Rechenschaftsbericht über die Umsetzung der Sparmaßnahmen und warfen ihren Koalitionspartnern vor, zu wenig Bereitschaft zu wirklichen Veränderungen zu besitzen. Damit vermieden sie einen eindeutigen Standpunkt und näherten sich den Sozialdemokraten an. Zwar wollten sie die Koalition nicht verlassen, weil unter den gegebenen Mehrheitsverhältnissen ohne Neuwahlen keine andere Regierungskoalition ohne Duldung durch die Kommunisten gebildet werden konnte, zugleich aber auch nicht die Existenz ihrer Partei aufs Spiel setzen und mit der bürgerlichen Koalition politisch untergehen. Allerdings machte Lux deutlich, daß es auch für die Christdemokraten eine Grenze gab. Falls sich nicht in absehbarer Zeit wirtschaftliche Erfolge einstellten, wolle seine Partei aus der Regierung ausscheiden.³⁹ In die andere Richtung schwenkte der konservative Flügel der ODA, der verlangte, die liberale Transformation konsequent zu Ende zu führen. Aus seiner Sicht sollte die ODA lieber in die Opposition gehen, als das kompromißlose Transformationskonzept aufgeben. Sogar innerhalb der ODS wurde Klaus nun als Belastung empfunden und sein Rücktritt verlangt, aber es fehlte eine Integrationsfigur,

³⁵ Zieleniec vyvolal uvnitř ODS vlnu souhlasných názorů [Zieleniec löste innerhalb der ODS eine Welle übereinstimmender Meinungen aus], in: MFD, 7.8.1996, S. 1. Vgl. auch Eleonora Schneider: Tschechien nach dem Sturz von Vaclav Klaus, Aktuelle Analysen des BIOst 15/1998, S. 4.

³⁶ Kritik am Führungsstil von Parteipräsident Klaus, in: NZZ, 15.8.1996, S. 3.

³⁷ Imageprobleme der tschechischen Konservativen, in: NZZ, 10.12.1996, S. 2.

³⁸ Devátý se nečekani vzdal své funkce ředitele BIS [Devátý legte unerwartet seine Funktion als Direktor des Geheimdienstes nieder], in: MFD, 12.11.1996, S. 1.

³⁹ Verschnaufpause für die Prager Koalition, in: NZZ, 12.06.1997, S. 3.

die an seine Stelle hätte treten können. Für viele war Zieleniec die geeignete Persönlichkeit.⁴⁰ Als schließlich im Parlament die Vertrauensfrage gestellt wurde, überstand die Regierung die Abstimmung nur mit der hauchdünnen Mehrheit von zwei Stimmen, die sie einmal mehr den parteilosen Abgeordneten zu verdanken hatte. Die Regierung hatte inzwischen die Initiative aus der Hand gegeben und konnte nur noch reagieren statt agieren.

Trotz aller negativer Vorzeichen bestand die Mitte-Rechts-Koalition fort. Die Kritik von Zieleniec und seinen Mitstreitern zeigte zunächst keine Wirkung. Es gelang ihnen nicht, die verkrusteten Strukturen der Partei aufzubrechen. Inwieweit Zieleniec mit seinem Vorstoß den Sturz der gesamten Regierung provozieren wollte und ob er gar selbst heimlich Ambitionen auf das Amt des Ministerpräsidenten hegte, mag dahingestellt bleiben. Als er zu der Erkenntnis gelangte, daß unter den gegebenen Bedingungen eine innere Reform der Partei nicht realisierbar war, zog er überraschend die Konsequenzen und trat von seinen Ämtern in Partei und Regierung zurück. Für die ODS war diese Entwicklung ohne Zweifel ein Schock, zugleich stärkte sie aber auch, zumindest vorübergehend, den Zusammenhalt.

Letztlich bedurfte es eines besonderen Anstoßes, um das labile politische Gleichgewicht aus der Balance zu bringen. Dieser kam in Form einer Parteispendenaffäre, deren Wurzeln gut zwei Jahre zurücklagen. Damals wollte die Moravia Steel, die aus der Privatisierung der Stahlwerke Tøinec als Sieger hervorgegangen war, der ODS eine Spende zukommen lassen. Um einen möglichen Verdacht auszuschließen, schlug der Vorsitzende der Parteiexecutive, Libor Novák, vor, mit der Zahlung bis nach Beendigung der Privatisierung zu warten und einen Mittelsmann einzuschalten. Im November 1995 erhielt die ODS schließlich zwei Geldbeträge von jeweils 3,75 Mio. Kronen, zusammen etwa 420.000 DM. Eine ungarische sowie eine auf Mauritius lebende indische Person gaben sich in zwei anonymen Briefen als Spender aus. Dabei handelte es sich offensichtlich um eine falsche Spur, denn noch vor den Parlamentswahlen 1996 stellte sich heraus, daß die beiden Personen überhaupt nicht existierten. Die von der Partei eingeleitete Untersuchung brachte gewollt oder ungewollt kein Resultat.⁴¹

Im Herbst 1997 wurde die immer noch ungeklärte Parteispendenaffäre erneut von der Presse aufgegriffen. Auf öffentlichen Druck hin bekannte sich der ehemalige Tennisprofi und Aktionär der Moravia Steel, Milan Šrejber, zu der großzügigen Spende. Die ODS fand auf einmal die entsprechenden Kontoauszüge wieder, wies aber einen Zusammenhang mit der damaligen Privatisierung weit von sich. Obwohl auch Fachleute dies aufgrund der Regularien eher für unwahrscheinlich hielten, entstand in der Bevölkerung dennoch der Eindruck von einer Verquickung zwischen Regierung und Privatwirtschaft. Der für Finanzen zuständige Novák übernahm die Verantwortung und erklärte öffentlich, nur er allein habe von den Vorgängen Kenntnis gehabt. Damit wäre das Problem zunächst entschärft gewesen, hätte sich nicht der tschechische Botschafter in Schweden, Petr Kolář, zu Wort gemeldet. Kolář erklärte öffentlich, er habe als Berater von Außenminister Zieleniec im Frühjahr 1996 zufällig von der Aktion erfahren und seinen Chef davon unterrichtet. Zieleniec bestätigte die Angaben und fügte hinzu, er habe daraufhin sofort Klaus in Kenntnis gesetzt. Klaus hatte aber zu verstehen gegeben, erst vor kurzem von den Vorgängen erfahren zu haben. Nun wurde die ODS von ihrer eigenen Verzögerungstaktik bei der Aufklärung der Spendenaffäre eingeholt. Es entwickelte sich der größte politische Skandal seit dem Sturz des kommunistischen Regimes. Angesichts der widersprüchlichen

⁴⁰ Prügel für den Prager Musterschüler, in: NZZ, 04.06.1997, S. 3.

⁴¹ Politisches Erdbeben in Tschechien, in: NZZ, 29.11.1997, S. 1.

Aussagen kam der Verdacht auf, Spitzenpolitiker der ODS hätten nicht nur die Hintergründe bei der Finanzierung ihrer Partei verschleiert, sondern eventuell sogar falsche Informationen verbreitet.⁴²

Die Parteiführung sah sich durch den wachsenden Druck in die Enge getrieben und stellte ihren Rücktritt in Aussicht. Außerdem wollte sie sämtliche Unterlagen über umstrittene Privatisierungsaktionen veröffentlichen. Ministerpräsident Klaus aber führte seine Amtsgeschäfte wie gewohnt weiter und reiste auf ein Gipfeltreffen der Mitteleuropäischen Initiative nach Sarajevo, um den Eindruck von Normalität zu erwecken. Damit gab er deutlich zu verstehen, daß er keinerlei Zusammenhang zwischen Parteikrise und Regierungsarbeit erblickte. Mit ihrer Reaktion konnte die ODS bestenfalls politische Schadensbegrenzung betreiben, denn die Vorgänge warfen eine schwerwiegende Frage auf. Durften eine politische Partei und ihre führenden Vertreter, die ihre Glaubwürdigkeit weitgehend eingebüßt hatten, weiterhin die Geschicke des Landes lenken? Für die innerparteiliche Opposition gegen Klaus lautete die Antwort eindeutig „Nein“. Ivan Pilip und Jan Ruml forderten ihn zum Rücktritt von allen seinen Ämtern auf, zumal angeblich Hinweise vorlagen, die ODS verfüge in der Schweiz über ein geheimes Spendenkonto⁴³, was später von der Parteiführung bestritten wurde. Aufgrund der immer neuen Verdächtigungen fürchteten nun auch die beiden kleineren Koalitionspartner, in die Affäre hineingezogen zu werden und politisch Schaden zu nehmen. Die Christdemokraten verließen die Koalition, und auch die ODA empfahl ihren Ministern das Kabinett zu verlassen. Als Präsident Havel schließlich Klaus zum Rücktritt aufforderte, sah dieser keine andere Möglichkeit mehr, als seine Demission als Ministerpräsident einzureichen, den Parteivorsitz behielt er jedoch bei.⁴⁴ Damit war erstmals seit 1989 eine demokratisch gewählte tschechische Regierung vorzeitig gescheitert.

Nun sahen die Sozialdemokraten ihre Stunde gekommen und verlangten Neuwahlen, was vom Präsidenten zunächst jedoch ausgeschlossen wurde. Dennoch standen die Chancen gut, weil Václav Klaus nicht gewillt war, widerstandslos von der politischen Bühne abzutreten. Er hielt am Posten des Vorsitzenden der ODS fest und wollte sich auf dem Sonderparteitag seiner Partei Mitte Dezember 1997 zur Wiederwahl stellen. Dabei war er sich durchaus der Tatsache bewußt, daß er noch über eine große Schar von Anhängern verfügte und seine Chancen nicht schlecht standen. Vor allem in den Regionen hielten die Parteimitglieder zu ihrem Vorsitzenden und sahen in ihm die einzige Persönlichkeit, die zur Führung der Partei befähigt war. Trotz der in den letzten Monaten immer deutlicher gewordenen Führungsschwäche, der zutage geförderten finanziellen Unregelmäßigkeiten und des daraus resultierenden Verlusts an Glaubwürdigkeit hielten viele ODS-Mitglieder an ihm fest und warfen seinen Gegnern vor, sie hätten einen Putsch inszeniert. Am Ende überraschte es kaum, daß Klaus mit überwältigender Mehrheit erneut zum Parteivorsitzenden gewählt wurde. Die Delegierten hielten eine ausführliche Diskussion der Vorfälle entweder für nicht wünschenswert oder für nicht notwendig. Klaus hatte es offenbar verstanden, die Verantwortung für die Vorfälle auf die gesamte Parteispitze zu verteilen.⁴⁵ Sein neuerlicher Erfolg war aber allem Anschein nach gleichbedeutend mit der Spaltung der Partei und dem Gang in die Opposition. Dadurch hätte die ODS im Parlament den Status der stärksten Partei verloren, und die Bildung einer neuen Regierung wäre angesichts der zersplitterten Stimmenzahl nahezu aussichtslos gewesen.

⁴² Politisches Erdbeben in Tschechien, in: NZZ, 29.11.1997, S. 1. Vgl. auch Schneider: Tschechien, S. 1f.

⁴³ Politika v Ěeské republice 5/97, S. 16.

⁴⁴ Klaus odstoupil, nová vláda bude bez niho [Klaus zurückgetreten, neue Regierung wird ohne ihn amtieren], in: MFD, 1.12.1997, S.1.

⁴⁵ Klaus obklopen svými lidmi zůstává pøedsedou strany [Klaus wird weiter von seinen Leuten unterstützt und bleibt Vorsitzender der Partei], in: MFD, 15.12.1997, S.1.

Während sich die ODS vor allem mit ihrem innerparteilichen Konflikt beschäftigte, bemühten sich die kleineren Parteien gemeinsam mit Präsident Havel um die Zusammenstellung einer neuen Regierung mit beschränktem Mandat und toleriert von einem Teil der ODS und den Sozialdemokraten. Dabei ließen Lux, der mit der Regierungsbildung beauftragt worden war, und andere Parteivorsitzende keinen Zweifel daran, daß sie den elegantesten Ausweg aus der Regierungskrise in Neuwahlen erblickten. Schließlich einigte man sich auf den Gouverneur der Zentralbank, Jozef Tošovský, der sowohl das Vertrauen der alten Koalition genoß als auch für die Sozialdemokraten akzeptabel war, als neuen Regierungschef.⁴⁶

Vorbehalte äußerte dagegen sein Vorgänger Václav Klaus, nachdem er zuvor noch den Eindruck erweckt hatte, als wolle er in die Opposition gehen. Weil er sich bei den Verhandlungen über eine neue Regierung übergangen fühlte, machte er eine Beteiligung von deren Zusammensetzung abhängig.⁴⁷ Während die Partei eine Mitarbeit der „Auführer“ ablehnte, wollte sich die Parlamentsfraktion an der neuen Regierung beteiligen.⁴⁸ Die Situation war undurchsichtig, denn wenn Klaus zu einer Zusammenarbeit bereit gewesen wäre, hätten sich Neuwahlen unter Umständen erübrigt, weil diese Regierung eventuell ausreichend stark gewesen wäre. Aber konnte eine Regierung unter Beteiligung von Klaus überhaupt glaubwürdig sein? Es entstand der Eindruck, als wolle Klaus durch sein Taktieren deutlich machen, daß ohne seine Teilnahme kein Ergebnis zustande kommen könne. Dem wollte Tošovský unbedingt entgegenwirken, was aber nur unter der Einbeziehung der Sozialdemokraten zum Preis von baldmöglichen Neuwahlen gelingen konnte. Ungeachtet der Drohung von Klaus legte Tošovský noch vor Jahreswechsel seine neue Kabinettsliste vor, auf der auch Gegner von Klaus und zudem eine Reihe parteiloser Fachleute aufgeführt waren. Klaus sah sich vor vollendete Tatsachen gestellt und verweigerte der neuen Regierung seine Unterstützung.⁴⁹ Diese Entwicklung hatte zur Folge, daß beinahe die Hälfte der ODS-Abgeordneten die Partei verließen und die Freiheitsunion als neue politische Partei gründeten. Die US sollte sich von der ODS weniger programmatisch als vielmehr in ihrem politischen Stil unterscheiden und darüber hinaus neue Wählerschichten, wie die Kleingewerbetreibenden, gewinnen und neue Themen, wie die Ökologie, erschließen.

Bald waren sich alle im Parlament vertretenen Parteien einig, daß es zu Neuwahlen kommen mußte. Unklarheit herrschte nur noch über die Art und Weise, wie man diese am besten herbeiführen konnte. Die Verfassung bot nur die Möglichkeit, dreimal nacheinander der Regierung das Mißtrauen auszusprechen. Diese Variante wurde aber abgelehnt, weil man sie als „theatralisch“ empfand und negative Reaktionen des Auslandes befürchtete. Die Regierung Tošovský wollte einen Gesetzentwurf mit der Vertrauensfrage verbinden und signalisieren, sie sei an einem negativen Resultat interessiert, damit der Präsident das Parlament auflösen und Neuwahlen ausschreiben könne. Dieser Vorschlag stieß aber bei den Sozialdemokraten auf Widerstand, weil er ihnen zu wenig verbindlich erschien. Denn es gab keine Handhabe für den Fall, daß sich die Regierung plötzlich nicht mehr an die getroffene Abmachung hielt. Statt dessen präferierten sie die Verabschiedung eines Verfassungsgesetzes zur Verkürzung der Legislaturperiode. Die ÈSSD sah nun die Zeit für einen Wahlsieg gekommen

⁴⁶ Do èela kabinetu usedne uznávány bankéø Tošovský [An der Spitze des Kabinetts nimmt der anerkannte Bankier Tošovský Platz], in: MFD, 17.12.1997, S. 1.

⁴⁷ Tosovsky in Prag als Regierungschef vereidigt, in: NZZ, 18.12.1997, S. 2.

⁴⁸ Viel Kredit für Tosovsky in Prag, in: NZZ, 19.12.1997, S. 2.

⁴⁹ Kabinet je sestaven, bez Klause, s devíti nováèky [Das Kabinett ist gebildet, ohne Klaus, mit neun Neulingen], in: MFD, 31.12.1997, S. 1.

und wollte nicht unnötig Zeit verlieren. Die Christdemokraten plädierten für einen Verfassungszusatz, der dem Präsidenten die Auflösung des Parlaments ermöglichen sollte, sobald sich dieses mit einer Drei-Fünftel-Mehrheit dafür aussprach.⁵⁰ Am Ende setzten sich die Sozialdemokraten mit ihrer Vorstellung durch. Es wurde ein Verfassungsgesetz verabschiedet, das die Legislaturperiode einmalig um zwei Jahre verkürzte. Damit war der Weg für Neuwahlen am 19. und 20. Juni 1998 frei.

3.2 Die Auswirkungen der politischen Turbulenzen auf die Wahlpräferenzen

Die innenpolitischen Ereignisse des Jahres 1997 konnten nicht ohne Rückwirkung auf die Popularität der einzelnen politischen Parteien in der Bevölkerung bleiben. Eine Analyse der Umfragen zu den Wahlpräferenzen macht deutlich, daß die verschiedenen Konflikte nachhaltigen Einfluß auf die Akzeptanz der einzelnen Parteien besaßen. Ein Blick auf die Meinungsumfragen im Januar 1997 zeigt, daß die ODS, die Partei des amtierenden Ministerpräsidenten Klaus, deutlich vor der Sozialdemokratischen Partei lag. Während die Demokratische Bürgerpartei auf 28 Prozent Zustimmung kam, fanden die Sozialdemokraten nur bei 23 Prozent der Wähler Rückhalt. An dritter Stelle lag die KDU-ÈSL mit 10 Prozent, dicht gefolgt von den Kommunisten mit neun Prozent. Knapp dahinter rangierte die ODA mit 8,5 Prozent. Die Republikaner notierten fünf Prozent und hätten damit erneut den Einzug ins Parlament geschafft (vgl. die grafische Darstellung im Anhang).⁵¹ Die Regierungsparteien verzeichneten ein deutlich besseres Ergebnis als noch bei den Parlamentswahlen ein halbes Jahr zuvor. Dieses Resultat hätte genügt, um erneut eine Regierung mit absoluter Mehrheit zu bilden. Die Wähler beurteilten die Unstimmigkeiten innerhalb der ODS und der Koalition also nicht negativ. Möglicherweise wurden die Bemühungen um mehr Meinungsvielfalt und um eine Auflockerung der Strukturen von den Wählern sogar honoriert. Im Gegensatz dazu verloren die Oppositionsparteien an Zustimmung. Der Aufwärtstrend der Sozialdemokraten wurde unterbrochen und die ihr eingeräumte Rolle als Regierungsalternative relativiert.

Im April änderte sich das Meinungsbild grundlegend. Die ODS mußte gewaltige Verluste hinnehmen. Innerhalb von zwei Monaten verlor sie mehr als ein Viertel ihres Wählerpotentials und kam im Mai nur noch auf 20 Prozent. Die Ursachen waren vielfältiger Natur. Der Elan ihrer Führungsspitze bei der Fortsetzung der Transformation ließ spürbar nach, die Wirtschaftsleistung ging zurück und die Währung verlor an Stabilität. Mit dieser Entwicklung hatte die Bevölkerung nach den Erfolgsmeldungen der Regierung nicht gerechnet. Die Unstimmigkeiten bei der Umbildung des Kabinetts und vor allem das verabschiedete Sparprogramm raubten endgültig das Vertrauen. Umso erstaunlicher war es, daß die ebenfalls in der Regierung vertretene Christdemokratische Partei keine analogen Einbußen aufzuweisen hatte, ja sie konnte zunächst sogar den Vorsprung vor der KSÈM vergrößern. Offenbar wurde sie nicht mit der negativen Entwicklung in Zusammenhang gebracht oder ihre Wähler waren weitaus weniger von den Auswirkungen betroffen. Sie konnte sogar zu einem gewissen Teil von den Einbußen der ODS profitieren. Im Juli war es den Kommunisten aber wieder gelungen, den Rückstand bis auf ein Prozent aufzuholen. Trotz leicht fallender Tendenz konnte die ÈSSD im April die ODS überholen und in den drei folgenden Monaten einen starken Zuwachs verbuchen. Im Juli 1997 erreichte sie eine Zustimmung von 31 Prozent und war damit mit Abstand die stärkste Partei.

⁵⁰ Neuwahlen in Tschechien bis zum Sommer, in: NZZ, 13.01.1998, S. 2.

⁵¹ Jan Hartl; Jaroslav Huk; Vira Haberlová: Èeská spoleènost 1998 [Tschechische Gesellschaft 1998], Praha 1998, S. 98f.

Die mangelnde Koalitionsfähigkeit erlaubte es ihr allerdings nicht, die Regierungsgeschäfte zu übernehmen.

Nach einer kurzen Erholungsphase in den Monaten August bis Oktober begann der freie Fall der ODS. Ursache war die durch die Parteispendenaffäre ausgelöste Regierungskrise, die ihren Höhepunkt im erzwungenen Rücktritt von Ministerpräsident Klaus fand. Von Oktober 1997 bis März 1998 sanken die Werte kontinuierlich bis auf 11 Prozent. Damit hatte sich das Wählerpotential der einst stärksten Partei halbiert und war gegenüber dem höchsten Wert auf fast ein Drittel zusammengesmolzen. Den weiteren Niedergang der ODS konnten die Sozialdemokraten allerdings nicht zu ihren Gunsten nutzen. Sie hatten scheinbar ihr gegenwärtiges Wählerpotential bereits voll ausgeschöpft. Die zweite Jahreshälfte 1997 erlebten sie in einer Auf- und Abwärtsbewegung, freilich auf einem hohen Niveau, ehe sie im Januar 1998 mit 32 Prozent den Spitzenwert erreichten. Danach setzte auch bei ihnen infolge einer vermeintlichen Spendenaffäre ein deutlicher Rückgang in der Wählergunst ein, der unmittelbar vor den vorgezogenen Parlamentswahlen im Juni 1998 mit 22 Prozent seinen Tiefpunkt erreichte. In den drei Monaten vor den Wahlen, als sich die Lage wieder beruhigt hatte, konnte sich die ODS deutlich erholen. Sie erzielte in diesem Zeitraum einen Zuwachs von über zwei Drittel und erreichte im Juni 19 Prozent. Die Differenz zur ÈSSD betrug nur noch drei Prozent. Es war der ODS gelungen, die Schere wieder zu schließen.

Der scheinbare Gewinner dieser Entwicklung war die neu gegründete Freiheitsunion, die sich zu Beginn des Jahres von der Demokratischen Bürgerpartei abgespalten hatte. Sie konnte im Januar 1998 auf Anhieb 11 Prozent der Stimmen für sich verbuchen und steigerte diesen Wert einen Monat später sogar auf 18 Prozent. Damit avancierte sie auf Anhieb zur zweitstärksten politischen Kraft in Tschechien. Allerdings hatte dieser grandiose Aufstieg wenig politische Substanz und speiste sich überwiegend aus der Unzufriedenheit der Wähler mit den etablierten Parteien und der Hoffnung auf eine scheinbare Alternative. Schnell wurde deutlich, daß sich die hochgesteckten Erwartungen nicht erfüllten. Schon im März erlebte die US wieder einen deutlichen Sympathieverlust zugunsten der ODS.

Auch unter den übrigen Parteien brachten die politischen Turbulenzen Veränderungen der Wählerpräferenzen. Anfang 1998 überholten die Kommunisten wieder die KDU-ÈSL und bis Juni auch die US, die im Januar nach ihrer Gründung auf dem gleichen Niveau wie die KÈEM notiert worden war. Die KDU-ÈSL stagnierte im ersten Halbjahr 1998 und wies vor den Wahlen sogar eine fallende Tendenz auf. Neben den Kommunisten konnten auch die Republikaner die Schwierigkeiten der vor ihnen platzierten Parteien zu ihren Gunsten nutzen, wenn auch in beschränktem Umfang. Sie erreichten kurzfristig ein Niveau von acht Prozent, ehe sie sich wieder bei fünf Prozent einpendelten. Die Meinungsforscher gingen aber davon aus, daß sie bei den vorgezogenen Wahlen den Einzug in das Parlament schaffen würden. Die Umfragen machen deutlich, daß die Parteien am linken und rechten Rand des politischen Spektrums von der Krise der Parteien der Mitte bis zu einem gewissen Grad profitierten. Allerdings reichte der Zuwachs bei weitem nicht aus, um die Vorherrschaft der gemäßigten Parteien in Frage zu stellen, so daß unter diesem Aspekt von einer Stabilisierung der politischen Landschaft gesprochen werden kann.

4 Die vorgezogenen Parlamentswahlen 1998

Die folgende Analyse des Wahlergebnisses wird durch die Untersuchung der Resultate auf regionaler Ebene ergänzt, so daß erkennbar wird, in welchen Landesteilen die einzelnen Parteien ihre Hochburgen haben und wo sie nur unterdurchschnittlich repräsentiert sind. Die Wählerwanderung gibt Aufschluß darüber, in welchem Ausmaß sich Wähler im Vergleich zur letzten Wahl umorientierten. Die abschließende Untersuchung des Wählerprofils zeigt, welche Bevölkerungsgruppen von den einzelnen Parteien besonders angesprochen werden.

4.1 Das Wahlergebnis

Aus den vierten freien und demokratischen Parlamentswahlen nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes im Herbst 1989 ging die von Miloš Zeman geführte Sozialdemokratische Partei als Sieger hervor. Sie gewann gegenüber den letzten Wahlen deutlich hinzu und erhielt mit 32,31 Prozent fast ein Drittel aller Stimmen.⁵² Damit lag sie deutlich vor der bislang stärksten politischen Kraft, der Demokratischen Bürgerpartei des früheren Ministerpräsidenten Václav Klaus, die 27,74 Prozent der Stimmen erhielt und gegenüber 1996 leicht verlor. An dritter Stelle folgte die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens mit 11,03 Prozent, gefolgt von den Christdemokraten mit neun Prozent. Beide Parteien hatten einen leichten Zugewinn zu verzeichnen. Knapp dahinter lag die Freiheitsunion, die auf Anhieb 8,6 Prozent der Stimmen bekam. Die übrigen Parteien, die sich zur Wahl gestellt hatten, scheiterten an der Fünfprozenthürde und waren demnach nicht im neuen Parlament vertreten. Während die Republikaner und die Rentnerpartei mit 3,9 Prozent bzw. 3,06 Prozent mehr als drei Prozent der Stimmen erhielten und somit Anspruch auf staatliche Mittel besaßen, gingen die kleineren Parteien leer aus. Die Wahlbeteiligung betrug 74,03 Prozent und war damit geringfügig niedriger als 1996.

Die neue Sitzverteilung ergibt folgendes Bild: Die Sozialdemokraten kommen auf 74 Mandate, was einen Zuwachs von 13 Sitzen bedeutet. Die ODS verlor fünf Mandate und verfügt im neuen Parlament nur noch über 63 Abgeordnete. Die Kommunisten gewannen drei Mandate hinzu und stellen nun 25 Vertreter. Auch die Christdemokraten konnten die Zahl ihrer Mandatsträger um zwei von 18 auf 20 erhöhen. Die Freiheitsunion stellt 19 Abgeordnete, während die Republikaner ihre 18 Mandate und die ODA, die zu den Wahlen nicht mehr angetreten war, ihre 13 Mandate vollständig einbüßten.

Das Wahlergebnis spiegelte wider, was sich schon seit Monaten angekündigt hatte: Die ĚSSD hatte die ODS in der Gunst der Wähler überholt. Allerdings hatte wohl kaum jemand damit gerechnet, daß die Demokratische Bürgerpartei so wenig Stimmen verlieren würde. Einmal mehr machten die Wahlen deutlich, daß sich die Kommunisten und die Christdemokraten fest als politische Kraft etabliert haben. Während das linke Parteienspektrum keine Veränderungen aufzuweisen hat - die Rentnerpartei erreichte nicht den allgemein prognostizierten Einzug ins Parlament - und somit zumindest mittelfristig als konsolidiert gelten kann, kam Bewegung in die konservativen und rechten Parteien. Nach wie vor führt die ODS das konservative Lager an, aber die ODA war von der politischen

⁵² LN, Mimořádné vydání [Sonderausgabe], 20.6.1998, S. 1, MFD, 22.6.1998, S. 1f. Statistická ročenka Ěeské republiky '98 [Statistisches Jahrbuch der Tschechischen Republik '98], Praha 1998, S. 721. Ein Überblick findet sich auch bei Wolf Oschlies, Neuwahlen in der Tschechischen Republik, Teil II: Wahlkampf und Resultate, Aktuelle Analysen des BIOst 28/1998, S. 2ff. Vgl. Tabelle der Wahlergebnisse im Anhang.

Bühne verschwunden. Dafür hat sich mit der Freiheitsunion eine neue konservative Partei gebildet, deren dauerhafte Existenz aber in Frage gestellt werden muß. Zum einen unterscheidet sie sich programmatisch zu wenig von der ODS und zum anderen fehlt ihr das Profil einer Massenpartei. Es wird in erster Linie von der Reformfähigkeit der ODS abhängen, ob sie die US wieder integrieren kann. Von weitaus größerer Bedeutung war die überraschende Niederlage der Republikaner und damit der Verlust des rechten, radikalen Randes des Parteienspektrums zugunsten der stärker auf die Mitte zielenden politischen Kräfte sowie die Tatsache, daß sich am linken Rand keine neue politische Kraft gebildet hat. Dieser Befund wurde auch allgemein von der politischen Öffentlichkeit positiv registriert. Am Ende durften sich alle im neuen Parlament vertretenen Parteien als Sieger fühlen. Die Sozialdemokraten, weil sie, wie angestrebt, die meisten Stimmen erhalten hatten und aller Voraussicht nach den Ministerpräsident stellen, die ODS, weil sie weitaus weniger Stimmen verloren hatten als befürchtet, Kommunisten und Christdemokraten, weil sie ihre Position festigen konnten, und die Freiheitsunion, weil es ihr gelungen war, sich auf Anhieb im Parlament zu etablieren.

Eine Niederlage mußten die drei namhaften Meinungsforschungsinstitute, Institut für Meinungsforschung (Institut pro výzkum veřejného mínění, IVVM), Taylor Nelson - Sofres Factum und Zentrum für empirische Forschung (Středisko empirických výzkumů, STEM/MARK), hinnehmen. Alle drei sagten zwar einen Sieg der ĚSSD vor der ODS voraus, aber die angegebenen Prozentzahlen lagen am Ende deutlich unter den wirklichen Resultaten. Eine geringere Abweichung gab es bei den Ergebnissen der Kommunisten, der Christdemokraten und der Freiheitsunion. Dem Ergebnis ziemlich nahe kamen dabei die Angaben von STEM/MARK. Große Probleme bereitete allerdings die Bewertung der Republikaner und der Rentnerpartei. Lediglich IVVM sagte voraus, daß die Republikaner nicht den Einzug ins Parlament schaffen würden, die beiden übrigen Institute sahen dagegen die Rechtsradikalen im Parlament. Einig war man sich über den Erfolg der Rentnerpartei, wobei die Angaben zwischen 5,4 Prozent (Sofres Factum) und sogar neun Prozent (IVVM) stark schwankten.⁵³ Entweder basierten die Umfragen auf falschen Angaben der Respondenten oder die Erhebungsmethode funktionierte nicht einwandfrei, aus welchen Gründen auch immer, oder aber viele Wähler änderten im letzten Moment ihre Meinung.

4.2 Die Ergebnisse auf regionaler Ebene

Die Übersicht über die Wahlergebnisse in den einzelnen Bezirken zeigt, daß die Sozialdemokraten in allen Landesteilen ihre Stimmenzahl zum Teil deutlich erhöhen konnten. Die höchsten Zuwachsraten verzeichneten sie in Mittel- und Westböhmen mit über sieben Prozent, aber auch in Südmähren mit fast sieben Prozent und in Südböhmen mit immer noch über sechs Prozent konnte das Ergebnis der letzten Wahlen kräftig gesteigert werden. Dabei handelte es sich um Regionen, in denen die ĚSSD in etwa durchschnittliche Ergebnisse erzielte. Am niedrigsten waren die Zuwachsraten im Bezirk mit dem schlechtesten und dem besten Resultat. Sowohl in der Hauptstadt Prag als auch in Nordmähren gelang nur eine Verbesserung von etwa 4,8 Prozent. Bis auf den Stadtbezirk Prag gewann die ĚSSD alle Bezirke und auch die überwiegende Anzahl der Wahlkreise. Unangefochtene Hochburg war dabei das industriell strukturierte Nordmähren mit überwiegendem Arbeiteranteil, wo die Partei auf fast 39 Prozent der Stimmen kam, aber auch im nordböhmisches Industriegebiet erzielten die Sozialdemokraten mit fast 35 Prozent ein überdurchschnittliches Ergebnis. Weniger gut schnitten sie dagegen in den überwiegend landwirtschaftlich geprägten Regionen Südmähren, Südböhmen und Ost-

⁵³ LN, 20.6.1998, S. 3.

böhmen ab, in denen das Ergebnis knapp unter dem landesweiten Durchschnitt lag. Nicht einmal ein Viertel der Stimmen erreichten die Sozialdemokraten in der Hauptstadt Prag, die besonders von den bisherigen Wirtschaftsreformen profitiert hat.⁵⁴

Die ODS mußte in allen Bezirken Stimmeneinbußen hinnehmen. Dabei läßt sich generell nicht feststellen, daß sie dort am meisten verlor, wo die ÈSSD besonders viele Stimmen hinzugewann. Die größten Verluste hatte sie in der sozialdemokratischen Hochburg Nordmähren, wo sie fast fünf Prozent einbüßte. In Nordböhmen hingegen hatte sie mit 0,22 Prozent kaum nennenswerte Einbußen zu verzeichnen. Die übrigen Stimmenverluste bewegten sich etwa zwischen einem und zwei Prozent. Am stärksten war die ODS ganz eindeutig in Prag, wo sie über 42 Prozent der Stimmen gewann und damit das beste Resultat einer Partei überhaupt erreichte. Aber auch in Mittel- und Südböhmen lag sie knapp über dem landesweiten Durchschnitt. Am wenigsten Stimmen erhielt sie in Mähren. Noch deutlicher wird die Niederlage gegen die Sozialdemokraten bei einem Blick auf das Ergebnis in den einzelnen Wahlkreisen. Hier konnte die ODS lediglich in den großen Städten Prag, Brünn, Plzeň, Èeské Budějovice und einigen Kreisen im Norden Böhmens und Mährens die ÈSSD übertreffen.

Kommunisten und Christdemokraten hatten in den Bezirken leichte Zuwächse zu verzeichnen, die einzige Ausnahme war Prag, wo die Kommunisten nicht ganz ein halbes Prozent verloren. Das beste Resultat erzielte die KSÈM im industrialisierten Nordböhmen, aber auch im landwirtschaftlich geprägten Südmähren war das Ergebnis nur unwesentlich geringer. Wie die Sozialdemokraten hatten auch die Kommunisten in Ostböhmen, vor allem aber in Prag die geringste Unterstützung. Die Christdemokraten bekamen die meisten Stimmen in Südmähren und in Ostböhmen. Das schlechteste Ergebnis erreichten sie dagegen in Nordböhmen, wo sie nicht einmal die Fünfprozenthürde überwand. Da die Freiheitsunion erstmals an den Parlamentswahlen teilnahm, lassen sich keine Aussagen über eine Veränderung machen. Es ist nicht überraschend, daß die US, wie die ODS, mit Abstand das beste Ergebnis in Prag erzielte. Sonst konnte sie nur noch in Ostböhmen den landesweiten Durchschnitt übertreffen, in allen übrigen Bezirken blieb sie darunter. Immerhin stellte die Fünfprozentmarke in jedem einzelnen Bezirk kein Hindernis dar. Die deutlichsten Verluste verzeichneten die Republikaner. Sie verloren in den meisten Regionen mehr als die Hälfte ihrer Stimmen und konnten nur noch in Nordböhmen, wo der Konflikt mit den Roma am größten war, mit etwas mehr als sechs Prozent der Wähler die magische Fünfprozentgrenze überschreiten, was für einen Wiedereinzug ins Parlament bei weitem nicht ausreichte. Die Rentnerpartei stagnierte in allen Bezirken.

4.3 Die Wählerwanderung zwischen den Parteien

Ein Blick auf die Wählerwanderung macht deutlich, weshalb die ÈSSD mehr Stimmen erreichte als die ODS. Die Bilanz zeigt, daß die Sozialdemokraten von allen im Parlament befindlichen Parteien Stimmen hinzugewannen. Allein 150.000 Wähler wechselten von der ODS zur ÈSSD. Die zweitgrößte Gruppe kam mit 108.000 von den Republikanern. Dies war mit ausschlaggebend, daß die SPR-RSÈ nun nicht mehr im Parlament vertreten ist. 57.000 Stimmen kamen von der nicht zur Wahl angetretenen ODA und zusammen 67.000 Stimmen von den übrigen Parteien. Lediglich an die US verlor sie 24.000 Stimmen. Dies ist aber nicht weiter verwunderlich, da die US als neu gegründete Partei erstmals an einer Parlamentswahl teilnahm und somit keine Gegenbewegung zu verzeichnen

⁵⁴ LN, 22.6.1998, S. 19. MFD, Zvláštní vydání [Sonderausgabe], 21.6.1998, S. 7. Vgl. Tabelle S. 47.

war.⁵⁵ Auf den ersten Blick wies die ÈSSD eine eindrucksvolle Bilanz auf, aber zugleich wurden auch ihre Schwächen erkennbar. Es war den Sozialdemokraten nicht gelungen, alle Wechselwilligen auf ihre Seite zu ziehen. Zwar konnten sie an beiden Rändern des politischen Spektrums neue Wähler gewinnen, aber bei den Wechselwählern der politischen Mitte hatten sie vergleichsweise wenig Erfolg. Diese fühlten sich von Zemans radikalen Äußerungen hinsichtlich einer eventuellen Unterstützung durch die Kommunisten im Vorfeld der Wahlen abgestoßen.

Die ODS hingegen gewann lediglich von der ihr sehr nahe stehenden ODA 110.000 Stimmen. Bemerkenswert ist allerdings, daß es Klaus gelang, 105.000 Nichtwähler zur Stimmabgabe für seine Partei zu motivieren. Die 6.000 Stimmen aus dem Lager der Republikaner fielen dagegen kaum ins Gewicht. An alle übrigen Parteien mußte die ODS dagegen kräftig Stimmen abgeben. Neben den Sozialdemokraten waren das vor allem die US (176.000) und die KDU-ÈSL (57.000). Den Rückstand aus den Verlusten der Republikaner zugunsten der ÈSSD konnte die ODS mit der Mobilisierung der Nichtwähler und den eigenen republikanischen Stimmengewinnen wettmachen. Aber der Stimmenzuwachs von der ODA reichte schon nicht mehr aus, um die eigenen Abgänge zu den beiden kleineren konservativen Parteien gerade einmal zur Hälfte aufzufangen, geschweige denn die große Zahl von Abwanderern zu den Sozialdemokraten zu kompensieren.⁵⁶ Damit zeigt sich eindeutig, daß aufgrund des Spendenskandals und der inneren Krise der ODA ein Großteil ihrer Wähler eine politische Richtungsänderung vornahm und von liberalkonservativ nach linksliberal wechselte. Eine deutlich höhere Zahl behielt aber die politische Grundrichtung bei und entschied sich für die beiden übrigen Mitte-Rechts-Parteien, vor allem für die US.

4.4 Das Wählerprofil

Untersucht man das Wahlergebnis nach verschiedenen Berufsgruppen, so zeigt sich, daß die ÈSSD vor allem die Arbeiter, als ihre angestammte Wählerschaft, aber auch die Angehörigen der Streitkräfte in hohem Maße zu mobilisieren vermochte. Die ODS fand bei diesen beiden Berufsgruppen nur mäßige Unterstützung. Aber auch die Beschäftigten im Gesundheitswesen und die Lehrer wählten überdurchschnittlich stark sozialdemokratisch. Hingegen fand die ÈSSD bei Unternehmern und Studenten nur wenig Anklang. Diese glaubten ihre Interessen am besten durch die ODS vertreten. Die Kommunisten konnten sich wie die Sozialdemokraten auf die Arbeiterschaft stützen, aber bei weitem nicht in so starkem Maße. Die meisten Wählerstimmen erhielten sie von den Landwirten. Die Christdemokraten verließen sich vor allem auf ihre traditionelle Klientel, die Landwirte, während die Freiheitsunion unter den Studenten sehr viele Wähler besaß. Auffallend sind die Zahlen für die Republikaner. Besonders in den Streitkräften, aber auch unter Arbeitern, Studenten und Unternehmern fand sich ein rechtsextremes Potential. Die Rentnerpartei spielte in keiner Berufsgruppe eine Rolle.⁵⁷

Die Unterscheidung nach verschiedenen Altersgruppen macht deutlich, daß die Sozialdemokraten bei den Erstwählern knapp vor der ODS lagen, bei den jungen Leuten im Alter zwischen 18 und 24 Jahren das Bild aber umgekehrt war. Zudem erreichte das Ergebnis der ÈSSD bei der jungen Generation insgesamt nicht das Wahlergebnis, während die ODS gerade in dieser Altersgruppe ein überdurchschnittliches Ergebnis erzielte. KDU-ÈSL und US kamen bei der jungen Generation etwa auf ihr Wahlergebnis, während die Kommunisten nur halb so viel Unterstützung erhielten. Es bleibt in

⁵⁵ MFD, Zvláštní vydání, 21.6.1998, S. 7.

⁵⁶ MFD, Zvláštní vydání, 21.6.1998, S. 7.

⁵⁷ LN, 22.6.1998, S. 18. MFD, Zvláštní vydání, 21.6.1998, S. 7.

bezug auf die junge Generation festzuhalten, daß sie die Mitte-Rechts-Parteien und hier besonders die liberalkonservative ODS bevorzugte, während die linken Parteien weniger Zustimmung fanden. Die Sozialdemokraten hatten ihre Wähler vor allem in der Altersgruppe der 45-59jährigen. Bei den Rentnern konnten beide großen Parteien nur unterdurchschnittliche Resultate erzielen, allerdings lag hier die ÈSSD klar vor der ODS. Auch die US erhielt von der älteren Generation verhältnismäßig wenig Stimmen. Von den Stimmen der Rentner profitierten vor allem die Kommunisten und die Christdemokraten. Auch die Rentnerpartei erhielt viele Stimmen, sie genügte jedoch nicht, um die Partei ins Parlament zu hieven. Insgesamt wählte die Mehrheit der Rentner linke Parteien.⁵⁸

Ein deutlicher Zusammenhang bestand zwischen dem Grad der Schulbildung und der politischen Ausrichtung. Personen mit einer niedrigeren Schulbildung, d.h. ohne Abitur, wählten mit einer deutlichen Mehrheit sozialdemokratisch und gaben auch den Kommunisten überdurchschnittlich viele Stimmen. Personen mit einem Hochschulabschluß entschieden sich dagegen eindeutig für die ODS und waren zu einem großen Teil Anhänger der US. Nimmt man alle Parteien zusammen, so zeigt sich, daß Personen ohne Abitur stärker links orientiert waren als solche mit Hochschulabschluß.⁵⁹

Vergleicht man das Ergebnis auf dem Land mit dem in den Städten, so zeigt sich, daß die ÈSSD auf dem Land die stärkste Partei war, die ODS aber in den Zentren die höchsten Werte erreichte. Allerdings besaßen die Sozialdemokraten in der Provinz einen deutlichen Vorsprung, während sie in den Städten auf Kosten der kleineren Parteien das Resultat der ODS beinahe erreichten. Die mangelhafte Mobilisierung der Landbevölkerung dürfte wohl ausschlaggebend für die Niederlage der ODS gewesen sein. Hohe Werte auf dem Land erzielten auch die Kommunisten, die Christdemokraten und die Republikaner, so daß hier eine weitaus stärkere Polarisierung zu beobachten ist. In den Städten dominierten vor allem die beiden großen Parteien und die Freiheitsunion. Auffällig ist auch hier der Stimmenanteil der Republikaner, der nur wenig hinter dem der Kommunisten und der Christdemokraten zurückblieb.⁶⁰

Der typische Wähler der ÈSSD war entweder Arbeiter oder Angehöriger von Militär und Polizei. Er kam vom Lande, hatte kein Abitur, war zwischen 45 und 59 Jahre alt und sein monatliches Einkommen lag mit 7.000 bis 10.000 Kronen, etwa 400 bis 550 DM, unter dem landesweiten Durchschnitt. Die ODS stützte sich vor allem auf Unternehmer, Gewerbetreibende und Angehörige des Finanzwesens jüngeren Alters, die in den großen Städten lebten und über eine akademische Ausbildung sowie mit mehr als 20.000 Kronen über ein erheblich über dem Durchschnitt liegendes Einkommen verfügten. Die Wähler der KSEÌM besaßen oft keinen Pflichtschulabschluß. Es handelte sich überwiegend um Rentner und Landwirte, deren Einkommen von 5.000 bis 7.000 Kronen weit unter dem Durchschnittslohn lag. Auch die KDU-ÈSL stützte sich vorwiegend auf Landwirte und Personen über 60 Jahre, hinzu kamen Hausfrauen. Diese stammten zumeist aus kleinen Städten, hatten die Pflichtschule nicht abgeschlossen und verfügten mit einem Lohn von bis zu 5.000 Kronen über das geringste Einkommen. Ein interessantes Profil zeigten die Wähler der US. Am auffälligsten war der hohe Anteil von Akademikern und Studenten sowie Personen mit einem weit überdurchschnittlichen Einkommen von über 20.000 Kronen. Ferner gehörte eine beachtliche Zahl von Beschäftigten im Gesundheitswesen zu ihren Anhängern, obwohl deren Lohn nicht weit über dem Landesdurchschnitt lag. Einen hohen Anteil hatte die US unter den Jungwählern zwischen 18 und 21 Jahren. Die meisten Wähler der Freiheitsunion lebten in der Großstadt.

⁵⁸ LN, 22.6.1998, S. 18. MFD, Zvláštní vydání, 21.6.1998, S. 7. RP, 22.6.1998, S. 8.

⁵⁹ RP, 22.6.1998, S. 8.

⁶⁰ RP, 22.6.1998, S. 8.

5 Die Last der Regierungsbildung

Die vorgezogenen Parlamentswahlen waren mit der Hoffnung verbunden, danach eine neue stabile Regierung zu bilden. Die mehr oder weniger klaren Positionen der einzelnen Parteien zu den verschiedenen Koalitionsmöglichkeiten, ob mit oder ohne absoluter Mehrheit der Mandate, machten aber deutlich, daß sich die Regierungsbildung äußerst schwierig gestalten würde. Die Sozialdemokraten hatten sich bereits vor den Wahlen siegessicher präsentiert. Es zeigte sich aber rasch, daß zwischen dem Wahlsieg und der Bildung einer stabilen Regierung ein großer Unterschied bestand.

5.1 Die möglichen Varianten einer neuen Regierung

Eine Koalition aus der siegreichen Sozialdemokratischen Partei, mit deren Vorsitzendem Miloš Zeman als Ministerpräsident, und den beiden kleineren konservativen Parteien, der Volkspartei und der Freiheitsunion, hätte mit fast 50 Prozent der Stimmen und 113 Sitzen eine stabile Regierung bilden können. Innerhalb der KDU-ÈSL gab es eine Gruppe von Politikern, die einer solchen Dreierkoalition nicht abgeneigt gegenüberstand, um die Pattsituation im Parlament zu beenden, zumal eine große Koalition aus ÈSSD und ODS als unrealistisch galt. Allerdings erschien diese Variante wenig aussichtsreich, weil zwischen der Freiheitsunion und den Sozialdemokraten anscheinend unüberbrückbare Differenzen bestanden. Der Vorsitzende der US, Jan Ruml, erklärte dazu, es gebe zwischen beiden Parteien zu große programmatische Unterschiede, als daß eine Koalition möglich sei. Der Vorsitzende der KDU-ÈSL, Josef Lux, betrachtete die Situation pragmatisch und gab der Hoffnung Ausdruck, die US werde angesichts der besonderen Umstände ihre Entscheidung noch einmal überdenken. Es sei alles eine Frage von Verhandlungen, auch wenn sich diese kompliziert gestalteten. Mit dieser positiven Einstellung brachte er jedoch einige seiner Parteifreunde, wie den stellvertretenden Parteivorsitzenden, Jan Kasal, in Schwierigkeiten, die sich schon seit längerem für eine Mitte-Rechts-Koalition aus ODS, KDU-ÈSL und US ausgesprochen hatten und eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten als nicht akzeptabel betrachteten. Allerdings gingen Beobachter davon aus, daß es deswegen nicht zu einer Belastungsprobe innerhalb der KDU-ÈSL kommen und Kasal sich der Mehrheitsmeinung anschließen werde.⁶¹ Auch die Sozialdemokraten lehnten auf Betreiben Zeman eine Dreierkoalition in dieser Form ab, weil dieser ein schlechtes persönliches Verhältnis zu Ruml hatte. Führende Gremien hatten den Spitzen der Partei untersagt, mit der Freiheitsunion über eine Koalition zu verhandeln. Allerdings stellt sich die Frage, ob die Partei sich auch dann gesträubt hätte, wenn die Verhandlungen Aussicht auf Erfolg gehabt hätten.

Als zweite Möglichkeit kam eine neuerliche Mitte-Rechts-Regierung unter dem früheren Ministerpräsident Václav Klaus in Betracht, wie sie in etwas anderer Form bis Ende 1997 im Amt gewesen war. Diese neue bürgerliche Regierung hätte aber mit ähnlichen Problemen zu kämpfen gehabt wie das frühere Kabinett Klaus. Die zusammen 102 Mandate hätten dieser Koalition nur eine knappe parlamentarische Mehrheit verschafft, so daß sie Gefahr gelaufen wäre, im Zusammenhang mit der Diskussion von umstrittenen Fragen schnell das Vertrauen zu verlieren. Trotz dieser eher instabilen Variante hatten sich die Verantwortlichen in der ODS und in der US darüber bereits Gedanken gemacht. Václav Klaus erklärte unmittelbar nachdem die Wahlergebnisse bekannt gegeben worden waren, die ODS sei zu einer Zusammenarbeit mit der US und der KDU-ÈSL bereit, und er wolle diese Äuße-

⁶¹ Jaké varianty vládních koalic mohou vzejít z předèasných voleb [Welche Varianten der Regierungskoalition können aus den vorzeitigen Wahlen hervorgehen], in: LN, Zvláštní vydání [Sonderausgabe], 21.6.1998, S. 2. Vgl. auch Oschlies: Neuwahlen, S. 4f.

rung als Aufruf zu einer Koalition verstanden wissen. Jan Ruml zeigte sich ebenfalls verhandlungsbereit, stellte jedoch Bedingungen. Seine Partei wollte keine Koalitionsregierung unterstützen, deren Parteien nicht auf einer Untersuchung aller finanziellen und politischen Skandale bestünden. Ferner verlangte er eine genaue Analyse der Entwicklung, die im Herbst 1997 zum Sturz der Regierung Klaus geführt hatte. Seine Äußerungen richteten sich eindeutig gegen die ODS, die es immer noch nicht geschafft hatte, die Parteispendenaffäre aufzuklären.

Unter bestimmten Bedingungen hätte es also zu einer Kooperation zwischen ODS und US kommen können. Für eine ausreichende parlamentarische Mehrheit mußte aber auch die KDU-ÈSL in eine konservative Koalition eingebunden werden, und das gestaltete sich problematisch. Wie bereits erwähnt präferierten die Christdemokraten angesichts des Wahlergebnisses eine Koalition mit den Sozialdemokraten und der Freiheitsunion. Darüber hinaus bestand innerhalb der Partei eine starke Ablehnung gegen die ODS und besonders gegen Václav Klaus. Das bedeutete jedoch nicht, daß die Partei einen politischen Richtungswechsel vollzogen hätte. Nach wie vor genoß die Realisierung einer Mitte-Rechts-Koalition oberste Priorität, aber nicht unter den gegebenen politischen Bedingungen. Selbst wenn die Christdemokraten zu einem neuerlichen konservativen Bündnis bereit gewesen wären, hätte es zunächst nicht zur Diskussion gestanden. Zunächst kam den Sozialdemokraten als stärkster Partei der Auftrag zur Regierungsbildung zu.

Eine Koalition der beiden Linksparteien, die immerhin über 98 Sitze im neuen Parlament verfügten und damit die stärkste Minderheitsregierung unter allen rechnerisch möglichen hätten bilden können, galt als überaus unwahrscheinlich. Zwar zeigten die Kommunisten durchaus Bereitschaft, mit den Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten, die ÈSSD lehnte aber ein Zusammengehen mit der KSÈM ab. Selbst wenn Zemans Partei doch noch zu einer Kooperation bereit gewesen wäre, hätte sich im Parlament niemand zur Tolerierung einer solchen Koalition gefunden.

Etwas günstiger standen die Prognosen für eine Minderheitsregierung aus Sozialdemokraten und Christdemokraten. Zwar sprach sich, wie bereits erwähnt, der stellvertretende Vorsitzende der KDU-ÈSL, Jan Kasal, eindeutig für eine Mitte-Rechts-Koalition aus, der Parteivorsitzende Lux, der einer solchen Dreierkoalition zum gegenwärtigen Zeitpunkt eher skeptisch gegenüberstand, verlangte aber lediglich die Bildung einer Mehrheitsregierung und zeigte durchaus Bereitschaft, auch über diese Möglichkeit zu diskutieren. Von der ODS konnte eine solche Minderheitsregierung keine parlamentarische Unterstützung erwarten. Eine andere Haltung nahm dagegen die Freiheitsunion ein. Obwohl ihr Vorsitzender Ruml die bereits vor einiger Zeit gegebene Zusage, eine solche Koalition unter bestimmten Bedingungen tolerieren zu wollen, in der Zwischenzeit wieder zurückgezogen hatte, machte er am Wahlabend keine klare Aussage und wollte erst einmal abwarten. Noch weiter gingen die Kommunisten. Sie hielten eine Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und Christdemokraten für vernünftig und bekundeten ihre Bereitschaft, über eine mögliche Tolerierung zu verhandeln. Trotzdem mußte man auch dieser Lösung nur wenig Erfolgchancen einräumen. Zum einen war die Bereitschaft bei den Christdemokraten nicht genug ausgeprägt, zum anderen war absehbar, daß sich die Verhandlungen über eine Tolerierung sehr schwierig gestalten würden. Am Ende bestand die Gefahr, daß von den Protagonisten zu viele Zugeständnisse gemacht werden mußten oder daß nur noch die Kommunisten als stützende Kraft übriggeblieben wären, was weder von den Sozialdemokraten noch von den Christdemokraten akzeptiert werden konnte.

Eine große Koalition zwischen ÈSSD und ODS galt schon vor den Wahlen aufgrund der gegensätzlichen Zielsetzungen als nahezu ausgeschlossen. Noch am Wahlabend machten beide Parteivorsit-

zenden deutlich, daß eine solche Lösung für sie nicht in Frage komme. Unter diesen Voraussetzungen zeichnete sich eine überaus komplizierte Regierungsbildung ab. Die ÈSSD hatte alles dafür getan, um Neuwahlen durchzusetzen und stärkste Partei zu werden; dies war ihr auch gelungen. Nun wollte sie regieren, aber das Wahlergebnis brachte wie schon 1996 keine klaren Mehrheiten.

5.2 Die Bildung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung

Bei den Sozialdemokraten hielt sich der Jubel über den Wahlsieg in Grenzen. Der Erfolg schien einem Pyrrhussieg gleichzukommen, weil die ÈSSD kaum eine tragfähige Regierung bilden konnte. Vor Beginn der Gespräche bestand die Gefahr, daß sich die Sozialdemokraten erneut als Oppositionspartei wiederfinden würden. Präsident Havel beauftragte zunächst erwartungsgemäß den Vorsitzenden der ÈSSD, Miloš Zeman, mit der Aufnahme entsprechender Verhandlungen. Bereits zuvor hatte Zeman erklärt, er wolle das Gespräch mit allen im Parlament vertretenen Parteien suchen.⁶²

Zemans Aussichten, in nächster Zeit eine handlungsfähige Regierung zusammenzustellen, wurden allgemein als gering eingestuft. Tatsächlich brachte die erste Verhandlungsrunde keine Ergebnisse. Zeman verfolgte drei Alternativen. An erster Stelle stand ein Bündnis mit den kleineren konservativen Parteien. Ungeachtet der persönlichen Spannungen zwischen ihm und Ruml, schlug Zeman vor, Lux zum Ministerpräsidenten zu machen, den ehemaligen Außenminister Zieleniec, der zwar nicht die Mitgliedschaft der US besaß, ihr aber nahestand, erneut in die Regierung zu holen und Tošovský zum Finanzminister zu ernennen.⁶³ Ruml lehnte dennoch ab, weil er meinte, den Kurswechsel seinen Wählern gegenüber nicht vertreten zu können. Die zweite Möglichkeit war bereits im Vorfeld der Wahlen in die Diskussion geworfen worden und sah eine von den Kommunisten tolerierte Minderheitsregierung mit der KDU-ÈSL vor, was von deren Vorsitzendem aber entschieden abgelehnt wurde, weil dieser wie Ruml fürchtete, dadurch die Existenz seiner Partei aufs Spiel zu setzen. Die dritte und unwahrscheinlichste Variante war bislang überhaupt noch nicht diskutiert worden. Präsident Havel sollte eine sozialdemokratische Minderheitsregierung vorschlagen, die bei der Vertrauensfrage im Parlament dann erfolgreich sein konnte, wenn alle Kommunisten und drei Abgeordnete der KDU-ÈSL oder der US zustimmten beziehungsweise die Christdemokraten sich nicht an der Abstimmung beteiligten.⁶⁴ Allerdings ließ sich dieses Procedere nicht bei jeder Abstimmung wiederholen.

Damit waren alle Möglichkeiten für eine Mitte-Links-Regierung erschöpft, und die Chancen für Václav Klaus schienen zu steigen, zumal die US inzwischen ihre Bereitschaft signalisiert hatte, unter bestimmten Bedingungen doch mit der ODS zusammenzugehen. Allerdings waren ihre Forderungen von der ODS kaum zu erfüllen, denn sie verlangte unter anderem eine öffentliche Erklärung über die Ursachen für die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage unter der früheren Regierung Klaus, und obendrein forderten die Christdemokraten für den Eintritt in eine Mitte-Rechts-Koalition, daß Klaus nicht Ministerpräsident werde. Spätestens jetzt war auch Klaus klar, daß er keine Regierungskoalition würde bilden können.

⁶² Prezident dal Zemanovi šanci sestavit vládu [Der Präsident gab Zeman die Chance zur Regierungsbildung], in: LN, 23.6.1998, S. 1.

⁶³ Berthold Kohler: Die tschechischen Politiker müssen Käfer und Kröten schlucken, in: FAZ, 3.7.1998, S. 3.

⁶⁴ Auf der Suche nach einem Regierungsbündnis, in: FAZ, 27.6.1998, S. 7.

Nachdem sich in den bisherigen Verhandlungen keine Lösung abgezeichnet hatte, kam es innerhalb kurzer Zeit völlig überraschend zu einer Absprache zwischen den beiden größten Parteien. ÈSSD und ODS nahmen Verhandlungen über die Bildung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung auf. Noch bis unmittelbar vor den Wahlen waren ÈSSD und ODS die größten Widersacher. Beide Parteien hatten immer wieder betont, daß es zwischen ihnen keine Zusammenarbeit geben könne. Zeman verteidigte dieses Vorgehen damit, daß gerade in Krisenzeiten die stärkste Partei die Regierungsverantwortung übernehmen müsse. Er sei sich wohl bewußt, daß er damit ein Risiko eingehe und daß die Sozialdemokraten nicht unbedingt mit Sympathie rechnen könnten, aber es müsse alles getan werden, um das Land politisch zu stabilisieren und den Wählern einen neuerlichen Urnengang zu ersparen. Mit dieser Argumentation fand Zeman nicht die ungeteilte Zustimmung seiner Partei. Es gab durchaus Stimmen, die vor der Bildung einer Minderheitsregierung warnten und diese als „politischen Selbstmord“ bezeichneten.⁶⁵

Ob sich Zeman allein aus Gründen der Staatsräson oder aber aus Machtstreben auf die Bildung einer Minderheitsregierung in Abhängigkeit von der ODS eingelassen hatte, mag dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall gingen die Sozialdemokraten mit dieser Vereinbarung ein großes Risiko ein. Ihre Hauptaufgabe war die Bewältigung der politischen und wirtschaftlichen Krise. Dabei mußten sie auf die Vorstellungen der Demokratischen Bürgerpartei Rücksicht nehmen, sie konnten also nur teilweise ihre Reformvorstellungen verwirklichen. Am Ende trugen sie aber allein die Verantwortung für das Ergebnis der Politik. Es bleibt die Frage offen, weshalb Zeman nicht auf der Bildung einer förmlichen großen Koalition bestanden hatte. Die ODS konnte erst einmal die weitere Entwicklung abwarten und darauf achten, daß sich die ÈSSD nicht allzu sehr profilierte. Für Mißerfolge konnte sie die Regierung verantwortlich machen, Erfolge hingegen für sich verbuchen. Klaus hatte es geschafft, aktiv Einfluß auf die Politik zu nehmen, ohne dafür die Verantwortung übernehmen zu müssen. Bei dieser Konstellation mußte sich die ÈSSD zusehends verbrauchen, während sich die ODS weiter konsolidierte.

Die Vereinbarung von Klaus und Zeman formte im Parlament eine solide Mehrheit, die jenseits der Dreifünftelmarke lag und damit sogar Verfassungsänderungen ermöglichte. Die Aussicht auf ein Umstoßen grundlegender Prinzipien bildete eine zusätzliche Motivation für die Kooperation der beiden großen Parteien. Offenbar schon während der Gespräche zwischen Zeman und Klaus verständigten sich beide Seiten auf erste Maßnahmen, und die sollten die beiden kleinen Parteien, die sich gleichermaßen vehement gegen eine Koalition gesperrt hatten, treffen. ÈSSD und ODS planten die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die unter anderem das Wahlrecht reformieren sollte. Im Gespräch waren eine Heraufsetzung der Fünfprozentklausel auf sieben oder zehn Prozent, aber auch die Abschaffung des Verhältniswahlrechts und die Einführung des Mehrheitswahlrechts.

Die Zielsetzung war klar. Der Zugang zum Parlament sollte für die Parteien erschwert werden, um auf diese Weise ihre Zahl zu reduzieren und stabilere politische Verhältnisse zu schaffen. Dies machte auf den ersten Blick durchaus Sinn, scheiterte die Bildung einer stabilen Regierung doch an dem überaus komplizierten Beziehungsgeflecht zwischen den vier Protagonisten. Eine Verringerung der Zahl der Akteure vermochte unter diesem Aspekt durchaus entspannend wirken. Die Einführung des Mehrheitswahlrechts versprach die Herausbildung von zwei starken Parteien, die je nach Wahlausgang die Regierung stellten. Komplizierter wurde der Fall bei der Heraufsetzung der Sperrklausel. Hier bestand die Gefahr einer Aufwertung der Kommunisten. Die vergangenen Wahlen hatten ge-

⁶⁵ Überraschende Annäherung in Prag, in: FAZ, 6.7.1998, S. 7.

zeigt, daß die Kommunisten über ein festes Wählerreservoir von über zehn Prozent der Stimmen verfügten. Sollte also keine der beiden großen Parteien die absolute Mehrheit erreichen, mußte entweder eine große Koalition oder eine Regierung mit Unterstützung der Kommunisten gebildet werden.

Allgemein wurde die Zusammenarbeit von ÈSSD und ODS kritisiert. Für die Presse hatten Klaus und Zeman „die letzten Reste ihrer Glaubwürdigkeit“ verspielt. KDU-ÈSL und US bezeichneten das Vorgehen der beiden großen Parteien als Betrug am Wähler und als bloßes Machtkalkül. Zugleich mußten sie sich vorwerfen lassen, daß sie durch ihre strikte Verweigerungshaltung das Zusammengehen von ÈSSD und ODS provoziert hatten. Während es sich die beiden großen Parteien ungeachtet ihrer vorherigen Äußerungen und dem Willen eines Teils ihrer Wähler leisten konnten, den „gordischen Knoten“ zu durchschlagen und aufeinander zuzugehen, lähmte die Angst um die eigene Existenz die politische Handlungsfähigkeit von KDU-ÈSL und US. Am Ende fanden sich beide in einer hoffnungslosen Oppositionsrolle wieder und sahen sich erst recht in ihrer Existenz bedroht.

ÈSSD und ODS besiegelten ihr Abkommen durch einen sogenannten Oppositionsvertrag. Die ODS verpflichtete sich unter anderem, die Wahl Zemans zum Ministerpräsident zu ermöglichen und bis zum Ende der Legislaturperiode keinen Mißtrauensantrag zu stellen oder zu unterstützen. Im Gegenzug übernahm sie den Vorsitz in der Abgeordnetenversammlung und im Senat.⁶⁶ Die Vorteile lagen eindeutig bei der ODS. Zwar stellten nun die Sozialdemokraten die Regierung, aber sie waren von den anderen Parteien vollständig isoliert und im Parlament vom Willen der ODS abhängig. Obwohl auch Präsident Havel Bedenken gegen das gemeinsame Vorgehen der beiden größten Parteien hegte, stimmte er der ausgehandelten Lösung zu,⁶⁷ weil sich Verfassungsbedenken nach eingehender Prüfung nicht erhärten ließen. Bei der Bestätigung des Kabinetts verließen die ODS-Abgeordneten das Plenum, um so auch optisch deutlich zu machen, daß es sich bei ihrer Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten keineswegs um eine große Koalition handele. Daß sich Zeman für jedes einzelne Gesetz eine neue Mehrheit suchen mußte, machte bereits seine Regierungserklärung deutlich. Sie wurde von der ODS heftig kritisiert und als „unerfüllbar“ und „illusorisch“ abqualifiziert.⁶⁸

Im Hinblick auf die im Herbst stattfindenden Senats- und Kommunalwahlen reagierten vier kleinere konservative Parteien auf die Kooperation von ÈSSD und ODS mit der Gründung eines Wahlbündnisses.⁶⁹ Die aus KDU-ÈSL, US, ODA und Demokratischer Union (Demokratická unie, DEU) bestehende Viererkoalition versprach sich davon eine Stärkung der Opposition sowie möglicherweise die Durchbrechung der Verfassungsmehrheit der beiden großen Parteien. Für die Änderung der Verfassung war sowohl in der Abgeordnetenversammlung als auch im Senat eine Dreifünftelmehrheit notwendig, über die ÈSSD und ODS gegenwärtig verfügten. Im November stand allerdings die Neuwahl von einem Drittel der Senatoren an, und da hofften die kleineren Parteien auf einen deutlichen Stimmenzuwachs als Reaktion der Wähler auf den Oppositionsvertrag. Um erfolgreich zu sein, wollten sie sich in jedem Wahlkreis auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen. Die Chance, den beiden großen Parteien die Dreifünftelmehrheit abzurufen, war jedoch sehr gering, weil sie dazu 16 der 27 Senatorensitze hätten gewinnen müssen und bei der Senatswahl bereits nach dem Mehrheitsprinzip gewählt wurde.

⁶⁶ Politika v Èeské republice 4/1998, S. 2f.

⁶⁷ Prezident jmenoval Zemana premiérem [Der Präsident ernannte Zeman zum Premier], in: MFD, 18.7.1998, S. 1.

⁶⁸ Zeman will eine moderne, solidarische und lernende Gesellschaft, in: FAZ, 19.8.1998, S. 6.

⁶⁹ Politika v Èeské republice 5/98, S. 9.

6 Die Senats- und Kommunalwahlen

Anders als bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus galt bei den Senatswahlen im November 1998 das Mehrheitsprinzip. Ein Kandidat war erst dann gewählt, wenn er die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen konnte. Gelang ihm das nicht, mußte ein zweiter Wahlgang entscheiden, bei dem sich nur noch die beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen zur Wahl stellten. Außerdem wurden nicht alle Senatoren auf einmal gewählt. Alle zwei Jahre wurde ein Drittel der insgesamt 81 Mandate neu vergeben.

Die Senatswahlen im November 1998 galten als erster Test für das Oppositionsabkommen und die sozialdemokratische Minderheitsregierung unter Regierungschef Zeman. Allerdings muß ihr Aussagewert insofern relativiert werden, als an der zweiten und entscheidenden Runde lediglich 20,3 Prozent und somit nicht einmal ein Drittel der Wahlberechtigten, die noch anlässlich der Parlamentswahlen zu den Urnen gegangen waren, teilnahmen. Dafür allein die Politik der Parteien verantwortlich zu machen, greift zu kurz. Seit seinem Bestehen muß der Senat um seine Akzeptanz nicht nur in der Bevölkerung kämpfen. Die Mehrheit hält ihn für überflüssig und quittiert die Ablehnung mit dem Fernbleiben von den Wahlurnen. Bereits bei den ersten Senatswahlen 1996 lag die Wahlbeteiligung bei nur 30,5 Prozent im zweiten Wahlgang.⁷⁰ Dennoch stellten sie einen tendenziellen Gradmesser für die Popularität der einzelnen Parteien dar.

Keiner der Kandidaten erreichte bereits im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der Stimmen. Die Entscheidung fiel erst im zweiten Wahlgang. Die Verlierer der Senatswahlen waren eindeutig die regierende Sozialdemokratische Partei und die sie stützende Demokratische Bürgerpartei. Beide Parteien verloren je drei ihrer Senatorenposten und kamen nur noch auf 23 bzw. 26 Sitze im tschechischen Oberhaus. Die ODS war über das Wahlergebnis allerdings weniger enttäuscht als die Sozialdemokraten, ließ doch das Resultat der kleineren konservativen Parteien eine Mitte-Rechts-Koalition wieder wahrscheinlicher werden. Der eindeutige Wahlsieger war das Bündnis der vier kleineren konservativen Oppositionsparteien, die 13 Sitze hinzugewannen und nun insgesamt 28 Senatoren stellten. Ihr eigentliches Wahlziel, eine Dreifünftelmehrheit von ĚSSD und ODS zu verhindern, hatten sie jedoch knapp verfehlt. Auch die Kommunisten waren erfolgreich und verdoppelten die Zahl ihrer Senatoren von zwei auf vier.⁷¹

Die Sozialdemokraten suchten nach Erklärungen für die Verluste. Die Parteispitze machte das geringe Interesse der Wähler am Senat, den schlechten Organisationsgrad der Partei auf lokaler und regionaler Ebene, wenig attraktive Kandidaten sowie Spekulationen über eine eventuelle Kooperation mit den Kommunisten dafür verantwortlich, vergaß dabei aber, daß die Niederlage auch der Unzufriedenheit mit der Regierung, die nur mühsam unter erschwerten Bedingungen Politik machen konnte, zu verdanken war. Aber auch die ODS wurde für die komplizierte Lage in die Verantwortung genommen. Die Stimmenverluste der beiden großen Parteien waren gleichbedeutend mit dem Unmut der Wähler über den Oppositionsvertrag.

Parallel zu den Senatswahlen wurden die Kommunalwahlen abgehalten. Über die Hälfte der Mandate entfiel auf unabhängige Kandidaten. Die beiden großen Parteien hingegen hatten auf kommunaler Ebene nur geringen Einfluß. Sie lagen noch hinter den Christdemokraten und den Kommunisten.

⁷⁰ Nová šance pro koalici [Neue Chance für die Koalition], in: LN 25.11.1996, S. 1.

⁷¹ MFD, 23.11.1998, S. 4.

Selbst wenn man berücksichtigt, daß die Parteistrukturen auf Gemeindeebene erst wenig entwickelt waren, ist dieses Ergebnis doch überraschend. Zum einen spricht das Resultat für eine starke Konzentration der Wähler auf kommunalpolitische Themen, zum anderen war es eine deutliche Absage an die etablierten politischen Kräfte, denen es noch nicht gelungen war, sich auch auf kommunaler Ebene zu verankern.

Die ODS gewann in der Mehrzahl der großen Städte Stimmen hinzu, wobei sie auch in jenen Gebieten erfolgreich war, in denen bei den Parlamentswahlen noch die Sozialdemokraten dominiert hatten, wie zum Beispiel in Ostrava. Für die Wahlforscher lag dies vor allem an der größeren Wahl disziplin der ODS-Wähler, die sich leichter für einen Wahlgang mobilisieren ließen als die Wähler der Sozialdemokraten. Klaus hingegen interpretierte den Erfolg als eine Verlagerung des gesamten politischen Spektrums nach rechts. Angesichts der komplizierten Mehrheitsverhältnisse in vielen Kommunen gestaltete sich die Koalitionsbildung außerordentlich schwierig.⁷²

7 Die Bilanz der sozialdemokratischen Minderheitsregierung

Nach dem Ende der Sondierungsgespräche über die Bildung einer neuen Regierung und der Einigung der beiden großen Parteien auf eine sozialdemokratische Minderheitsregierung unter ihrem Vorsitzenden Miloš Zeman durch den sogenannten Oppositionsvertrag verkündete der neue Ministerpräsident ein ehrgeiziges Programm, um die Tschechische Republik aus der politischen und ökonomischen Krise zu führen. Die politischen Vorhaben entsprachen weitgehend den Versprechungen vor der Wahl. Damit unterschieden sie sich deutlich von der früheren Regierung Klaus und auch von der Übergangsregierung Tošovský. Die Eckpfeiler des Regierungsprogramms bildeten die Belebung der Wirtschaft und die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch staatliche Maßnahmen, den Abschluß der Bankenprivatisierung bis zum Jahre 2000, die finanzielle Entlastung der unteren Einkommensschichten durch eine Verschiebung der Freigabe der Wohn- und Energiepreise, Lohnerhöhungen, die mit viel Aufwand propagierte Aktion „Saubere Hände“ zum Kampf gegen Korruption und Wirtschaftskriminalität sowie die Anpassung der tschechischen Normen an das Rechtssystem der EU.⁷³

Daß es die Sozialdemokraten angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Parlament nicht leicht haben würden, ihre Politik durchzusetzen, zeigten schon die ersten Reaktionen der Oppositionsparteien. ODS und US kritisierten vor allem die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie sahen in ihr eine Restitution des Sozialismus und ein längst überholtes Konzept, das eher Wirtschaftswachstum verhindere als es zu beschleunigen. Übereinstimmung signalisierten sie dagegen in der Frage der Aufnahme in die EU. Eine andere Bewertung nahmen die Kommunisten vor. Sie lobten die stärkere Intervention des Staates und die Unterstützung für die sozial schwächeren Bevölkerungsschichten als Schritt in die richtige Richtung, hegten dagegen Vorbehalte gegen die Westintegration.⁷⁴ Dennoch erhielten die Sozialdemokraten die größte Zustimmung ausgerechnet von der KSĚM, jener Partei, mit der eigentlich keine andere politische Kraft etwas zu tun haben wollte. Sollten sich die Sozialdemokraten bei der Durchsetzung ihrer politischen Ziele auf diese Partei verlassen müssen, so bestand die Gefahr,

⁷² ODS bodovala. Ale s kým sestaví koalici? [Die ODS punktete. Aber mit wem bildet sie eine Koalition?], in: MFD, 16.11.1998, S. 5.

⁷³ Die Regierungserklärung vom August 1998 ist zu finden via Internet unter der Adresse <http://www.vlada.cz/vlada/dokumenty/prohlas.win.htm>.

⁷⁴ Tomáš Chundela: Právce program kritizuje, komunistům se líbí [Die Rechte kritisiert das Programm, den Kommunisten gefällt es], in: MFD, 8.8.1998, S. 2.

daß sie nicht nur bei den anderen Parteien an Vertrauen verlor, sondern auch bei einem Großteil ihrer Wähler und in der gesamten Öffentlichkeit. Eine gewisse Nähe gab es bei manchen Themen, etwa in der Haushaltspolitik, zu den Christdemokraten. Aber auf Dauer konnte eine solche Konstellation keine stabile Politik sicherstellen.

Die Notwendigkeit, für jeden Gesetzentwurf im Parlament eine neue Mehrheit finden zu müssen, ließ, entgegen dem Optimismus des neuen Ministerpräsidenten Zeman, eine auf vielen Feldern handlungsunfähige Regierung befürchten, und genau dieser Zustand trat ein. Die Regierungsbilanz sieht düster aus. Gesetzesvorlagen, die problemlos das Parlament passierten, waren schon Jahre zuvor angeregt worden. Entwürfe, die aus sozialdemokratischer Feder stammten, wurden nur selten verabschiedet. Es liegt aber nicht allein an der Blockadepolitik der übrigen Parteien oder an der Unfähigkeit zur Kompromißfindung, daß die Regierung mit der Umsetzung ihrer Politik nicht recht vorankommt. Obgleich die Sozialdemokraten mit der Übernahme der Regierungsverantwortung oder zumindest der Beteiligung an einer neuen Regierung gerechnet hatten, wird nun deutlich, daß sie auf den Ernstfall in wichtigen Politikbereichen nicht vorbereitet sind. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, daß innerhalb der ĚSSD, mehr als in den anderen Parteien immer wieder konkurrierende Meinungen dafür sorgen, daß die Partei unterschiedliche Wege zur Erreichung ihrer durchaus klar formulierten Ziele anbietet und daher auch nach außen ein widersprüchliches Bild abgibt. Für die bisherige Regierungsarbeit brachte diese innerparteiliche Konkurrenz ernste Probleme. Jede zweite Vorlage wurde vom Kabinett wieder an die einzelnen Ressorts zurückverwiesen.⁷⁵

Zu einer ersten Belastungsprobe kam es im Kabinett unmittelbar nach dem Regierungsantritt wegen des umstrittenen Atomkraftwerkes Temelín in Südböhmen. Während Umweltminister Miloš Kužvart die von seinem Amtsvorgänger angeregte Grundsatzdiskussion, ob der Reaktor überhaupt fertiggestellt werden sollte, fortführen und die geplante Prüfung der Anlage durch eine unabhängige Expertenkommission veranlassen wollte, stimmte der Minister für Industrie und Handel, Miroslav Grégr, lediglich einer Wirtschaftlichkeitsprüfung zu und plädierte für das Projekt.⁷⁶ Schließlich einigte man sich auf einen Kompromiß. Die Expertenkommission sollte eingesetzt werden, aber ohne einen Vertreter Österreichs, das sich vehement gegen den Bau des Atommeilers aussprach. Ihre Aufgaben sollten sich nur auf die Beurteilung ökonomischer Fragen erstrecken und nicht etwa Sicherheits- oder Umweltaspekte umfassen.⁷⁷ Damit kam ihre Zusammensetzung eher den Interessen des Industrieministers entgegen als denen des Umweltministers. Zugleich riskierte die tschechische Regierung eine Verschlechterung der Beziehungen zu Österreich.

Am deutlichsten trat der innerparteiliche Gegensatz aber bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise zutage. Die Wirtschaft gestand den Sozialdemokraten anfänglich eine gewisse Einarbeitungszeit zu, aber bald schon verlor sie die Geduld und begann an den den Sozialdemokraten ohnehin kaum zgetrauten wirtschaftspolitischen Kompetenzen zu zweifeln. Die im Regierungsprogramm versprochene aktive Wachstums- und Arbeitsmarktpolitik kam nur sehr schwer in Gang. Die Wirtschaftspolitik war geprägt von zaudernden Entscheidungen und widersprüchlichen Äußerungen der Entscheidungsträger, so daß man den Eindruck gewinnen kann, es existiere überhaupt kein Konzept. Als dann die ersten Anstrengungen zur Formulierung des versprochenen Revitalisierungsprogramms für

⁷⁵ Lída Rakušanová: Versteckte Regierungskrise in Prag, in: Prager Zeitung, 28.7.1999, S. 1.

⁷⁶ Pavel Baroch: Ministr Grégr odmítá temelínský tým [Minister Grégr lehnt ein Temelíner Expertenteam ab], in: MFD, 5.8.1998, S. 3.

⁷⁷ Pavel Baroch: Temelínský tým posoudí jen ekonomické otázky [Die Temelíner Expertenkommission bewertet nur ökonomische Fragen], in: MFD, 14.8.1998, S. 3.

die großen Industriebetriebe, das das Kernstück der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik darstellte, unternommen wurden, war erkennbar, daß es in der ÈSSD unterschiedliche Auffassungen gab.

Die ökonomische Konfliktlinie verlief zwischen den Anhängern einer auf traditionelle sozialistische Ideen vertrauenden Politik des Staatsinterventionismus, die die Gefahr der Konservierung noch bestehender Seilschaften in sich barg, und den Verfechtern einer liberaleren Wirtschaftsordnung, die stärker auf die Kräfte des Marktes vertrauten und alte Beziehungsgeflechte durch Beteiligung internationaler Finanzorganisationen ausschalten wollten. Für eine umfassende Intervention des Staates stand Industrieminister Miroslav Grégr, dem es gelungen war, die Mehrheit der sozialdemokratischen Parlamentsfraktion von seinem Plan zu überzeugen. Sein Gegenspieler war der stellvertretende Ministerpräsident für Wirtschaftsfragen, Pavel Mertlík, der sich der Unterstützung des Kabinetts gewiß sein konnte.⁷⁸

Daß sich die Regierung monatelang nicht auf ein Programm zur Belebung der Wirtschaft einigen konnte, spiegelt die innere Zerrissenheit der Sozialdemokraten wider. Ministerpräsident Zeman bemühte sich darum, die beiden an sich inkompatiblen Entwürfe zusammenzufügen. Am Ende setzte sich weitgehend der Entwurf von Mertlík durch.⁷⁹ Für die Partei stellte dieser Beschluß eine richtungsweisende Grundsatzentscheidung dar. Er dokumentierte, daß die ÈSSD dazu bereit war, stärker auf marktwirtschaftliche Elemente in der Wirtschaftspolitik zu vertrauen und die Rolle des Staates weniger stark zu betonen. Für die tschechische Volkswirtschaft bedeutete die beinahe ein Jahr lang dauernde Prozedur der Entscheidungsfindung einen enormen Zeitverlust bei der Bekämpfung der immer weiter um sich greifenden Wirtschaftskrise. Es dauerte noch einmal gut ein halbes Jahr, ehe die Vorbereitungen so weit gediehen waren, daß das Programm in die Praxis umgesetzt werden konnte⁸⁰.

Der Haushalt für 1999 konnte nicht rechtzeitig verabschiedet werden, weil dem Regierungsentwurf im Parlament zunächst die notwendige Mehrheit versagt blieb. Hauptgrund dafür war das geplante Defizit in Höhe von 31 Mrd. Kronen. Noch vor den Wahlen hatte die Regierung versprochen, keinen defizitären Haushalt vorzulegen. Jetzt setzte sie auf einen schnellen Erfolg im Kampf gegen die Wirtschaftskrise durch eine künstlich erzeugte Steigerung der Nachfrage. Auch in dieser Angelegenheit verging geraume Zeit, ehe nach umfassenden Diskussionen im Januar 1999 der Etat mit den Stimmen der Christdemokraten und Kommunisten schließlich doch noch verabschiedet wurde. Damit war jedoch kein neues Bündnis entstanden. Denn spätestens als nach einigen Monaten klar wurde, daß das Defizit bedeutend höher ausfallen würde, ließen die Christdemokraten wissen, sie seien nicht mehr bereit, eine solche Schuldenpolitik mitzutragen. Angesichts der schnellen Zunahme der Verbindlichkeiten warnte auch der Internationale Währungsfonds vor einer ernsthaften Gefährdung der wirtschaftlichen Stabilität und mahnte rigorose Reformen, besonders des Sozialsystems, an.⁸¹

⁷⁸ Mertlík odmítl Grégrův ozdravný plán [Mertlík lehnte Grégrs Revitalisierungsprogramm ab], in: LN, 16.2.1999, S. 1. Poslanci CSSD stojí za Grégrovým plánem [Die Abgeordneten der ÈSSD stehen zu Grégrs Plan], in: LN, 17.3.1999, S. 1. Mertlík ve svém plánu počítá se zahraničními partnery [Mertlík rechnet in seinem Plan mit ausländischen Partnern], in: LN, 17.3.1999, S. 13.

⁷⁹ Plán revitalizace můž e pomoci maximální piti firmám [Der Revitalisierungsplan kann maximal fünf Firmen helfen], in: LN, 15.4.1999, S. 14.

⁸⁰ Začala záchranná akce na pomoc českému průmyslu [Die Hilfsaktion zur Rettung der tschechischen Industrie hat begonnen], in: LN, 20.10.1999, S. 1.

⁸¹ Petr Fischer: MMF varuje: rostoucí schodky jsou neudržitelné [IWF warnt: Wachsende Defizite sind unhaltbar], in: LN, 30.4.1999, S. 17.

Wenig erfolgreich verlief auch die Aktion „Saubere Hände“ zur Bekämpfung der Korruption, über deren Durchführung es innerhalb der ÈSSD keine Meinungsverschiedenheiten gab und die im Wahlkampf zu einem Schwerpunktthema hochstilisiert worden war. Zwar kam es zu einer Reihe von Anzeigen, aber die Verurteilungen vor Gericht ließen auf sich warten. Eine internationale Untersuchung über die Korruption zwischen öffentlichem und privatem Sektor stellte im Herbst 1999 fest, daß sich der Umfang gegenüber dem gleichen Zeitpunkt ein Jahr zuvor sogar noch geringfügig ausgeweitet hatte.⁸² Die Partei verlor weiter an Glaubwürdigkeit, als Ende Juni 1999 Finanzminister Ivo Svoboda selbst unter Betrugsverdacht geriet und schließlich seinen Posten räumen mußte. Im Januar 2000 gestand die Regierung schließlich ein, daß die Aktion ergebnislos geblieben war.⁸³

In der Außenpolitik schienen die Voraussetzungen für einen Erfolg ungleich günstiger zu sein. Die zentrale Aufgabe war die Realisierung der Mitgliedschaft in der NATO und der EU. Mit der ÈSSD hatte jene Partei die Verantwortung für den Integrationsprozeß der Tschechischen Republik übernommen, die in ihrem Programm wohl am zielstrebigsten dieses Ziel verfolgte. Aber auch die übrigen Parteien, außer KSÈM und SPR-RSÈ, sprachen sich generell für die Westintegration aus, wenngleich etwa die ODS und ihr Vorsitzender Klaus Vorbehalte hegten, weil sie einen unnötigen Kompetenzverlust der tschechischen Regierung und damit eine Schwächung des tschechischen Nationalstaats befürchteten. Die Distanz zur EU ging aber nicht so weit, daß die Integration insgesamt in Frage gestellt wurde, allerdings hatte es die ODS nicht ganz so eilig, das hatte ihre eigene Regierungszeit bewiesen.

Was die Mitgliedschaft in der NATO anbelangte, so war der Aufnahmetermin im Frühjahr 1999 beschlossene Sache. Die Regierung Zeman mußte keine Aufnahmeverhandlungen mehr führen, sondern lediglich als ausführendes Organ die Formalitäten für die Mitgliedschaft erledigen. Dabei kam ihr entgegen, daß die noch vor Jahresfrist geführte Diskussion über ein Referendum, das nach Ansicht vieler Beobachter ein negatives Ergebnis gebracht hätte, inzwischen abgeebbt war. Die Meinungsumfragen signalisierten nun eine Zweidrittelmehrheit für eine Teilnahme am westlichen Verteidigungsbündnis. Interessant ist dabei, daß Ministerpräsident Zeman in dieser Frage gerade auf die Unterstützung der konservativen Wähler zählen konnte, deren Zustimmung über dem Durchschnitt lag, während seine eigenen Parteigänger nur unterdurchschnittlich dem Beitritt zustimmten.

Am 12. März 1999 erlangten schließlich Polen, Ungarn und Tschechien die Vollmitgliedschaft im westlichen Verteidigungsbündnis. Nicht einmal zwei Wochen später wurde ihre Integrationsbereitschaft auf eine harte Probe gestellt. Der NATO-Angriff auf die Bundesrepublik Jugoslawien sorgte insbesondere in Tschechien für Ernüchterung und führte die neuen Pflichten auf besonders drastische Weise vor Augen. Kaum Mitglied der NATO, befand sich das Land bereits im Kriegszustand mit der Bundesrepublik Jugoslawien, obwohl sich im Zusammenhang mit dem Münchner Abkommen 1938 und der gewaltsamen Beendigung des Prager Frühlings 1968 die Serben als Parteigänger der Tschechen erwiesen hatte. Hinzu kam, daß die Tschechen keine starke militärische Tradition besaßen und deshalb nicht an eine militärische Aktion als politische Option gewöhnt waren. Sie empfan-

⁸² Ondøej Neumann: Èeská republika je na 39. miste zebøøeku vnímám korupce [Die Tschechische Republik liegt an 39. Stelle der Korruptionsrangliste], in: LN, 27.10.1999, S. 4.

⁸³ Bašta v boji s korupcí neuspìl, akci „èisté ruce“ povede Motejl [Bašta im Kampf gegen Korruption erfolglos, Aktion „Saubere Hände“ leitet Motejl], in: LN, 18.01.2000, S. 1.

den das Vorgehen der NATO eher als eine Bedrohung für den eigenen Staat als eine notwendige Maßnahme zur Disziplinierung eines verbrecherischen Autokraten.⁸⁴

Entsprechend zweideutig äußerten sich in ersten Stellungnahmen auch maßgebliche tschechische Politiker. Insbesondere Václav Klaus betrachtete das militärische Vorgehen als keine gute Lösung, aber auch Ministerpräsident Zeman äußerte sich nicht eindeutig. Die unklare Position wurde damit begründet, daß der Beschluß zum Angriff noch vor der Aufnahme Tschechiens gefallen sei. Damit lehnte Prag eine volle Verantwortung ab und relativierte seine Mitgliedschaft. Allein Staatspräsident Havel verteidigte das Vorgehen der NATO ohne Einschränkung.⁸⁵ In der Bevölkerung gewannen die NATO-Gegner nach dem Angriff wieder an Auftrieb. Etwa die Hälfte der Bevölkerung verurteilte den Militäreinsatz, und nur etwas mehr als ein Drittel befürwortete ihn. Gar über zwei Drittel der Bevölkerung lehnte eine weitergehende Beteiligung ihres Landes ab. Entsprechend schwer fiel es dem Abgeordnetenhaus und dem Senat, dem Transit von Bodentruppen und der Stationierung von Tankflugzeugen auf tschechischen Flugplätzen zuzustimmen. Erst nach einer hitzigen Debatte wurde der NATO die verlangte Unterstützung gewährt.⁸⁶

Die zwiespältigen Äußerungen stärkten in NATO-Kreisen nicht gerade das Vertrauen zu dem neuen Partner. Und erst recht nicht, nachdem Außenminister Kavan gemeinsam mit seinem griechischen Amtskollegen parallel zum Plan der G-8-Staaten einen eigenen Friedensplan vorgelegt hatte.⁸⁷ Daß sich die tschechische Außenpolitik ausgerechnet Griechenland als Partner aussuchte, war kein Zufall. Auch Athen betrachtete die NATO-Aktion mit Zurückhaltung und beteiligte sich nicht an ihr. Obgleich Kavan den Plan nicht als Konkurrenzprodukt verstanden wissen wollte, entstand doch der Eindruck, als wolle Tschechien eine eigene Außenpolitik jenseits der westlichen Strukturen betreiben und die Einheit der NATO untergraben. Als besonders undiplomatisch wirkte dabei die Diskussion mit Jugoslawien, Rußland und China, noch ehe mit den NATO-Partnern gesprochen wurde.⁸⁸ Die NATO quittierte den tschechischen Vorstoß mit Schweigen. Offenbar gestand man dem neuen Mitglied eine gewisse Lehrzeit zu und nahm den Vorfall nicht allzu ernst. Tschechien war politisch zu unbedeutend, als daß dieser Schritt irgendwelche negativen Auswirkungen gehabt hätte. Allerdings macht er deutlich, daß die sozialdemokratische Minderheitsregierung auch außenpolitisch unglücklich agierte.

In der Frage der Aufnahme in die EU ist die Lage komplizierter. Die Bemühungen um eine Mitgliedschaft haben in den letzten beiden Jahren herbe Rückschläge erfahren. Der einstige Musterschüler und erste Anwärter auf eine Mitgliedschaft hat sich inzwischen in die Reihe der ostmitteleuropäischen Kandidaten eingegliedert. Die Ursache dafür allein in der krisenhaften Entwicklung der letzten Jahre zu suchen, greift zu kurz. Es fehlt deutlich an politischem Elan, um die Voraussetzungen für eine baldige Aufnahme in die EU zu schaffen. Dies änderte sich auch nicht unter der Minderheitsregierung Zeman. Das von ihr vorgelegte Programm zur Angleichung der tschechischen Rechtsnormen an jene

⁸⁴ Názory na zásah NATO v Jugoslávii [Meinungen zum Schlag der NATO gegen Jugoslawien], Agentura Sofres-Factum, 6.4.1999, <http://www.factum.cz/press/022.rtf>.

⁸⁵ ěeští politici akci jasně nepodpořili [Die tschechischen Politiker unterstützten die Aktion nicht klar], in: MFD, 26.3.1999, S. 1 und 2.

⁸⁶ Jiří Kubí, Radek Bartoněek, Jaromír Chochola: Senát a snimovna požehnalj postoji vlády k NATO [Der Senat und das Abgeordnetenhaus segneten die Position der Regierung zur NATO ab], in: MFD, 22.4.1999, S. 2.

⁸⁷ Kavan svůj balkánský plán neodkryl ani poslancům [Kavan legte seinen Balkanplan nicht einmal den Abgeordneten vor], in: MFD, 13.5.1999, S. 3.

⁸⁸ Kavanův návrh kritizují také ěeští politici [Kavans Entwurf kritisieren auch tschechische Politiker], in: LN, 26.5.1999, S. 2.

der Europäischen Union wurde von der Europäischen Kommission abschlägig beurteilt, weil sein Zeitrahmen zu großzügig bemessen sei, um die anvisierte Aufnahme im Jahre 2003 als realistisch erscheinen zu lassen.⁸⁹

Entsprechend negativ fiel dann auch der EU-Bericht 1998 aus. Er konstatierte, daß gegenüber der letzten Evaluierung eineinhalb Jahre zuvor kaum Fortschritte erzielt worden seien, und kritisierte deutlich die zu geringen Anstrengungen der Tschechischen Republik.⁹⁰ Das Mitglied der EU-Kommission, der Niederländer Hans van den Broek, bezeichnete die Entwicklung als „eine gewisse Enttäuschung“ und zeigte sich beunruhigt im Hinblick auf den bevorstehenden Beginn der Aufnahmeverhandlungen.⁹¹ Zwar sind in Tschechien die Voraussetzungen für eine EU-Mitgliedschaft günstig, es herrscht aber in den einzelnen Bereichen noch Nachholbedarf, was die Anpassung an die Strukturen der EU anbelangt. Betroffen sind dabei nicht nur einige wenige Bereiche, sondern die gesamte Organisation des Staates. Die dringend notwendige Reform der Staatsverwaltung hat sich verzögert, das Justizwesen arbeitet ineffektiv und die Korruption wird zu wenig verfolgt. Die Wirtschaft stagniert, die Arbeitslosigkeit steigt explosionsartig und die Transformation strategischer Unternehmen ist noch nicht abgeschlossen. Der Umweltschutz wird vernachlässigt und die Grenzsicherung ist unzureichend.⁹²

Die neue Regierung Zeman fühlte sich zunächst nicht für die harsche Kritik aus Brüssel verantwortlich, sondern sah darin die Bilanz der Versäumnisse ihrer Vorgänger und betrachtete sie als eine notwendige Standortbestimmung, um in Zukunft die eigenen Anstrengungen zu intensivieren. Nichtsdestotrotz begannen Anfang November 1998 die Beitrittsverhandlungen mit den Kandidaten der ersten Erweiterungsrunde, Polen, Ungarn, Slowenien, Tschechien, Estland und Zypern. Auch wenn die Tschechen zu diesem Zeitpunkt von einer Vollmitgliedschaft noch weiter entfernt waren als andere Kandidaten, schien dieser Rückstand dennoch nicht allzu gravierend zu sein, gab es bereits jetzt Mutmaßungen, daß der geplante Erweiterungstermin 1.1.2003 für keinen der in Frage kommenden Kandidaten realistisch sei und man wohl eher mit einer Verschiebung von drei weiteren Jahren rechnen müsse.

Trotz aller Bekenntnisse, den Annäherungsprozeß an die EU wieder zu beschleunigen und alle notwendigen Voraussetzungen für eine baldige Aufnahme in die Wege zu leiten, wurde bald deutlich, daß die Verfolgung dieses Ziels durch innergesellschaftliche Widerstände erschwert wurde. Die sozialdemokratische Minderheitsregierung war gezwungen, zwischen den Interessen gesellschaftlicher Gruppen und den außenpolitischen Grundprinzipien des Staates abzuwägen, was sich unweigerlich auf die Geschwindigkeit des Integrationsprozesses auswirken mußte. Allen voran wehrten sich die Landwirte gegen den der EU eingeräumten Präferenz Zoll auf Schweinefleisch, weil dadurch der Preis auf ein Niveau gedrückt wurde, das noch unter den Produktionskosten der tschechischen Landwirte lag. Angesichts der massiven Proteste sah sich Prag gezwungen, mit Brüssel auf Konfrontationskurs

⁸⁹ Unie: Program české vlády nestačí [Union: Das Programm der tschechischen Regierung genügt nicht], in: MFD, 29.10.1999, S. 10.

⁹⁰ Regular Report from the Commission on Progress towards Accession, Czech Republic, November 4, 1998, http://europa.eu.int/comm/enlargement/czech/rep_11_98/index.htm. Vgl. auch Facka z Bruselu: ÈR je nejhorší z kandidát vstupu do EU [Eine Ohrfeige aus Brüssel: Die ÈR ist der schlechteste Kandidat für den Eintritt in die EU], in: LN, 3.11.1998, S. 1.

⁹¹ Brusel vzkazuje: Èeši, zklamali jste nás [Brüssel läßt ausrichten: Tschechen, ihr habt uns enttäuscht], in: LN, 5.11.1998, S. 1.

⁹² Regular Report.

zu gehen.⁹³ Schließlich kam die EU Tschechien entgegen und halbierte ihre Subventionen.⁹⁴ Damit war das Problem zwischen der tschechischen Regierung und ihren Bauern vorerst entschärft, aber die Bemühungen um eine Annäherung an die EU-Normen hatten wieder einmal einen Dämpfer erhalten.

Das ständige Mißtrauen der Parteien untereinander machte auch vor dem Integrationsprozeß nicht halt. Um die Vorgaben der EU schneller erfüllen zu können, plante die ÈSSD die Einführung einer Regelung, nach der sie Beschlüsse durch ein Gesetz annehmen konnte, ohne daß diese erst vom Parlament bestätigt werden mußten. Dadurch sollten mehrere hundert EU-Regelungen in möglichst kurzer Zeit Eingang in die tschechische Rechtsordnung finden und das Integrationstempo beschleunigt werden. Die übrigen im Parlament vertretenen Parteien waren aber nicht bereit, auf Kompetenzen zu verzichten und verhinderten die Neuregelung. Nach wie vor müssen neue Rechtsnormen erst vom Parlament bestätigt werden, was den Angleichungsprozeß verzögert.⁹⁵ Es war also nicht nur die Regierung, die durch eine langsame und halbherzige Arbeit den Integrationsprozeß verzögerte. Im Prinzip waren alle verantwortlichen Stellen an der Bremsung des Prozesses mehr oder weniger beteiligt.

So ist es auch nicht verwunderlich, wenn der EU-Bericht von 1999 im Prinzip den Bericht von 1998 in vollem Umfang bestätigt. Die Anstrengungen der Tschechischen Republik werden darin als „nicht zufriedenstellend“ bezeichnet. Die verantwortlichen Stellen in Brüssel sind sich durchaus bewußt, daß das langsamere Tempo bereits vor der sozialdemokratischen Herrschaft begonnen hatte, sie machen für die Unterschiede zwischen Zielsetzung und Realisierung aber auch das ausgedehnte parlamentarische Verfahren und die Machtverhältnisse unter der sozialdemokratischen Regierung verantwortlich.⁹⁶ Dieses Mal können sich die Sozialdemokraten nicht mehr auf ihre Vorgänger in der Regierung herausreden. Auch die ÈSSD ist bislang nicht in der Lage gewesen, die Aufnahme in die EU energischer voranzutreiben.

Die bisherigen Ausführungen zeigen, daß die maßgebenden tschechischen politischen Parteien nicht in der Lage gewesen sind, tragfähige Kompromisse im Interesse des Staates zu treffen. Gerade aber eine Minderheitsregierung kann nur dann erfolgreich agieren, wenn es ihr gelingt, parteiübergreifend nach konstruktiven Lösungen zu suchen und dafür im Parlament stabile Mehrheiten zu finden. Dazu benötigt sie allerdings die Einsicht und die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit der übrigen politischen Akteure. Zwar gab es durchaus Ansätze zu einer parteiübergreifenden Zusammenarbeit, ein konkretes Ergebnis kam aber aufgrund der anscheinend unüberbrückbaren Meinungsdivergenzen nicht zustande. Die tschechischen Parteien waren bislang kaum in der Lage, über Parteigrenzen hinweg zum Wohle des Landes zusammenzuarbeiten. Es kam in der Vergangenheit schon einmal vor, daß sich die Parteivorsitzenden über die Formalitäten einer Zusammenkunft stritten, ehe sie sich über Sachfragen verständigten. Nicht nur außenstehende Beobachter müssen den Eindruck gewinnen, als stünden parteipolitische Eitelkeiten an erster Stelle und als gehörten die Probleme des Landes nicht in den vordringlichen Zuständigkeitsbereich der Politik.

⁹³ Soukromí zemědělci žádají změnu agrární politiky [Die privaten Landwirte verlangen eine Änderung der Agrarpolitik], in: LN, 26.11.1998, S. 15.

⁹⁴ Vláda zatím ponechá dovozcům masa preferenční cla [Die Regierung behält die Präferenzzölle für Importeure von Schweinefleisch vorläufig bei], in: MFD, 10.12.1998, S. 14.

⁹⁵ Poslanci odmítli návrh změny ústavy [Die Abgeordneten lehnten den Entwurf zur Verfassungsänderung ab], in: LN, 9.6.1999, S. 1.

⁹⁶ Regelmäßiger Bericht 1999 der Kommission über die Fortschritte der Tschechischen Republik auf dem Weg zum Beitritt, S. 84, <http://europa.eu.int/comm/enlargementdocs/index.htm>.

Angesichts solcher Zustände geriet die sozialdemokratische Minderheitsregierung unter Druck, weil sie nur wenig positive Ergebnisse erzielen konnte. Kaum jemand rechnete damit, daß sie die vollständige Legislaturperiode würde durchstehen können. In schöner Regelmäßigkeit tauchten Spekulationen über neue Koalitionen auf. Diese verschwanden aber wieder genauso schnell, wie sie aufgekomen waren. Entlastung versprach sich die Regierung Zeman von Kabinettsumbildungen, diese brachten auf Dauer aber auch nicht mehr Stabilität. Der Unmut in der Bevölkerung wuchs, und selbst die Gewerkschaften begannen, die sozialdemokratische Regierung zu kritisieren. Immer mehr Wähler wandten sich von ihr ab.

Die KSÈM war jene Partei, die von der allgemeinen Krise am meisten profitierte. Die bislang praktizierte Ausgrenzung durch die anderen Parteien wurde mit den Senats- und Kommunalwahlen im November 1998 aufgegeben. Die machtpolitische Pattsituation motivierte sowohl die Sozialdemokraten als auch die Mitte-Rechts-Parteien dazu, sobald dies strategisch sinnvoll erschien, die Mandate der Kommunisten für ihr eigenes Streben nach politischer Macht zu mobilisieren. Damit setzten sie sich über ihre in der Vergangenheit gefaßten Beschlüsse hinweg, mit den Kommunisten, in welcher Form auch immer, nicht zusammenarbeiten zu wollen. Bereits vor den Senatswahlen wurden erste offizielle Absprachen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten über eine gegenseitige Unterstützung in der zweiten Runde getroffen. Auf kommunaler Ebene ließen sich zahlreiche Repräsentanten der bürgerlichen Parteien mit Hilfe der Kommunisten in ihre Ämter wählen. Dennoch steht eine etwaige Regierungsbeteiligung nicht zur Diskussion. Mitte Juli 1999 zeigte eine politische Meinungsumfrage, daß die Kommunisten in der Wählergunst mit fast 18 Prozent inzwischen knapp vor den regierenden Sozialdemokraten den zweiten Rang erreicht hatten. Damit lagen sie nur noch hinter der ODS zurück, die mit 23,4 Prozent zwar noch an erster Stelle stand, aber ebenfalls Sympathien einbüßte.⁹⁷ Im Oktober ermittelte das Meinungsforschungsinstitut IVVM, wenn auch nur vorübergehend, die KSÈM erstmals als führende politische Kraft.⁹⁸

8 Kein Ausweg aus der Krise?

Seit den vorgezogenen Wahlen im Juni 1998 wurde die Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen immer größer, was eine Nachwahl in den Senat Ende August 1999 deutlich zeigt. Aufgrund des unerwarteten Todes des ODS-Senators Václav Benda mußte der vakante Senatorensitz in Prag 1 neu besetzt werden. Bereits im Vorfeld signalisierten Meinungsumfragen, daß die Bewerber der etablierten Parteien wohl kaum eine Chance auf einen Wahlsieg haben würden. Die mit Abstand besten Aussichten wurden dem parteilosen Reiseveranstalter Václav Fischer bescheinigt⁹⁹, der sich als erfolgreicher Unternehmer finanziell unabhängig und deshalb nicht korrumpierbar präsentierte¹⁰⁰.

⁹⁷ Komunisté jsou podle průzkumu druhou nejsilnější stranou v zemi [Die Kommunisten sind nach einer Erhebung die zweitstärkste Partei im Land], in: LN, 17.6.1999, S. 1.

⁹⁸ Deset let po 17. listopadu komunisté v ěele preferenci [Zehn Jahre nach dem 17. November sind die Kommunisten an der Spitze der Präferenz], in: Právo, 22.10.1999, S. 1. Miroslav Korecký, Pavla Mrázková: Komunisté se stali nejoblíbenější stranou v zemi [Die Kommunisten sind zur stärksten Partei im Land geworden], in: LN, 22.10.1999, S. 1.

⁹⁹ K prognóze výsledkù senátních voleb ve volebním obvodu è. 27 [Zur Vorhersage der Ergebnisse der Senatswahlen im Wahlbezirk Nr. 27], Agentura Sofres-Factum, 30.8.1999, <http://www.factum.cz/press/077.doc>. Fischer war nicht nur der Favorit für die Nachwahl zum Senat, er galt im Sommer 1999 auch als der landesweit beliebteste Politiker.

¹⁰⁰ Nezávislý Václav Fischer má nové, tentokrát politické ambice Fischer [Der unabhängige Václav Fischer hat neuen, dieses Mal politischen Ehrgeiz], in: LN, 21.8.1999, S. 2.

Fischer gewann dann auch überlegen die Wahl. Der Unternehmer erhielt über 71 Prozent der Stimmen und lag damit 59 Prozent vor der zweitplatzierten ODS-Kandidatin.¹⁰¹ Dies wäre bei der nach wie vor deutlichen Mehrheit von ĚSSD und ODS nicht weiter schlimm gewesen und hätte allenfalls als Warnsignal einer wachsenden Unzufriedenheit mit den politischen Zuständen verbucht werden können, wenn nicht dadurch den beiden wichtigsten Parteien die für Verfassungsänderungen notwendige Dreifünftelmehrheit verlorengegangen wäre.

Außerhalb der politischen Institutionen fanden sich Ende Juli 1999 Intellektuelle aus Besorgnis über den Zustand der Gesellschaft zur Gründung der offenen Initiative „Impuls 99“ zusammen. Die Mitglieder waren der Ansicht, das öffentliche Leben bleibe den Bürgern und nichtstaatlichen Organisationen verschlossen und werde mehr und mehr von den politischen Parteien und ihren Machtinteressen bestimmt, was zu einem Vertrauensverlust bei den Bürgern und zu einem Zerfall der Gesellschaft führe. Diese Entwicklung stelle die EU-Integration der Tschechischen Republik in Frage und verschärfe die innenpolitischen Probleme. Im Dialog mit den Bürgern und den bürgerlichen Institutionen müsse daher eine neue politische Kultur entstehen und das gesellschaftliche Klima verbessert werden. In insgesamt sechs Arbeitsgruppen diskutieren die Mitglieder seither über die wichtigsten Problemfelder, wie Mitgliedschaft in der EU oder Wirtschafts- und Sozialpolitik, und versuchen, etwa durch die Ausarbeitung von Gesetzentwürfen, Anstöße für gesamtgesellschaftliche Lösungsansätze zu geben. Bis 21. März 2000 haben sich fast 3.800 Personen der Initiative offiziell angeschlossen.¹⁰²

Auch die konservative Opposition war sich einig, sofern man im Falle der ODS von einer Oppositionspartei sprechen mag, daß die Minderheitsregierung Zeman dem Land nicht dienlich sei. Diese Erkenntnis hätte normalerweise den Sturz der Regierung zur Folge haben müssen. Aber während die Viererkoalition einen Mißtrauensantrag befürwortete, klammerte sich die ODS an den Oppositionsvertrag, weil sie nur so eine Chance auf die Realisierung der angepeilten Gesetzesänderungen besaß. Ohne ODS war aber eine Ablösung der Sozialdemokraten nicht möglich. Es bestand die paradoxe Situation, daß eine Regierung an der Macht gehalten wurde, deren Politik überwiegend auf Ablehnung stieß. Dabei wäre die Gelegenheit für einen Regierungswechsel günstig gewesen. Angesichts der Stimmung in der Bevölkerung und der immer heftiger werdenden Kritik der übrigen Parteien an der Vertragstreue der ODS, hätte diese mit einer solchen Aktion nur politische Pluspunkte sammeln können. Kaum jemand hätte ihr den Vertragsbruch zum Wohle des Staates übelgenommen. Aber wäre der augenblickliche Erfolg die Basis für eine neue erfolgreiche Ära gewesen? Wohl kaum.

Die persönlichen Zwistigkeiten zwischen den Parteivorsitzenden der in Frage kommenden rechtskonservativen Parteien dauerten an. Der Spendenskandal war zum zweiten Mal im Sumpf schwerwiegenderer Probleme versickert und harrt nach wie vor seiner vollständigen Aufklärung. Immer noch hätte eine konservative Koalitionsregierung unter Führung der ODS nur über eine knappe Mehrheit im Parlament verfügt, so daß wie zwei Jahre zuvor die Gefahr bestanden hätte, daß die kleinen Koalitionspartner die politische Situation zu ihren Gunsten ausnutzen, am Ende Klaus vorführen und ihn zum Rücktritt zwingen würden. Es darf als sicher gelten, daß Klaus diese Demütigung nicht vergessen hatte und daß er nicht bereit war, noch einmal eine solche Schmach zu erdulden. Das erklärt, weshalb er hartnäckig die zwischenzeitlich an ihn herangetragenen Koalitionsofferten ablehnte.

¹⁰¹ Fischer se stal senátorem, ODS utrpřila debakl [Fischer wurde Senator, die ODS erlitt ein Debakel], in: LN, 30.08.1999, S. 1.

¹⁰² Dokumente und Informationen finden sich auf der homepage von Impuls 99 unter http://www.impuls99.cz/deu/index_de.html

In den Medien tauchten darüber hinaus immer wieder Spekulationen über eine Umwandlung des Oppositionsvertrages in einen Vertrag über eine große Koalition und eine mögliche Ansetzung von Neuwahlen auf. Beide Optionen kamen aber nicht in Betracht. Eine große Koalition paßte nach wie vor nicht in das Konzept der großen Parteien. Die Ablehnung von Neuwahlen begründeten sowohl ÈSSD wie ODS offiziell mit Verzögerungen bei der Vorbereitung für den Beitritt zur EU.¹⁰³ In Wirklichkeit sahen sie keinerlei Vorteile und fürchteten den Verlust von Parlamentsmandaten. Im Interesse der ODS konnte nur eine Lösung liegen, welche ihre starke Stellung bewahrte, die Zusammenarbeit mit der ÈSSD nicht in Frage stellte und zugleich den anderen Parteien keinen politischen Vorteil verschaffte.

Daher plädierte die ODS für die Bildung einer „Superkoalition“ aller im Parlament vertretenen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten, in der ÈSSD, ODS und Viererkoalition voraussichtlich je sechs Minister stellen sollten.¹⁰⁴ Der Oppositionsvertrag wäre davon nicht berührt worden. Mit diesem Vorschlag brachte auch die ODS zum Ausdruck, daß sie an einer Veränderung der Regierung interessiert war. Die „Superkoalition“ hätte für die ODS den großen Vorteil gehabt, daß alle gemäßigten Parteien gleichermaßen für die Regierungspolitik verantwortlich gewesen wären. Betrachtet man sich jedoch die Interessen und Ziele der einzelnen Parteien, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als sei dieser Plan von Anfang an zum Scheitern verurteilt und nur ein geschickter Schachzug gewesen, um Zeit zu gewinnen und sich der wachsenden Kritik zu entziehen. Christdemokraten und Unionisten gaben sich damit nicht zufrieden und verlangten weiterhin die Kündigung des Oppositionsvertrages und die Bildung einer Rechtskoalition. Auch die Sozialdemokraten sperrten sich zunächst gegen eine so weitreichende Regierungsumbildung, weil sie durch ihre Zustimmung offen den Mißerfolg ihrer Regierungspolitik eingestanden hätten. Sie zeigten sich aber gesprächsbereit und befürworteten überraschenderweise im Verlauf der Verhandlungen die „Superkoalition“ als zweitbeste Lösung. Trotzdem konnte der Teufelskreis nicht durchbrochen werden.

Das zunächst wochenlange zähe und am Ende erfolglose Ringen um eine Superkoalition brachte eine neue Dimension der öffentlichen Kritik. Pünktlich zum zehnten Jahrestag der „samtenen Revolution“ meldeten sich „Revolutionäre“ von 1989 zu Wort. Am 17. November veröffentlichten sechs der ehemaligen Studentenführer einen Aufruf mit dem Titel „Dìkujeme, odejdete!“ [Danke, ihr könnt gehen!].¹⁰⁵ Unmißverständlich verlangten sie den Rücktritt der Regierung und der führenden Politiker, insbesondere Zemans und Klaus', die Aufhebung des Oppositionsvertrages und die Ausschreibung vorgezogener Neuwahlen. Zu den größten Demonstrationen seit dem Sturz des kommunistischen Regimes trafen sich Anfang Dezember 1999 allein in Prag nach unterschiedlichen Angaben 60-80.000 Menschen. In zahlreichen anderen Städten des Landes versammelten sich noch einmal einige Zehntausend. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten etwa 150.000 Menschen den Aufruf unterschrieben.¹⁰⁶

¹⁰³ Pøedèasné volby a Evropa: co když o hodnì pøijdeme? [Vorgezogene Wahlen und Europa: was, wenn wir vieles verlieren?], in: LN, 5.1.2000, S. 2.

¹⁰⁴ Ondøej Neumann, Gabriel Sedlák: Klaus navrhuje vytvoøení supervelké koalice [Klaus schlägt die Bildung einer Superkoalition vor], in: LN, 16.10.1999, S. 1. ODS chce vládu superkoalice [ODS möchte als Regierung eine Superkoalition], in: Právo, 16.10.1999, S. 1.

¹⁰⁵ Studentští vůdci z roku 1989 posílají politiky do důchodu [Die Studentenführer von 1989 schicken die Politiker in Rente], in: Právo, 19.11.1999, S. 2.

¹⁰⁶ Chceme pøedèasné volby, vyhlásili autoøi výzvy Dìkujeme, odejdìte! [Wir möchten vorgezogene Wahlen, verkündeten die Autoren des Aufrufs Danke, ihr könnt gehen!] und Na demonstracích znìl požadavek demise vlády a pøedèasných voleb [Auf den Demonstrationen ertönten Forderungen nach Rücktritt der Regierung und vorgezogenen Wahlen], in: Právo, 4.12.1999, S. 1. Radio Prag, Nachrichten, 4.12.1999, Arthur Meyer: Achselzucken bei Klaus und Zeman, in: Prager Zeitung, 9.-15.12.1999, S. 1.

Eine im Dezember durchgeführte Meinungsumfrage bescheinigte der Bürgerinitiative, wenn sie sich als politische Partei hätte registrieren lassen, die höchsten Sympathiewerte.¹⁰⁷

Nun darf dieses Ergebnis nicht überbewertet werden, weil es zunächst lediglich als Ausdruck des vorhandenen Protestpotentials betrachtet werden kann. Gleichwohl zeigt es die große Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den etablierten Parteien. Die Kritisierten reagierten aus verständlichen Gründen ablehnend. Für sie bedeuteten die oppositionellen Aktivitäten der Bürgerinitiativen ein Wiederaufstehen der unpolitischen Politik und eine Mißachtung der parlamentarischen Demokratie.¹⁰⁸ Auf dem zehnten Parteitag der ODS Anfang Dezember in Liberec antwortete der Parlamentsabgeordnete Jan Zahradil: „Danke, wir werden unsere Sessel nicht räumen!“¹⁰⁹

Die angegriffenen Politiker hatten auch keinen Grund dazu, weil schon nach kurzer Zeit die Demonstrationen wieder aufhörten. Die politischen Rahmenbedingungen hatten sich geändert. Nach zehn Jahren Demokratie genügte nicht mehr allein die Forderung nach dem Sturz einer Regierung, mit der die Mehrheit unzufrieden war, um die politischen Verhältnisse zu verändern. Das politische System stand nicht zur Disposition, und es bedurfte einer überzeugenden Strategie, um die öffentliche Unterstützung innerhalb der demokratischen Strukturen in politischen Einfluß umzusetzen. Die Initiatoren besaßen aber kein einheitliches Konzept, wie nach der Teilmobilisierung der Bevölkerung weiter verfahren werden sollte. Während sich die einen für die Gründung einer neuen Partei stark machten, bevorzugten die anderen den außerparlamentarischen Raum. Schließlich setzten sich jene Mitglieder durch, die sich gegen die Gründung einer Partei aussprachen. Am 9. Januar 2000 ließen sie die Initiative als Bürgervereinigung registrieren,¹¹⁰ politisch spielte sie seither jedoch keine Rolle.

Die Forderung nach Neuwahlen mag angesichts der festgefahrenen politischen Situation in der Tschechischen Republik auf den ersten Blick durchaus ihre Berechtigung haben. Aber brächten Neuwahlen unter den gegebenen Bedingungen einen Ausweg aus der politischen Krise? Bei genauerem Hinsehen ist es mehr als fraglich, ob dadurch das Problem gelöst werden könnte. Nach den Tendenzen in den aktuellen Meinungsumfragen, die schon deshalb nur mit Einschränkung herangezogen werden dürfen, weil allein über ein Viertel der Wahlberechtigten die Entscheidung offen ließ, deutet sich eine deutliche Mehrheit für die konservativen Parteien an. Ob ein überzeugender Wahlsieg aber die Gräben zwischen den Rechtsparteien zuschütten könnte, erscheint zweifelhaft. Allerdings entstünde eine völlig neue Konstellation, weil die Sozialdemokraten mit großen Einbußen rechnen müßten und vermutlich nicht mehr regierungsfähig wären. Die ODS hätte dann voraussichtlich keine Möglichkeit mehr, bestimmte Gesetzesänderungen herbeizuführen. Nutznießer der festgefahrenen Situation wären wahrscheinlich auch die Kommunisten. Nach wie vor ist aber keine Partei bereit, mit ihnen im Parlament zusammenzuarbeiten, wenngleich sich in der Bevölkerung eine Mehrheit zu formieren scheint, die gegen eine Ausgrenzung der Kommunisten votiert¹¹¹.

¹⁰⁷ Strana Dikujeme, odejdite! by dnes vyhrála volby [Eine Partei Danke, ihr könnt gehen! würde heute die Wahlen gewinnen], in: Právo, 10.1.2000, S. 2.

¹⁰⁸ Lukáš Bek: Klaus označil výzvu studentů za hysterickou a „třetí cestu“ [Klaus bezeichnete den Aufruf der Studenten als hysterisch und als „dritten Weg“], in: Právo, 30.11.1999, S. 1.

¹⁰⁹ Martina Schneibergová: Aktueller Beitragsblock, Radio Prag, 6.12.1999.

¹¹⁰ Pavla Mrázková: Z výzvy Dikujeme, odejdite! se stalo občanské sdružení [Aus dem Aufruf Danke, ihr könnt gehen! wurde eine Bürgervereinigung], in: LN, 10.1.2000, S. 2.

¹¹¹ Většina lidí proti izolaci KSĚM [Eine Mehrheit der Bevölkerung ist gegen die Isolierung der KSĚM], in: Právo, 11.1.2000, S. 2.

Neuwahlen brächten mit ziemlicher Sicherheit das Ende des zwischen der ÈSSD und der ODS abgeschlossenen Oppositionsvertrages, aber wahrscheinlich keine stabile Regierung. Es bestünde die Gefahr, daß sich die Parteien weiterhin gegenseitig blockieren. Damit wäre aber die kurzfristig erzielte moralische Stärkung des demokratischen Systems in Tschechien mit einem Schlag wieder zunichte gemacht, und die Politik verfiere erneut in einen Zustand der Starre. So gesehen hätte Tschechien keinen politischen Vorteil erzielt. Ganz im Gegenteil, der neuerliche Wahlgang würde die ohnehin weit verbreitete Politikverdrossenheit noch verstärken, weil dem Wähler zum wiederholten Male vor Augen geführt würde, daß er durch seine Wahlentscheidung keine stabilen Verhältnisse schaffen kann.

Nachdem auch die zweite Variante der ODS, die eine Einbindung von KDU-ÈSL und US in den Oppositionsvertrag vorsah und gewissermaßen auf eine „Superkoalition“ durch die Hintertür abzielte¹¹², nicht von Erfolg gekrönt war, geschah am Ende das, was Beobachter schon seit längerem vermutet hatten. Es blieb zur Korrektur der Regierungspolitik nur noch die Umbildung der Regierung und eine Vertiefung des Oppositionsvertrages zwischen ÈSSD und ODS. Alle anderen Optionen hatten sich im Geflecht der widerstreitenden Parteiinteressen verfangen und konnten demzufolge keine Wirkung entfalten. Als Instrument bediente sich die ODS der anstehenden Verabschiedung des Haushalts für das Jahr 2000. Die sozialdemokratische Minderheitsregierung versuchte zunächst, den von ihr ausgearbeiteten Haushaltsentwurf ohne Kontaktaufnahme mit den übrigen Parteien vom Parlament verabschieden zu lassen, was gründlich mißlang. Die konservativen Parteien versagten ihre Zustimmung, weil sie vor allem nicht mit dem vorgesehenen Haushaltsdefizit einverstanden waren. Die ÈSSD mußte erkennen, daß sie nur durch Zugeständnisse an die ODS das eigene Scheitern verhindern konnte. Daher ging sie schließlich auf die in einem offenen Brief artikulierten Forderungen der Demokratischen Bürgerpartei nach Verhandlungen über die Zusammensetzung der Regierung und die Abstimmung der zukünftigen Politik ein.¹¹³ Im Januar 2000 trafen sich beide Parteien, um über die weitere Zusammenarbeit zu beraten.¹¹⁴

Nach harten Verhandlungen einigten sich ÈSSD und ODS auf den Abschluß von fünf Abkommen zur Vertiefung des Oppositionsvertrages.¹¹⁵ Abkommen Nummer eins regelt die Verabschiedung des Staatshaushalts. Die ÈSSD mußte Abstriche hinnehmen und verpflichtet sich zur stufenweisen Reduzierung des Defizits um jährlich zehn Milliarden Kronen bis auf maximal zehn Milliarden im Jahre 2002. Damit ist die ODS zwar von ihrer Zielvorstellung eines ausgeglichenen Haushalts abgerückt, sie ermöglicht aber die volle finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates und eine Kontrolle der Neuverschuldung. Vereinbarung Nummer zwei legt die Rahmenbedingungen für die vor allem von der ODS verlangte Änderung des Wahlrechts fest. Danach sollen Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht so

¹¹² ODS chce pøizvat lidovce a unii k opozièní smlouvì [ODS möchte Christdemokraten und Unionisten zum Oppositionsvertrag hinzuziehen], in: Právo, 17.11.1999, S. 2.

¹¹³ Ondøej Neumann, Gabriel Sedláek: Klaus napsal dopis Zemanovi, strany se pøou, o èem vlastní je [Klaus schrieb an Zeman einen Brief, die Parteien streiten darüber, worum es darin eigentlich geht], in: LN, 11.12.1999, S. 1.

¹¹⁴ Nenecháme se vydírat, tvrdil premiér [Wir lassen uns nicht erpressen, versicherte der Premier] und Premiér Miloš Zeman se už chystá na změny ve své vládì [Premier Miloš Zeman bereitet sich auf die Änderung seiner Regierung vor], in: LN, 8.1.2000, S. 1 und 2.

¹¹⁵ Vedení ODS jednomyslnì schválilo další rozšíření opozièní smlouvy [Die Führung der ODS billigte einmütig eine weitere Ausdehnung des Oppositionsvertrages] und ODS schválila rozšíření opozièní smlouvy snadno, v ÈSSD to skøípalo [Die ODS billigte problemlos die Ausweitung des Oppositionsvertrages, in der ÈSSD knirschte es], in: LN, 26.1.2000, S. 1 und 3. Der vollständige Text der fünf Abkommen zwischen Sozialdemokraten und Bürgerlichen findet sich unter <http://www.socdem.cz/dohoda.htm>. Auszüge in deutscher Übersetzung, wobei allerdings Abkommen zwei und vier vertauscht sind, finden sich in: Der Toleranzpakt zwischen ODS und ÈSSD, in: Prager Zeitung, 3.-9.2.2000, S. 4.

miteinander kombiniert werden, daß eine funktionierende Mehrheitsregierung von maximal zwei politischen Parteien gebildet werden kann. Abkommen Nummer drei befaßt sich vor allem mit einer schnelleren Anpassung der tschechischen Rechtsnormen an EU-Bedingungen. Ein Erfolg auf diesem Gebiet soll die Kritik an der Konstruktion des Oppositionsvertrages abschwächen. Vereinbarung vier steckt die Rahmenbedingungen für die Tolerierung der sozialdemokratischen Minderheitsregierung ab, wobei einer Ausweitung der Rolle des Staates enge Grenzen gesetzt und die Liberalisierung der Wirtschaft durch Fortsetzung der Privatisierung und Freigabe der Preise forciert werden sollen. Im fünften und letzten Abkommen verständigen sich beide Seiten auf intensivere Kontakte in Parlament und Senat, um Verzögerungen wie im Falle der Verabschiedung des Etats für das Jahr 2000 zu vermeiden. Auch wenn sich bei der Anpassung des tschechischen Rechtssystems an die EU-Normen bereits Fortschritte abzeichnen, darf daran werden, ob die sozialdemokratische Minderheitsregierung durch diese Maßnahmen wesentlich handlungsfähiger geworden ist.

Die Vorsitzenden beider Parteien betrachten das sogenannte Tolerierungsabkommen dennoch als Erfolg. Zugleich werden aber innerhalb der ÈSSD mehr und mehr Stimmen laut, die davon sprechen, daß die Partei von der ODS immer stärker in den Hintergrund gedrängt werde. Dennoch bleibt festzuhalten, daß das Abkommen die Erreichung der wichtigsten politischen Ziele beider Seiten absichert. Die ÈSSD kann nun darauf hoffen, bis zu den nächsten Parlamentswahlen im Jahre 2002 an der Macht zu bleiben. Daß damit für die ÈSSD ein weiterer Verlust an politischem Gewicht einhergeht, der gleichbedeutend mit einem wachsenden Einfluß der ODS ist, ergibt sich aus den unterschiedlichen Rollen beider Parteien und muß von den Sozialdemokraten als Preis für den Bestand ihrer Minderheitsregierung bezahlt werden.

Die Wahlprognosen bescheinigen den in der Viererkoalition zusammengeschlossenen Parteien gemeinsam mit der ODS die höchsten Werte. Das Parteienbündnis kann gegenwärtig mit 24,8 Prozent der Wählerstimmen rechnen. Damit läge es knapp hinter der ODS, die 26,2 Prozent zu verzeichnen hat.¹¹⁶ Es ist aber mehr als zweifelhaft, ob es der Viererkoalition gelingen wird, das zersplitterte Mitte-Rechts-Spektrum zu ordnen und längerfristig als politische Alternative zu fungieren. Sie profitiert in erster Linie von der Unzufriedenheit der Wähler mit dem Oppositionsvertrag und ihrer Rolle als einziger gemäßigter politischer Kraft, die sich gegen diesen Vertrag stellt. Aber gerade dieser Rolle ist die Koalition bislang nicht gerecht geworden. Nach der Vertiefung des Oppositionsvertrages hat sie es versäumt, eine klare Gegenposition zu beziehen und die kritische Haltung der Öffentlichkeit zu ihren Gunsten auszunutzen. Statt dessen hat sich die schon seit der Gründung der Viererkoalition bestehende Rivalität zwischen den beiden größeren Parteien, US und KDU-ÈSL, verstärkt. Zum einen geht es um die Vormachtstellung in der Viererkoalition, zum anderen um die Aufstellung der Kandidaten für die Senats- und Kommunalwahlen im Herbst 2000.

Auch innerhalb der Parteien kämpfen verschiedene Gruppen um die Besetzung der Parteispitze, was eine Konsolidierung der Koalition insgesamt verhindert. Aus diesen Gründen ist es bislang nicht gelungen, sich auf ein gemeinsames Programm zu einigen und eine einheitliche Führung zu etablieren, geschweige denn eine Persönlichkeit für das Amt des Ministerpräsidenten aufzubauen. Die Zusammenarbeit erschöpft sich in gegenseitigen Versicherungen zur Bildung eines einheitlichen Blocks, der

¹¹⁶ Volební preference a volební prognóza [Wahlpräferenz und Wahlprognose], Agentura Sofres-Factum, 27.6.2000, <http://www.factum.cz/press/159.rtf>.

freilich substanzlos bleiben muß, sollten sich die inneren Verhältnisse nicht ändern.¹¹⁷ Es hat den Anschein, als scheiterten die einstmals hochgesteckten Ziele an den Eitelkeiten der einzelnen Parteien und als verharre die Viererkoalition in politischer Lethargie. Noch wird das Gezänk in ihren Reihen von den Absprachen zwischen ODS und ÈSSD überdeckt. Es ist daher zu erwarten, daß die Viererkoalition trotz ihrer inneren Probleme bei den nächsten Senats- und Kommunalwahlen im Herbst 2000 erfolgreich abschneiden wird. Führungslosigkeit und innere Zerrissenheit sind jedoch denkbar schlechte Voraussetzungen für die Erfüllung höherer Aufgaben. Da ihre Existenz unmittelbar auf den Abschluß des Oppositionsvertrages zurückgeht, muß ihr Fortbestand unter diesen Bedingungen ohnehin in Zweifel gezogen werden, sobald dieser hinfällig geworden ist.

Nach der Vertiefung des Oppositionsvertrages haben ÈSSD und ODS mit ihrer Parlamentsmehrheit den Haushalt für das Jahr 2000 verabschiedet,¹¹⁸ und Ministerpräsident Zeman hat, wenn auch zögerlich, einige Minister ausgewechselt¹¹⁹. Inzwischen ist auch das neue Wahlgesetz, das unter anderem die Erhöhung der Wahlkreise von bisher acht auf 35, im Falle eines Wahlbündnisses eine Sperrklausel von fünf Prozent je Partei und die Stimmenauszählung nach dem veränderten d'Hondt-Verfahren vorsieht, von beiden Häusern des Parlaments verabschiedet worden. Allerdings hat Präsident Havel seine Unterschrift verweigert und das Gesetz an das Abgeordnetenhaus zurückverwiesen, wo es endgültig verabschiedet werden dürfte. Für diesen Fall erwägen einige Abgeordnete noch seine Überprüfung durch das Verfassungsgericht.

Zumindest bis zu den nächsten Parlamentswahlen im Juni 2002 scheint das politische Kräfteverhältnis in der Tschechischen Republik festgeschrieben. Die ganze Hoffnung auf die Überwindung der Regierungskrise ruht auf der Änderung des Wahlgesetzes. Ob das neue Wahlsystem im Falle seiner Inkraftsetzung allerdings für eine Reduzierung der im Parlament vertretenen Parteien und für stabilere Mehrheitsverhältnisse sorgen kann, wurde bereits im Vorfeld angezweifelt.¹²⁰ Legt man ein ähnliches Wahlergebnis wie 1998 zugrunde, könnten die großen Parteien mit über 90 Prozent der Mandate rechnen und die kleineren Parteien müßten froh sein, überhaupt in das Abgeordnetenhaus einzuziehen. Hätte das neue Wahlrecht bereits 1998 bestanden, wäre es zu keiner Regierungskrise gekommen. Dann hätte die ÈSSD die absolute Mehrheit der Mandate erhalten. Ein ähnliches Wahlergebnis bei den nächsten Wahlen 2002 und die Regierungskrise wäre überwunden. Es könnte aber auch der ungünstige Fall eintreten, daß sich zwei große Parteien neutralisieren und daneben nur noch die Kommunisten mit einigen Abgeordneten ins Parlament einziehen. Dann stünden die Verantwortlichen erneut vor der Frage, eine große Koalition oder eine Minderheitsregierung zu bilden. Gegenwärtig sieht es aber so aus, als könnte die ODS mit der absoluten Mehrheit der Mandate rechnen. Die in den Umfragen ebenfalls hoch notierte Viererkoalition steht vor dem Problem, daß sie möglicherweise die Sperrklausel übertreffen kann, in den einzelnen Wahlkreisen aber an den neuen Anforderungen scheitert. Für sie stellt sich unter diesen Bedingungen um so mehr die Existenzfrage. Es ist durchaus möglich, daß sich die beiden größeren Parteien von den kleineren Parteien trennen oder sich alle vier Parteien zu einer einzigen Partei zusammenschließen.

¹¹⁷ Ètyøkoalice vede v prùzkumech, ale utápí se ve sporech [Die Viererkoalition führt in den Umfragen, aber sie ertrinkt in Streitereien], in: LN, 18.2.2000, S. 1. Miroslav Korecký, Gabriel Sedlák: Ètyøkoalice se dál utápí ve sporech [Die Viererkoalition ertrinkt weiter in Streitereien], in: LN, 18.2.2000, S. 2.

¹¹⁸ Poslanci schválili rozpočet, výmìna ministrù zaèíná [Die Abgeordneten verabschiedeten den Haushalt, der Austausch der Minister beginnt], in: LN, 4.3.2000, S. 1.

¹¹⁹ První pùjde z kola Bašta [Als erster aus der Runde geht Bašta], in: Právo, 11.3.2000, S. 1.

¹²⁰ Lukáš Bek: Ani nový volební systém nemusí pøinést vládní stabilitu [Selbst ein neues Wahlsystem muß nicht eine stabile Regierung bringen], in: Právo, 22.2.2000, S. 2.

Sollte es wider Erwarten aus Verfassungsgründen doch nicht gelingen, das Wahlrecht in der vorliegenden Form zu ändern, scheint nur eine Koalition aus ODS und Parteien der Viererkoalition den Stillstand überwinden zu können. Es ist aber nach wie vor fraglich, ob sich bis zu den nächsten Wahlen das Verhältnis zwischen den konservativen Parteien normalisiert hat. Die entscheidende Rolle dürfte dabei Václav Klaus zufallen. Sollte Klaus erneut die Kandidatur für das Ministerpräsidentenamt anstreben, und danach sieht es auch in Ermangelung eines alternativen aussichtsreichen Kandidaten aus, könnte das die Zusammenarbeit erschweren, weil sein Name eng mit der nicht vollständig aufgeklärten Spendenaffäre in Verbindung steht. Es ist aber durchaus denkbar, daß bis dahin die Spendenaffäre nicht mehr die Brisanz der Vergangenheit entfaltet und die Parteien der Viererkoalition ihrerseits wieder einen Vorteil in einer Regierungsbeteiligung mit der ODS erblicken. Die kleineren konservativen Parteien haben zu keiner Zeit einer Neuauflage einer Mitte-Rechts-Regierung generell eine Absage erteilt. Sollte Klaus allerdings die Nachfolge Havels als Staatspräsident anvisieren und aus der Parteipolitik ausscheiden, dürfte einer konservativen Regierungskoalition nichts im Wege stehen.

Eine wirkliche große Koalition aus ĚSSD und ODS erscheint nahezu ausgeschlossen. Zu oft scheiterten Gesetzesvorlagen der sozialdemokratischen Minderheitsregierung im Verlauf der gegenwärtigen Legislaturperiode an der ODS, als daß eine stabile Grundlage vorhanden scheint. Darüber hinaus ist es zweifelhaft, ob die Sozialdemokraten nach den nächsten Wahlen überhaupt als Regierungspartei in Betracht kommen; ganz sicher nicht für die Fortsetzung der Minderheitsregierung. Ebenso wenig läßt sich gegenwärtig die Bildung einer ODS-Minderheitsregierung erkennen. Bleibt noch als große Unbekannte die KĚM. Auf Dauer werden die Kommunisten nicht von den übrigen Parteien ausgegrenzt werden können. Dafür sind ihre Mandate zu wertvoll. Es ist aber kaum damit zu rechnen, daß sie schon nach den nächsten Wahlen eine tragende Rolle spielen könnten.

Die gegenwärtige Regierungskrise wirft abschließend die Frage nach den Folgen für die Demokratie in der Tschechischen Republik auf. Ohne Zweifel hat sich die Unzufriedenheit der Bevölkerung erhöht, und das Vertrauen in die demokratischen Institutionen ist gesunken. Die Kluft zwischen Bürger und Politik ist größer geworden, und es fällt den Menschen zusehends schwerer, sich mit den Politikern im Parlament als ihren gewählten Vertretern zu identifizieren. Es ist aber nicht feststellbar, daß das demokratische System insgesamt angezweifelt wird. Es sind keine relevanten politischen Äußerungen zu vernehmen, die die demokratische Ordnung in Frage stellen und ein anderes System propagieren, um das Land aus seiner politischen Stagnation zu befreien. Seit dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems besteht ein breiter gesellschaftlicher Konsens über die Akzeptanz der Demokratie. Dieser kommt auch darin zum Ausdruck, daß im Gegensatz zu anderen Transformationsländern bislang die Nachfolgepartei der einstmaligen regierenden Kommunisten und andere extreme Parteien keine politische Rolle spielen und von den übrigen politischen Kräften ausgegrenzt werden. Noch befindet sich auch die Beteiligung der Bürger an den Wahlen zum Abgeordnetenhaus auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Es wird aber viel davon abhängen, ob es gelingt, nach den nächsten Wahlen im Jahre 2002 wieder eine voll handlungsfähige Regierung zu bilden, die das Land sichtbar nach vorne bringt. Sollte dies nicht gelingen, besteht in der Tat die Gefahr, daß sich die Bürger zurückziehen und eine größere Anzahl von ihnen für antidemokratische Parolen empfänglich wird.

Abkürzungen

ÈSL	Tschechoslowakische Volkspartei (Èeskoslovenská strana lidová)
ÈSSD	bis Februar 1993 Tschechoslowakische Sozialdemokratie (Èeskoslovenská sociální demokracie), danach Tschechische Sozialdemokratische Partei (Èeská strana sociální demokratická)
DEU	Demokratische Union (Demokratická unie)
DŽJ	Rentner für ein abgesichertes Leben (Dùchodci za životní jistoty)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
HSD-SMS	Bewegung für eine selbstverwaltete Demokratie - Gesellschaft für Mähren und Schlesien (Hnutí za samosprávnou demokracii - Spoleènost pro Moravu a Slezsko)
IVVM	Institut für Meinungsforschung (Institut pro výzkum veřejného mínění)
KDS	Christdemokratische Partei (Kres•anskodemokratická strana)
KDU-ÈSL	Christlich-Demokratische Union - Tschechoslowakische Volkspartei (Køes•anská a demokratická unie - Èeskoslovenská strana lidová)
KSÈ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei (Komunistická strana Èeskoslovenska)
KSÈM	Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (Komunistická strana Èech a Moravy)
LN	Lidové noviny
LSU	Liberalsoziale Union (Liberální sociální unie)
MFD	Mladá fronta dnes
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
ODA	Demokratische Bürgerallianz (Obèanská demokratická aliance)
ODS	Demokratische Bürgerpartei (Obèanská demokratická strana)
OF	Bürgerforum (Obèanské fórum)
OH	Bürgerbewegung (Obèanské hnutí)
RP	Rudé právo
SPR-RSÈ	Vereinigung für die Republik - Republikanische Partei der Tschechoslowakei (Sdružení pro republiku - Republikánská strana Èeskoslovenská)
STEM/MARK	Zentrum für empirische Forschung (Støedisko empirických výzkumù)
US	Freiheitsunion (Unie svobody)

Anhang

Wahlen zum tschechischen Parlament

	1990		1992		1996		1998	
	in Prozent	Mandate	in Prozent	Mandate	in Prozent	Mandate	in Prozent	Mandate
ÈSSD			6,53	16	26,44	61	32,31	74
ODS ^a			29,73	76	29,62	68	27,74	63
KSÈM ^b	13,24	32	14,05	35	10,33	22	11,03	24
KDU-ÈSL ^c	8,42	19	6,28	15	8,08	18	9,00	20
US							8,60	19
SPR-RSÈ			5,98	14	8,01	18		
ODA			5,93	14	6,36	13		
LSU			6,52	16				
HSD-SMS	10,03	22	5,87	14				
OF	49,50	127						

^a 1992 Bündnis mit der Christlich-demokratischen Partei (KDS), die 1996 in der ODS aufging

^b 1992 Bündnis mit der Demokratischen Linken ÈSFR als Linker Block (LB)

^c 1990 nur KDU, erst 1992 Zusammenschluß mit der ÈSL

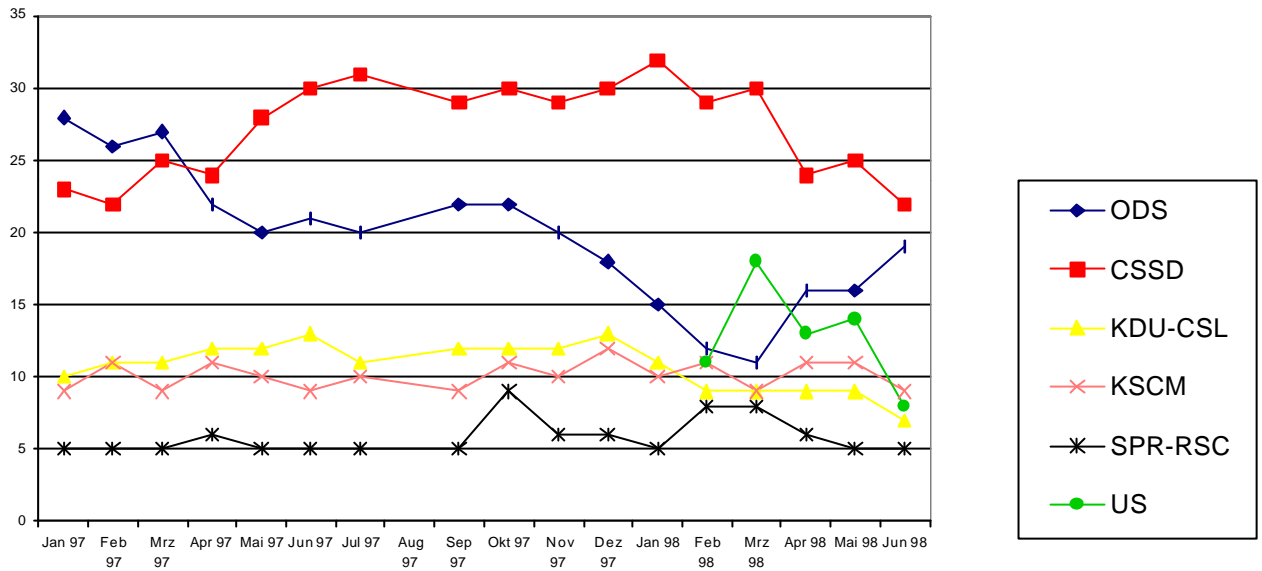
(Brokl, Mansfeldová: How the Voters Respond, p. 204ff. LN, Mimořádné vydání, 20.6.1998, S. 1, MFD, 22.6.1998, S. 1f. Statistická ročenka Èeské republiky '98, Praha 1998, S. 721)

Die regionalen Wahlergebnisse

Bezirk	ÈSSD	ODS	KSÈM	KDU-ÈSL	US	SPR-RSÈ	DŽJ
	Zahlen in Prozent (in Klammern Veränderung gegenüber den Wahlen von 1996)						
Prag	23,44 (+4,76)	42,45 (-1,40)	6,99 (-0,46)	6,15 (+0,76)	13,38	2,20 (-1,57)	1,80 (±0,00)
Mittelböhmen	32,70 (+7,30)	29,94 (-1,30)	11,52 (+0,30)	6,50 (+1,10)	7,90	3,90 (-4,16)	3,40 (-0,75)
Südböhmen	31,11 (+6,16)	28,34 (-0,94)	11,50 (+0,34)	9,89 (+0,88)	8,54	3,40 (-4,41)	2,90 (-0,80)
Westböhmen	32,73 (+7,02)	27,74 (-2,17)	11,73 (+0,42)	6,82 (+1,73)	8,37	4,30 (-5,60)	3,90 (+0,13)
Nordböhmen	34,71 (+5,79)	26,26 (-0,22)	12,59 (+1,03)	4,14 (+0,75)	7,80	6,10 (-6,54)	4,00 (+0,01)
Ostböhmen	29,94 (+5,16)	27,73 (-2,03)	10,00 (+0,44)	11,56 (+0,77)	9,07	3,70 (-3,79)	3,30 (-0,33)
Südmähren	31,81 (+6,85)	22,99 (-1,15)	12,34 (+1,18)	13,50 (+0,54)	8,52	3,60 (-4,21)	2,90 (+0,05)
Nordmähren	38,98 (+4,77)	22,56 (-4,96)	11,26 (+1,48)	9,14 (+1,32)	6,25	4,30 (-3,53)	2,90 (+0,72)

(LN, 22. Juni 1998, S. 19. MFD, Zvláštní vydání [Sonderausgabe], 21. 6. 1998, S. 7)

Wählerpräferenzen vom Januar 1997 bis zum Juni 1998 (Angaben in Prozent)



(Hartl; Huk; Haberlová, Ěeská spoleènost 1998, S98f.)

Publikationen des Forschungsschwerpunktes Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa an der Universität Mannheim

Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten

- Band 1 Astrid Sahn, Die weißrussische Nationalbewegung nach der Katastrophe von Tschernobyl (1986-1991), LIT Verlag, Münster 1994, 150 S., ISBN 3-89473-831-6
- Band 2 Manfred Sapper Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft. Eine Studie zum Legitimitätsverlust des Militärischen in der Perestrojka, LIT Verlag, Münster 1994, 480 S., ISBN 3-8258-2053-x
- Band 3 Heribert Seubert, Zum Legitimitätsverfall des militarisierten Sozialismus in der DDR, LIT Verlag, Münster 1995, 350 S., ISBN 3-8258-2325-3
- Band 4 Ninel Danos, Wirtschaft und Verteidigung: Bestandsaufnahme des Umbruchs in Osteuropa, LIT Verlag, Münster 1995, 142 S., ISBN 3-8258-2037-8
- Band 5 Frank Wilhelmy, Der Zerfall der SED-Herrschaft. Zur Erosion des marxistisch-leninistischen Legitimitätsanspruches in der DDR, LIT Verlag, Münster 1995, 340 S., ISBN 3-8258-2456-x
- Band 6 Egbert Jahn, Issledovanija problem mira v period i posle konflikta Vostok-Zapad. Stat'i poslednich 20 let, Moskva 1997, 346 S., ISBN 3-78258-3042-x
- Band 7 Astrid Sahn, Transformation im Schatten von Tschernobyl. Umwelt- und Energiepolitik im gesellschaftlichen Wandel von Belarus und Ukraine, LIT Verlag, Münster 1999, 472 S., ISBN 3-8258-4549-4
- Band 8 Claudia Wagner, Rußlands Krieg in Tschetschenien. Politische Transformation und militärische Gewalt, LIT Verlag, Münster 2000, 220 S., ISBN 3-8258-4670-9
- Band 9 Volker Weichsel, Westintegration und Rußlandpolitik der Tschechischen Republik, LIT Verlag, Münster 2000, 136 S., ISBN 3-8258-4833-7

Veröffentlichungen in anderen Buchreihen

Bernhard Moltmann/Astrid Sahn/Manfred Sapper (Hg.), Die Folgen von Tschernobyl. Herausforderungen und Auswege, Verlag Haag und Herchen, Frankfurt 1994, 207 S., ISBN 3-86137-141-3

Mariana Hausleitner, Die sowjetische Osteuropapolitik in den Jahren der Perestrojka, Campus, Frankfurt-New York 1994, 309 S., ISBN 3-593-35200-1

Egbert Jahn/Rudolf Wildenmann (Hg.), Stability in East Central Europe? Stabilität in Ostmitteleuropa? Studien zur gesellschaftlichen Entwicklung, Bd. 13, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1995, 213 S., ISBN 3-7890-3852-0

Manfred Sapper, Großmachtspolitik ohne Großmachtressourcen. Rußlands Irak- und Nahostpolitik, HSFK-Report 1/1999, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt 1999, 54 S., ISBN 3-933293-12-X

FKKS-Sonderveröffentlichungen

Periodika der Sozialwissenschaften und Zeitgeschichte aus Ostmittel- und Osteuropa. Bibliographie und Verzeichnis der Bestände in Baden-Württemberg und Hessen, April 1997

Egbert Jahn/Astrid Sahn/Manfred Sapper (Hg.), Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa. Momentaufnahmen der Transformation Europas, Dezember 1997

Gerard Holden, International Relations During and After the Cold War. A Comparative Approach to Intellectual History and Culture, März 1998

Manfred Sapper (Hg.), Litauen, Lettland und die Europäisierung Europas. Eine Reise zur Osterweiterung des europäischen Denkens, Januar 2000

Untersuchungen des FKKS

- FKKS 1/1992 Egbert Jahn, Der Umbruch in Osteuropa. Eine Herausforderung an Politik, Wirtschaft und Wissenschaft
- FKKS 2/1992 Manfred Sapper, Das sowjetische Militär und die Nationalitätenkonflikte
- FKKS 3/1992 Arvydas Juozaitis, The Lithuanian Independence Movement and National Minorities
- FKKS 4/1992 Egbert Jahn, Nationalismus und Demokratie - Einheit oder Widerspruch?
- FKKS 5/1993 Astrid Sahn, Die Auswirkungen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in der Republik Belarus, der Russischen Föderation und der Ukraine. Eine Orientierungshilfe
- FKKS 6/1994 Peter Bonin, Rußland und der Krieg im ehemaligen Jugoslawien
- FKKS 7/1995 Olga Wassiljewa, Konflikte im Nordkaukasus. Ursachen, Verlauf und Perspektiven
- FKKS 8/1995 Alexander Grossman, Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren? Rußland und der 50. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg
- FKKS 9/1995 Astrid Sahn, Die gescheiterten Parlamentswahlen in Belarus. Eine regional differenzierende Analyse
- FKKS 10/1996 David Oberhuber, Rußlands Nuklearsektor zehn Jahre nach Tschernobyl. Kontinuität im Wandel
- FKKS 11/1996 Michael Zimmermann, Zigeunerpolitik im Stalinismus, im „realen Sozialismus“ und unter dem Nationalsozialismus. Eine Untersuchung in vergleichender Absicht
- FKKS 12/1996 Gediminas Vitkus, Lithuanian-Russian Relations in 1990-1995. A Study of Lithuanian Foreign Policy
- FKKS 13/1997 Alexandr Kokejew/Georgi Otyrba, Der Weg in den Abchasien-Krieg
- FKKS 14/1997 Franz Preißler, Demokratische und autoritäre Einstellungen in der rußländischen Gesellschaft. Eine Studie zur politischen Kultur
- FKKS 15/1997 Elke Siehl, Privatisierung in Rußland
- FKKS 16/1997 Olaf Atja Lemmingson, Die Entwicklung von Bankensystem und Finanzmarkt in Rußland
- FKKS 17/1998 Johannes Baur, Kampf ums Öl? Wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen der Rußländischen Föderation im Kaspi-Raum
- FKKS 18/1998 Irina Bugrova, Politische Kultur in Belarus. Eine Rekonstruktion der Entwicklung vom Großfürstentum Litauen zum Lukašenko-Regime
- FKKS 19/1998 Olga Abramova, Integration zwischen Realität und Simulation. Die belarussisch-rußländischen Beziehungen seit 1991
- FKKS 20/1999 Rolf Peter, Zwischen Konflikt und Kalkül. Die „nationale Frage“ in Kasachstan
- FKKS 21/1999 Guido Houben, Drogen in Rußland. Überlegungen zu Staat, Gesellschaft, organisiertem Verbrechen und internationaler Kooperation
- FKKS 22/1999 Manfred Sapper (Hg.), Rußland und der zweite Tschetschenienkrieg. Fakten, Hintergründe, Interpretationen
- FKKS 23/1999 Egbert Jahn, „Nie wieder Krieg! Nie wieder Völkermord“ Der Kosovo-Konflikt als europäisches Problem
- FKKS 24/2000 Susan Stewart, Sprachenpolitik als Sicherheitsproblem in der Ukraine
- FKKS 25/2000 Andreas Reich, Politisches Patt in Tschechien. Ursachen, Konsequenzen, Perspektiven
- FKKS 26/2001 Timm Beichelt, Autokratie und Wahldemokratie in Belarus, Russland und der Ukraine